

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

217 · November 2008

Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Gastkolumne 963

Essay

MARK SOLOMON

Die Linke in den USA und das
»Barack-Obama-Phänomen« 965

Föderalismusreform

MARIAN KRÜGER

Ein Projekt der Entstaatlichung. Einige Anmerkungen
zur Debatte um die Föderalismusreform II 977

Stalinismusdebatte

CHRISTOPH JÜNKE

Sechs Thesen zum langen Schatten
des Stalinismus 989

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

MARTIN BRAND

Die Europäische Nachbarschaftspolitik –
ein neoliberales Projekt? 997

ASTRID BÖTTICHER

Islamophobie und Antisemitismus.
Ein Vergleich der Grundkonzeptionen 1007

HORST BETHGE

Grüne Schrift – schwarzer Text 1016

Zur Person

MARIO KESSLER

»Dann fangen wir von vorne an«. Drei neue Bücher
und ein Film von und über Theodor Bergmann 1026

Konferenzen & Veranstaltungen

CORNELIA HILDEBRANDT
Kindeswohl und Kinderrechte 1032

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 1044

Bücher & Zeitschriften

Michael Heinrich:
Wie das Marxsche Kapital lesen?
Hinweise zur Lektüre und Kommentar
zum Anfang von »Das Kapital«
(KOLJA LINDNER) 1046

Michael Baade (Hrsg.):
Von Moskau nach Worpswede. Jan Vogeler.
Sohn des Malers Heinrich Vogeler.
Mit Bildern und Briefen von Heinrich Vogeler
(PETER SCHAUBERT) 1048

Günter Benser (Hrsg.):
Älter ist nicht alt genug. Henryk Skrzypczak.
Festschrift zum 80. Geburtstag
(THEODOR BERGMANN) 1049

Richard Heigl:
Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die
Entstehung der Neuen Linken
(ANDREAS DIERS) 1050

Steffi Holz:
Alltägliche Ungewissheit. Erfahrungen von Frauen
in Abschiebehaft. Mit Fotos von Leona Goldstein
(KATHRIN HEROLD) 1052

Summaries 1054

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 1056

Gastkolumne

Wenn man etwas über die beklemmende Hilflosigkeit, über die Unangemessenheit, Unvollkommenheit und Getriebenheit politischen Handels in der Krise des finanzgetriebenen Kapitalismus lernen will, dann werden wohl auch noch in einiger Zukunft die Jahre 2007, 2008 und folgende den geeigneten Studiengegenstand abgeben.

Es begann mit der Explosion der Milch- und anderer Lebensmittelpreise. Zwar war das Gegenstand langer Erörterungen in den Zeitungen, den politischen Magazinen, zwischen Verbänden und Politik – doch auf die naheliegendste Frage kam kaum jemand: Wie wirkt sich eigentlich ein exorbitantes Wachstum der Kosten bei Grundnahrungsmitteln auf jene aus, deren Transferzahlungen Spitz auf Knopf berechnet und vor allem am Preisniveau vor den Turbulenzen am Markt ausgerichtet sind? Muss man nicht schnell die Hartz-IV-Zahlsätze erhöhen?

Dann kam es zu den ersten Hungerrevolten in Kairo, in Haiti und anderswo. Dominique Strauss-Kahn, Ende der 1990er Jahre Amts- und Schicksalskollege des deutschen Finanzministers Lafontaine, schlug als gerade ins Amt gekommener IWF-Chef die Alarmglocken. Das schuf Sensibilität – doch von einer wirklichen Entlastung war weder etwas zu hören noch zu spüren.

So zögerlich, so hinhaltend die Reaktionen bei sozial brisanten Themen, so groß die Panik, so gewaltig die Antwort bei der Krise der Finanzmärkte. Wann je ist in so wenigen Tagen so viel Geld mobilisiert worden wie mit dem US-amerikanischen »Rettungspaket«, wie für die Hypo Real Estate oder andere im Wahnsinn des Casino-Kapitalismus gestürzte Banken?

Damit es kein Missverständnis gibt: Häme ist angesichts des internationalen Finanzdesasters keine angemessene linke Reaktion. Schon deswegen nicht, weil es bei einem tatsächlichen Zusammenbruch des globalen Finanz- und Wirtschaftssystems wieder und vor allem die jetzt schon Benachteiligten, die jetzt schon Ausgegrenzten, die jetzt schon am Rande oder gar unter dem Existenzminimum Lebenden sein werden, die die schlimmsten Lasten zu tragen haben. Und das nicht nur deswegen, weil die da oben schon immer gerne ihre Fehler zu Lasten derer da unten korrigiert haben – sondern vor allem, weil die da unten weniger oder kaum Polster haben, um Zusammenbrüche aufzufangen. Wenn der große Sturm kommt, stürzen zuerst die ab, für die es nur ein Schritt bis ins Elend ist – nicht die, für die es hundert oder auch nur zehn Schritte sind.

Kein Wunder, dass die soziale Marktwirtschaft ins Gerede kommt. Das ist kein kurzfristiges Resultat der internationalen Finanzkrise.

Nein: Die Bürgerinnen und Bürger sehen seit längerem, dass die soziale Marktwirtschaft vor allem im Zuge des Wettbewerbs in der globalisierten Welt in Frage gestellt wird. Sie lehnen sie nicht ab, wie gelegentlich kolportiert wird, sondern sie beobachten mit Sorge, wie sehr die soziale Marktwirtschaft mit ihren für viele Menschen noch immer hohen Gehältern und ihren stattlichen Sozialleistungen unter dem Druck des internationalen Wettbewerbs steht.

Doch was wird dem Druck entgegengesetzt: das bloße Reagieren. Dinge ereignen sich – und Politik und Gesellschaft reagieren darauf, passen sich an, eilen den Veränderungen hinterher (manchmal auch vorauseilend). Ein Projekt, das eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung lohnt, ein Projekt, das zusammenführt, weil es allen eine bessere Zukunft verheißt, in der wir wieder Herr unseres Schicksals sind – ein solches Projekt gibt es nicht. Strategien sind so immer weniger auf die nach vorn weisende Veränderung der Gesellschaft orientiert – und immer mehr auf das gegenseitige Ausbooten und Übervorteilen der konkurrierenden Parteien, auf deren blankes Überleben und darauf, dies alles irgendwie den geringer werdenden Wählerpotenzialen schmackhaft zu machen.

Die Menschen kritisieren mit Recht eine Politik, die mit hohem Aufwand wenig positiv regelt. Die Hauptrechtfertigung der Politik dafür – die Globalisierung – ist aber aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger genau das, was einer politischen Gestaltung bzw. Gegensteuerung bedarf. Die Menschen wissen, dass wir im Inneren nicht vorankommen, wenn wir die äußeren Umstände nicht in den Griff bekommen. Das Hauptinstrument dafür aber – die Europäische Union – wird nicht hinreichend genutzt und ausgebaut. Die EU ist Tummelplatz nationaler Interessen, die in einer Vielzahl von Protokollen und Nebenvereinbarungen fixiert werden, die die Unübersichtlichkeit des EU-Handels erhöhen und Transparenz wie Demokratisierung behindern. Für die Regierenden rückt das Problem der Reform der Institutionen ins Zentrum – alles andere vom ursprünglichen Verfassungsentwurf erscheint zweitrangig. Die jeweilige nationale Opposition benutzt das EU-Thema, um der eigenen Regierung zu schaden. Von dieser Verlockung ist auch die LINKE nicht frei. Dabei stehen alle Parteien – europaweit – vor einer klar erkennbaren Aufgabe: 1.) Globalisierung (und Finanzkrise) müssen, können nur durch Europäisierung beherrschbar gemacht werden. Dazu gehört auch eine öffentlich erarbeitete Definition der Aufgaben der EU nach innen und ihrer Interessen nach außen – inklusive eines neuen, stringenten Regulationssystems für die Finanzmärkte. 2.) Diese Europäisierung wiederum kann nur durch soziale Standards beherrschbar und akzeptabel gemacht werden – und die wird es nur geben, wenn das Primat der »Liberalisierung« verschwindet. 3.) Soziale Standards funktionieren nicht allein als Mindestniveau des Abstiegs, sondern vor allem, wenn sie die Perspektive des (Wieder-)Aufstiegs bieten. 4.) Die ökonomische Basis dafür muss die Konzentration der Ressourcen auf Investitions-, nicht Konsumtionsstrategien als gesamtgesellschaftliche (europäische) Zukunftsanstrengung sein – Wissen, Bildung, Innovation, Qualität.

Und übrigens: Im nächsten Jahr sind Europa-Wahlen.

THOMAS FALKNER

MARK SOLOMON

Die Linke in den USA und das »Barack-Obama-Phänomen«

Obama gegen Clinton – der Nominierungswettlauf

Im Jahre 2007, am Beginn der langwierigen Wahlkampagne für das Amt des US-Präsidenten, standen die »fortschrittlichen Kräfte«, die breit gefächerte Gemeinde der Linken, in den USA keineswegs hinter Barack Obamas Kandidatur. Obgleich die Aussicht, dass ein Afroamerikaner Präsidentschaftskandidat werden könnte, vielen als ein bemerkenswerter Fortschritt mit Blick auf die »Rassenbeziehungen« in den USA erschien, wurde Obama ideologisch und programmatisch rechts von mindestens drei anderen Kandidaten verortet.

Dennis Kucinich, ein Congress-Abgeordneter aus Ohio, galt gemeinhin als der am weitesten »links« Stehende, der entschieden für die Beendigung des Irak-Krieges eintrat und ein wirtschaftspolitisches Konzept propagierte, das sich gegen die Allmacht der Konzerne wandte und die Interessen der Arbeiter stärkte. Der frühere Senator von North Carolina, John Edwards, trat als Anwalt der arbeitenden Armen und Arbeitslosen – dem von Elend gepeinigten »anderen Amerika« – auf. Und da war schließlich noch Bill Richardson, der Gouverneur von New Mexico, der sich vor allem für den sofortigen Rückzug der US-Truppen aus dem Irak ohne Einrichtung ständiger US-Militärbasen und den Verzicht auf die US-Kontrolle über die irakische Ölförderung einsetzte.

Das Verhältnis der Linken zu Hillary Clinton war vor allem durch ihre Zustimmung zu Bushs Irak-Aggression im Senat belastet. Im Endeffekt war es genau jene Zustimmung, auf die schließlich das Scheitern ihrer Nominierungskampagne zurückzuführen ist. Obama hatte hingegen im Jahre 2002 auf einer Protestveranstaltung in Chicago den drohenden Krieg entschieden verurteilt. Das brachte ihm zwar zunächst einigen Kredit bei den Linken, den er jedoch wieder zu verspielen begann, weil er ab 2004 – nach seiner Wahl in den Senat – stets für die Finanzierung der Militäraktionen im Irak stimmte.

Die Vorwahlen in Iowa, die im Januar 2008 stattfanden, veränderten die Situation jedoch nachhaltig. Obama verbuchte einen beeindruckenden Sieg in einem Staat mit überwiegend weißer Bevölkerung, in dem Edwards starken politischen Rückhalt hatte und in dem alle Prognosen für Hillary Clinton sprachen. Hier bewies Obama auch, dass er die breite Unterstützung einer Grass-Roots-Bewegung zu mobilisieren vermochte, was bei den Vorwahlen von besonderer Bedeutung ist, da es hier darauf ankommt, möglichst viele Unterstützer zu gewinnen, die bereit sind, an einer Wählerversammlung (*caucus*) teilzunehmen – und dies zudem noch bei kaltem Januarwetter.

Mark Solomon ist emeritierter Professor für US-amerikanische Geschichte und Co-Vorsitzender des Verbindungsbüros für Demokratie und Sozialismus.

»77 Senatoren des eigentlich von den oppositionellen Demokraten dominierten US-Senats stimmten für George W. Bushs völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak, unter ihnen Hillary Rodham Clinton. Am selben Tag hielt auf der Federal Plaza in Chicago der farbige Senator des Kongresses von Illinois eine aufrüttelnde Rede gegen eben diesen Krieg. Sein Name: Barack Obama.«

Ingo Arend: Der Traum vom Mittelstand, in: Freitag, 1. Februar 2008.

»Dass Obamas großes Kampagnenthema der ›Versöhnung‹ und der ›Heilung der Nation‹ einen symbolischen Nerv besonders unter jungen Amerikanern trifft, überrascht vor dem Hintergrund der ideologischen Grabenkämpfe der letzten 16 Jahre nicht. Was allerdings überrascht, ist die rhetorische Wirksamkeit, mit der Obama seinen Gospel der ›Hoffnung‹ unter das Volk bringt. Kaum einen amerikanischen Politiker der letzten Jahrzehnte umgab eine so prophetische Aura. Niemand wurde, gefördert durch eine umfangreiche Grassroots-Bewegung, jemals so früh zur popkulturellen Ikone. Obama scheint es binnen weniger Monate geschafft zu haben, eine Bewegung ins Leben zu rufen, die die alten Fronten zu überbrücken glaubt.« Daniel Schreiber: Im Sog des »Wir«, in: Freitag, 29. Februar 2008.

Mit den Wählerversammlungen in Iowa wurde zudem mehr und mehr deutlich, dass Obama in der Lage war, jenes weit verbreitete Sehnen nach einem grundlegenden Wandel anzusprechen, das sich nach acht Jahren der reaktionärsten und verheerendsten Präsidentschaft, die die USA je hatten, überall im Lande auszubreiten begann. Einem jugendlich erscheinenden afroamerikanischen Kandidaten war es gelungen die frenetische Unterstützung vor allem vieler junger Menschen zu gewinnen, die sich bislang noch nie um Wahlkämpfe gekümmert hatten.

Den Afroamerikanern wiederum, die traditionell eher Clinton unterstützten, machte der Wahlausgang in Iowa deutlich, dass auch viele weiße Wähler bereit waren, für einen schwarzen Kandidaten zu stimmen. Ihre Zweifel und Ängste verschwanden in dem Maße wie Obamas Kampagne in Schwung kam. Möglicherweise auch weil er bewusst darauf verzichtete, sich vordergründig als »farbiger« Kandidat zu präsentieren, gelang ihm in Ansätzen das, was Kucinich, Edwards, Richardson, Clinton wie auch den anderen frühen Kandidaten versagt blieb. Er begann ein breites multi-ethnisches Bündnis von Unterstützern zu schaffen, das für den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen so entscheidend ist.

Schon nach kurzer Zeit projizierte sich das Verlangen nach Veränderung unter Demokraten und unabhängigen Wählern (und sogar einer beträchtlichen Zahl von Republikanern) auf den Nominierungswettbewerb zwischen Obama und Clinton. Diese beiden Kandidaten standen jeweils für eine der zwei großen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre: die Bürgerrechtsbewegung und die Frauenbewegung waren damals kraftvoller Ausdruck des Strebens nach Beendigung der Dominanz weißer Männer in Gesellschaft und Politik.

Nachdem Clinton überraschend die Vorwahlen in New Hampshire, unmittelbar nach Iowa, für sich entschieden hatte (ein Erfolg, der weithin als Sympathienabstimmung vieler Frauen für Clinton interpretiert wird), gelang es Obama eine beeindruckende Serie von Siegen in kleinen wie großen Staaten, in Staaten mit einem großen und in solchen mit einem geringen Anteil afroamerikanischer Bevölkerung zu erringen. Clinton entschied Ohio, Texas und Pennsylvania (wo rassistische Attacken und verleumderische Bemerkungen über Obamas religiöse Orientierung offenbar eine wesentliche Rolle spielten) für sich.

Monatelang lieferten sich Obama und Clinton bei den Vorwahlen eine wahre Schlacht, obwohl sich ihre Positionen zu wichtigen Fragen kaum unterschieden. So übernahm Clinton unter dem Druck der demokratischen Kriegsgegner zum Beispiel auch Obamas Forderung nach der Festsetzung eines Termins für den Rückzug der Kampfeinheiten aus dem Irak. Beide Kandidaten versprachen, die Billionen Dollar schweren Steuergeschenke Bushs an die Superreichen rückgängig zu machen, beide wollten die krassesten Auswüchse von Bushs radikaler »Freihandelspolitik« beseitigen, beide legten ähnliche Pläne für die Einführung einer »allgemeinen Krankenversicherung« vor (die beide jedoch nicht umsetzten) und schließlich traten beide für die entschiedene Förderung alternativer Energiequellen ein.

Während sich Clinton und Obama abkämpften, hatte Senator John McCain bei den Republikanern angesichts der schwachen Herausforderer leichtes Spiel.

Indessen wurde die Auseinandersetzung zwischen den demokratischen Bewerbern in dem Maße härter wie beide ihre Chancen auf eine rasche Nominierung schwinden sahen. Vor allem Bill Clinton versuchte, Obamas Kandidatur als rein rassistische Kampagne der schwarzen Wählerschaft zu diffamieren. Hillary Clinton äußerte sich merkwürdig zweideutig zu rassistischen Angriffen auf Obama im Internet (auf die Frage, ob Obama ein »Muslim« sei, antwortete sie bewusst unbestimmt: »Nicht, dass ich wüsste.«).

Jetzt kam das hässliche Gesicht des Rassismus in den USA wieder zum Vorschein, vor allem in jenen Staaten mit überwiegend weißer Wählerschaft und hohem Anteil von Arbeitern. Zudem wurde Obama zunehmend von rechten Kreisen attackiert. Sowohl ihm als auch seiner Frau wurde ein Mangel an Patriotismus vorgeworfen. Über das Internet und andere Medien wurden Verdächtigungen verbreitet, Obama sei ein »heimlicher Muslim«, der als Kind eine militante »Madrassa« (Koranschule) besucht hätte. Der Pfarrer seiner Gemeinde, Reverent Jeremiah Wright, der für seine scharfen anti-rassistischen und anti-imperialistischen Predigten bekannt war, wurde auf zynische Weise mit Obama und seinen politischen Prinzipien in direkte Verbindung gebracht, wodurch Obama faktisch gezwungen wurde, sich von ihm öffentlich zu distanzieren. Doch Obama rettete seine Position in dieser kritischen Situation, in der seine Kampagne bereits gescheitert schien, mit einer beeindruckenden Ansprache über die qualvolle rassistische Geschichte des Landes – eine Rede, in der den traumatischen Erfahrungen der Afroamerikaner Gerechtigkeit getan und gleichzeitig den Weißen klargemacht wurde, dass dieser Rassismus auch ihren Interessen geschadet hat.

Diese Vorwahlkampagne ging auch mit einer überraschenden Wiederauferstehung der »Arbeiterklasse« einher, und das in einer Gesellschaft, in der jeder mit einem Job sich normalerweise schon als Teil der »Mittelklasse« versteht. Seit mehr als 20 Jahren solidarisierte sich ein beträchtlicher Teil der arbeitenden Bevölkerung mit rechten Angriffen auf »die Allgewalt der Regierung«, der insbesondere die Bemühungen um die Gleichstellung ethnischer Gruppen und Frauen vorgehalten wurden. Diese Gruppierungen, die auch als »Reagan Democrats« bezeichnet werden, wurden insbesondere durch die rassistischen Anwürfe gegen Obama beeinflusst. Sie unterstützten in der Regel Clinton, die diese wiederum als »gute weißer Arbeiter« hofierte. Übersehen wurde von ihr dabei jedoch, dass die Arbeiterklasse keineswegs auf weiße Männer – von denen sie vermutete, dass sie rassistischen Argumenten zugänglich seien – reduziert werden kann. Heutzutage, unter den Bedingungen von Globalisierung und Deindustrialisierung, besteht die US-amerikanische Arbeiterklasse – vor allem in den Dienstleistungssektoren – zu einem immer größeren Teil aus Frauen, Afroamerikanern, Asiaten, Latinos und allen möglichen ethnischen Mischungen aus den vorgenannten. Deshalb war Clintons Anbiederung an die »guten weißen Arbeiter« zwar teilweise erfolgreich, aber insgesamt wohl eher hinderlich.

»Obamas Versöhnungs-Messianismus zeitigt beeindruckende strategische Konsequenzen. Nicht nur prallen die nach dem alten Muster des Kulturkriegs gestrickten Charakterattacken des Clinton-Lagers an ihm ab. Auch der Versuch der Neokonservativen, ihn zur personenkulturanfälligen Führerfigur zu stilisieren, verliefen bisher im Sand. Obama spricht von seiner politischen Bewegung nicht als der seinen, sondern der einer wachsenden Gruppe von Amerikanern mit dem Glauben an eine grundlegende Reform der Politik in Washington. Er inszeniert sich nicht als Produzenten des Wandels, sondern vielmehr als dessen Katalysator.«
Ebenda.

In den letzten Wochen der Vorwahlen änderte Clinton ihre Strategie in einigen Punkten. Zum ersten versuchte sie sich als Kandidatin »mit Erfahrung« gegenüber dem »unerfahrenen« Obama zu profilieren. Als diese Masche die wachsende Sehnsucht nach Veränderung nicht einzudämmen vermochte, offerierte sie »echte Lösungen zu echten Problemen«, wobei ihre Rhetorik zunehmend populistischer und gegen die Machenschaften der Multis gerichtet wurde. Damit konnte sie innerhalb der Arbeiterschichten durchaus punkten.

Trotzdem stimmte sie unter dem Druck des unternehmerfreundlichen Flügels der Demokraten und unter dem Zwang beweisen zu müssen, dass sie im Fall der Fälle eine entschlossene Oberbefehlshaberin wäre, im Senat für die Einschätzung der Iranischen Republik als »terroristisch«, womit sie gleichzeitig eine entschlossene Haltung gegenüber allen Ländern und Organisationen demonstrieren wollte, die von den US-Globalpolitikern als »feindlich« eingeschätzt werden (in diesem Zusammenhang versuchte sie wiederholt, Obamas Ankündigung, mit allen Gegnern der USA reden zu wollen, lächerlich zu machen). Diese Haltung schadete ihre allerdings eher als sie ihr nutzte, denn damit blieb die starke Antikriegslobby der Demokratischen Partei weiter auf Distanz zu ihr.

Gleichzeitig nahm die Wahlkampagne von Obama immer mehr den Charakter einer sozialen Massenbewegung an, die vor allem von jungen Menschen getragen wurde. Dabei entstanden völlig neue, internetgestützte Formen der Spendenwerbung. Hunderte Millionen Dollar wurden durch kleine und Kleinstspenden aufgebracht – wahrlich eine »Demokratisierung« der Spendenwerbung, eine Revolution der Wahlkampffinanzierung, die die traditionell dominierende Rolle von Großunternehmen wirksam unterminierte.

Mit dem Ausscheiden aller anderen Kandidaten zog Obama mehr und mehr die Aufmerksamkeit großer Teile der Linken auf sich. Die gewaltige, multiethnische und generationenübergreifende Unterstützung für Obama wurde von vielen Linken als die Herausbildung einer »fortschrittlichen Mehrheit« interpretiert, die in der Lage sein könnte, die politische Vorherrschaft der Konservativen zu brechen und das Kräfteverhältnis zugunsten einer links-zentristischen Bewegung zu verschieben. Obwohl es längst eine gut organisierte Antikriegsbewegung gab, sahen viele Linken in Obamas Unterstützern eine Art »zweite Friedensbewegung« – wie widersprüchlich und auf Obama fixiert sie auch war. In mancher Hinsicht wurde die Bewegung hinter Obama für die Linken fast wichtiger als der Kandidat selbst. Mit seiner Kampagne schien eine links-zentristische Koalition unverhofft Gestalt anzunehmen. Und umgekehrt, die unabhängigen Linken stärkten die Kampagne Obamas, indem sie eigene Konzepte für Frieden, soziale Sicherheit, Umweltschutz und die Verteidigung liberaler Freiheiten in die Öffentlichkeit brachten.

Durch die Verbindung von Wandel mit dem fürderhin allgegenwärtigen Begriff »Hoffnung« wurde Obamas Wahlkampf noch dynamischer. Er verknüpfte Hoffnung und Wandel mit der Metapher Kampf. Immer wieder begeisterte er seine Anhänger mit dem Verweis auf historische Kämpfe, die von Hoffnungen inspiriert wurden – die Hoffnung der Siedler mittels der »Amerikanischen Revolution« die Unabhängigkeit des Landes zu erlangen; die Hoffnung auf

»Obamas große Leistung besteht darin, dieser patriotischen Redefigur ein zeitgemäßes und authentisch wirkendes Gewand zu geben. Sein Kampagnemotto ›Yes We Can‹, das von prominenten Befürwortern wie Scarlett Johansson und John Legend sogar zu einem hitverdächtigen Ohrwurm-Popvideo vertont wurde, konzentriert dieses demokratische, alle Bevölkerungsgruppen, Rassen und Geschlechter einschließende ›wir‹ in populistischer Reinform. Klangvolle Sätze wie ›Wir sind der Wandel, den wir suchen‹ oder ›Wir sind diejenigen, auf die wir gewartet haben‹ gehören zum Grundvokabular von Obamas Reden und machen einen Großteil ihres Sogeffekts aus.«
Ebenda.

ein Ende der Sklaverei im Bürgerkrieg, der Kampf um die Einführung des Sozialstaates (*New Deal*) während der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren; die Hoffnung der Anti-Hitler-Koalition auf den Sieg im Zweiten Weltkrieg; die Hoffnung auf die Durchsetzung der Menschenrechte und der Gleichberechtigung von Frauen in den sozialen Kämpfen der 1960er Jahre.

In dem Maße, in dem Hillary Clinton hinter Obama zurückblieb, wurde es immer offensichtlicher, dass die so genannten »Super-Delegierten« (Offizielle, Parteifunktionäre, Mitglieder des Zentralkomitees der Demokraten) den Ausschlag für die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten der Demokraten geben würden. Gleichzeitig wurde es jedoch auch immer klarer, dass die »Super-Delegierten« sich nicht gegen Obama stellen würden solange er einen kleinen, aber uneinholbaren Vorsprung behauptete und die Massen hinter ihm standen. Alles andere wäre einem offenen Affront gegen afroamerikanische Wähler – der wichtigsten Wählergruppe für die Demokraten – und die vielen neuregistrierten jungen Wähler gleich gekommen. Im Juni sicherte sich Obama schließlich auch die mehrheitliche Unterstützung der »Super-Delegierten« – damit war das Rennen um die Kandidatur gelaufen.

Obama gegen McCain – der Kampf ums Weiße Haus

Kaum stand fest, dass Obama von den Demokraten als Präsidentschaftsbewerber nominiert würde, schien sich dieser auch schon wieder mehr zentristisch zu orientieren. »Professionelle« Politikanalysten erklären sich dieses Phänomen mit dem Bemühen des Kandidaten, nach der Nominierung nunmehr eine möglichst breite Wählerschaft anzusprechen, während er (im Falle der Demokraten) bei den Vorwahlen versuchte, bei den Parteianhängern mit linken Parolen zu punkten.

In seinem Vorwahlkampf hatte Obama immer wieder versichert, dass er die Novellierung des Bundesgesetzes zur geheimdienstlichen Überwachung (*Federal Intelligence Surveillance Act – FISA*) zu Fall bringen würde. Dieses Gesetz wurde insbesondere von der Bush-Administration dergestalt erweitert, dass Telefongesellschaften Straffreiheit garantiert wurde, wenn sie im Zusammenwirken mit Regierungsstellen illegale Abhörmaßnahmen ermöglichten. Als nominiertes Präsidentschaftskandidat hat Obama jedoch für dieses Gesetz gestimmt, nach dem er mit dem Versuch gescheitert war, die Frage der Freistellung von Strafverfolgung gesondert, außerhalb des Gesetzes zu regeln. Insbesondere sein Opportunismus in diesem, für viele Unterstützer Obamas extrem sensiblen Bereich, bei dem es um die Verteidigung der vierten Verfassungsänderung gegen die exzessive Erhebung privater Daten ging, hat tiefe Enttäuschung ausgelöst. Allein auf Obamas privater Website beschwerten sich mehr als 22.000 seiner Anhänger.

Das war jedoch keineswegs alles; Obama begann auch sein Versprechen, die militärische Aggression im Irak zu beenden, zu relativieren. Er setzte sich plötzlich für eine Ausweitung des militärischen Engagements in Afghanistan ein und wiederholte seine Drohung, Talibankämpfer auch bis auf pakistanisches Territorium zu verfolgen, wenn die Regierung Pakistans weiterhin nichts unternehme. In

»Ausgerechnet der 1966 geborene Politiker aus Chicago hat nach seinen überraschenden Siegen in den US-Vorwahlen der Demokraten ernstzunehmende Chancen, der erste farbige Präsident der Vereinigten Staaten zu werden. Mehr Chancen als Martin Luther King oder Jesse Jackson jemals besaßen. Trotz dieses bedeutenden Einschnitts steht das amerikanische Parteiensystem aber nun nicht vor einem Linksrutsch. Mag Obama auf seinen Kundgebungen auch noch so radikal »Change« intonieren. An die Grundfesten des Systems rührt er nicht. Der ehemalige Sozialarbeiter aus Chicago will nämlich nur seine alte Balance wieder herstellen.«
Ingo Arend, a. a. O.

einem Gespräch mit einer radikal Zionistischen Organisation erkannte Obama ein Recht auf ein »ungeteiltes« Jerusalem an, obgleich er sich damit in offenen Widerspruch zu geltenden UN-Resolutionen brachte (In einer späteren »Klarstellung« seiner Position erklärte er, dass er mit seiner Bemerkung ledig hätte sagen wollen, dass Jerusalem »nicht durch Stacheldraht geteilt sein sollte«.).

Bei innenpolitischen Fragen unterstützte Obama zum Beispiel den konservativen Flügel im Obersten Gericht, indem er dessen Entscheidung der Einschränkung der Todesstrafe kritisierte. In seinen Vorträgen bei Afroamerikanischen Kirchengemeinden und Organisationen verstieg er sich zu der Äußerung, dass »zwar jeder Idiot ein Kind machen könne, es aber eines ganzen Kerls bedürfe, eine Familie zu haben« und belehrte die Zuhörer, dass auch die afroamerikanische Unterklasse eine »Kultur der Selbsthilfe« entwickeln müsse. Diese Anmaßungen verärgerten große Teile der Schwarzen. Vertreten durch Jesse Jackson beschuldigten diese Obama, dass er »Schwarze heruntermache« und sich weigere die rassistische Politik der Regierung und der Unternehmen beim Namen zu nennen. Er sei daher mitverantwortlich, wenn Schwarze ohne Jobs, mit schlechter Bildung, ohne Krankenversicherung und unter miserablen Wohnbedingungen leben müssten – so dass Tausende junger Schwarzer arbeitslos blieben oder im Gefängnis enden würden.

Obamas »Annäherung an das Zentrum« löste Enttäuschung und insbesondere bei den Linken das Gefühl aus, verraten worden zu sein. Einige Linke, die sich stets entschieden gewweigert hatten, Obama oder überhaupt die Demokraten zu unterstützen, verspotteten und beschimpften seine Unterstützer als naiv und getrieben von blindem Übereifer.

Sicherlich sollte sich niemand Illusionen über Obama machen. Ein genauer Blick auf seine politischen Ideen und Konzepte offenbart, dass er schon immer zum liberalen Zentrum des politischen Spektrums gehörte. Seine charismatische Rede auf dem Parteitag der Demokraten im Jahre 2004 (mit der er auf einen Schlag landesweit bekannt wurde) war voller zentristischer Hirngespinnste von nationaler Einheit und historischen Kompromissen. Dort erklärte er, dass die Bevölkerung den Kanal voll habe vom ewigen Gezänk zwischen den beiden großen Parteien, zwischen den konservativen »roten Staaten« und den liberalen »blauen Staaten«, zwischen Frauen und Männern, Schwarzen und Weißen, Homosexuellen und Heterosexuellen, Reichen und Armen.

Als Präsidentschaftskandidat präsentierte er sich gern als eine Art »Jedermann«, der über all dem Zwist zwischen Klassen und Rassen steht – der in der Lage ist, zwischen Demokraten, Republikanern und Unabhängigen zu vermitteln. Er vermied es, ideologisch aufgeladene Begriffe zu verwenden, etwa wenn er über das Recht auf Gesundheitsversorgung oder zur Bildung von Gewerkschaften sprach, oder über den Schutz vor diebischen Hypothekemaklern. Immer dann benutzte er Metaphern, wie »Kollektiv« und »Stärkung der Gemeinschaft«, die möglichst wenig Ideologie transportierten. Auf diese Weise erweckte er den Eindruck, dass die Probleme mit der Politik nicht etwa darin liegen, dass sie die Bereicherung der Unter-

»Wer in Obamas 2006 veröffentlichtem Buch »Hoffnung wagen« nach den Spuren des Linken sucht, als der Obama in den Medien gelegentlich dargestellt wird, sieht sich enttäuscht. Zwar verhehlt der 2006 in den US-Senat gewählte Mann eines Kenianers und einer US-Bürgerin nicht, von der »dionysischen Qualität« der antiautoritären Ära der sechziger Jahre fasziniert gewesen zu sein. Doch schnell gab er den Vorsatz auf, der »Rebell« zu sein, den er sich einst vorgenommen hatte. (...) Das Ergebnis dieser Revision: Ein Lob der freien Marktwirtschaft, des Unternehmertums, der militärischen Stärke und das – verhaltene – Bekenntnis zur Todesstrafe.«
Ingo Arend, a. a. O.

nehmer und den Militärapparat fördert, sondern tat so, als ob es lediglich darum gehe, »besser« Politik zu machen.

Obamas Vorliebe für pragmatische Kompromisse und zentristische Positionen lässt sich auf einige wenige Faktoren zurückführen, die sein Denken beeinflussen. Obama selbst verweist immer wieder auf jene drei Jahre, in denen er als Sozialarbeiter in überwiegend schwarzen Wohnvierteln in der South Side von Chicago arbeitete. Während dieser Zeit wurde er vom für sein Organisationstalent berühmten Saul Alinsky beeinflusst. Alinsky lehnte jegliche Art von strategiegeleiteten oder ideologisch motivierten Konzepten strikt ab (einschließlich Vorstellungen von Transformation und Wandel). Trotz mancher radikalen Geste hatte Alinsky im Kern längst seinen Frieden mit jener unvollkommenen Welt gemacht, in der es lediglich darauf ankäme, mit den Mächtigen clevere Kompromisse auszuhandeln.

Ein anderer Ideengeber war der Theologe Reinhold Niebuhr, der vehement gegen jede Art von »ewigen« und »perfekten« Systemen (wie es die UdSSR gern sein wollte) auftrat, weil diese Bestrebungen daran scheitern müssten, dass die Menschen von Natur aus mit Mäkeln behaftet und »sündig« seien. Die Menschheit könne ihre eigene Unvollkommenheit nur hinnehmen und beständig gegen das Böse ankämpfen (ohne es je besiegen zu können – d. Ü.); die moralischen Zwänge, die sie sich auferlegt, sollten daher von geopolitischen Realismus, Experimentierfreude und Pragmatismus getragen sein. Zwar übernahm Obama nicht Niebuhrs Anti-Kommunismus, aber insbesondere in seiner Position zum »Krieg gegen den Terror« lassen sich deutliche Anklänge an Niebuhrs geopolitische Rigorosität ausmachen.

Wofür steht Obama sonst noch? Er ist sicherlich kein Anti-Imperialist. Ein solcher Gedanke – dass die USA imperialistisch sein könnten – kommt in seinem Hirn überhaupt nicht vor. Er versucht, den Weltmachtanspruch der USA mit dem komplexen Prozess kapitalistischer Globalisierung dadurch in Übereinstimmung zu bringen, dass er die US-Außenpolitik so an die Bedürfnisse des internationalen Systems anpasst, dass die weltkapitalistischen Zentren gemeinsam vermögen zu handeln. Er repräsentiert jene Gruppierungen in der herrschenden US-Elite, die ihre globalen Interessen dadurch effektiver zur Geltung bringen wollen, dass die durch den unsäglichen, rücksichtslosen Unilateralismus Bushs provozierte weltweite Ablehnung der US-Politik beendet wird.

Deshalb hat Obama allen Gegnern der USA einen offenen Dialog angeboten. Vor der Anwendung »harter« militärischer Maßnahmen setzt Obama auf »sanften Druck« (mittels Wirtschaftshilfe, kulturelle Kontakte usw.) in der Auseinandersetzung mit vermeintlichen ausländischen Gegnern. Es ist deshalb durchaus möglich, dass er zum Beispiel in der Frage des von Bush forcierten Aufbaus eines Raketenabwehrsystems in Mittel- und Osteuropa zu Kompromissen mit Russland bereit ist. Um die Tür für US-Interessen offenzuhalten, könnte ihm mehr an der friedlichen Beilegung von Konflikten durch multilaterale Abkommen gelegen sein. Im Irak würde er wahrscheinlich stärkeren Druck auf die irakischen Konfliktparteien ausüben, damit tragfähige Kompromisse entstehen, während die US-Kampfeinheiten sukzessive abgezogen werden.

»George W. Bush wird wohl als einer der unbeliebtesten und unfähigsten Präsidenten in die Geschichte eingehen. Der konservativen Bewegung ist der Dampf ausgegangen nach gut 30 Jahren auf dem Weg von Barry Goldwater über Richard Nixon und Ronald Reagan bis Bush, dem Weg von der »schweigenden Mehrheit« zur »moralischen Mehrheit.«
Konrad Ege: Der komplexe Konservative, in: Freitag, 30. Mai 2008.

Trotz aller Angriffe vonseiten seiner Kritiker beharrt Obama bis jetzt auf seinen Rückzugsplänen aus dem Irak. Dieser allmähliche Rückzug soll sich über sechzehn Monate nach seinem Amtsantritt hinziehen. Verbleiben sollen allerdings ca. 50 000 Soldaten zum Schutz US-amerikanischer Einrichtungen, zur Ausbildung einheimischer Truppen und zur Bekämpfung von »Al-Qaida-Nestern«. Das würde bedeuten, dass ein beträchtliches Kontingent auf lange Sicht im Irak verbleibt, was dann durchaus in die Schaffung einer permanenten Militärbasis münden könnte – wodurch eines der wichtigsten Ziele der Architekten der Irak-Intervention erreicht wäre. Dies wiederum würde die Friedensbewegung herausfordern, weiterhin aktiven Widerstand gegen eine dauerhafte US-Präsenz im Irak zu leisten. Gegen das iranische Atomprogramm würde Obama sicherlich zunächst auf diplomatischen Druck setzen, um ein Ende der Urananreicherung zu erreichen und Iran in regionale Sicherheitsabkommen einzubinden. Gleichzeitig würden Obama und seine Berater eine Dominanz des Iran in der Region wohl kaum akzeptieren und deshalb wohl auch Militär und Marine nicht vollständig aus der Region abziehen.

Trotz der formalen Rückendeckung für Organisationen, die die israelische Siedlungspolitik in den okkupierten Palästinensergebieten unterstützen, ist es durchaus wahrscheinlich, dass sich unter den »Realisten« in den herrschenden Kreisen der USA schließlich – angesichts der eigenen Interessen – eine mehr ausbalancierte Position zum israelisch-palästinensischen Konflikt durchsetzt, wodurch auch die Obama-Administration zu einer eher ausgleichenden Nahostpolitik ermutigt würde. Ganz gleich, ob sich diese Einsicht durchsetzt; es wird auf jedem Fall einer energischen Friedensbewegung bedürfen, die gegen die Fortsetzung der Okkupation palästinensischen Landes durch Israel auftritt und die den nötigen öffentlichen Druck entfaltet, damit es zu einem veränderten Herangehen an diesen Konflikt kommt, der die Ursache für eine ganze Reihe von regionalen Problemen darstellt.

Es wäre ferner eine Illusion zu glauben, dass Obama ohne massiven Druck von der scheinbar unverzichtbaren Verflechtung von nationalen Sicherheitsinteressen und der Bereitschaft zu Kriegseinsätzen – jenem Grunddogma des US-Imperialismus – abrücken würde. Das zeigt schon die Art und Weise wie er über die »Reorganisation des Militärs« und über die Ausweitung der Aktivitäten in Afghanistan sowie über mögliche Militäroperationen in Pakistan spricht. Angesichts der unbestrittenen Macht der Militärlobby und deren Betonung der »nationalen Sicherheitsinteressen«, kann es sich gegenwärtig niemand, der an der Schwelle zum Weißen Haus steht, leisten, gegen diese Gruppen aufzutreten. Allein die leiseste Andeutung in dieser Richtung würde ihn rücksichtslosen Angriffen und schweren Zweifeln an seiner Haltung gegenüber den Sicherheitsinteressen des Landes und seiner Bürger aussetzen. Daraus erklärt sich möglicherweise jener Positionswechsel, der bei Obamas Unterstützern die größte Enttäuschung ausgelöst hat – seine Zustimmung zur Erweiterung des Bundesgesetzes zur geheimdienstlichen Überwachung (FISA).

Dieser Vorfall markiert faktisch die Bruchstelle zwischen militärisch gepanzerten Sicherheitsinteressen und der Hoffnung auf eine

konstruktive, friedliche US-Außenpolitik im 21. Jahrhundert. Nur eine Massenbewegung, die sich der imperialistischen Natur der US-Globalpolitik bewusst ist und die auf ein grundlegend anderes Herangehen drängt, kann diese Konstellation überwinden. Obama als Repräsentant des multilateralistischen und »realistischen« Flügels des Establishments (was seinen Ausdruck in seiner unvoreingenommenen Gesprächsbereitschaft mit Gegnern findet) bietet der politisch aufgeklärten Öffentlichkeit eine Chance, erfolgreich auf eine grundlegende Veränderung der US-Globalpolitik zu drängen.

Innenpolitisch steht Obama für die Position jener Unternehmerrgruppen, die weniger auf schonungslose Ausbeutung, sondern auf mehr staatliche Eingriffe zur Rettung des kapitalistischen Systems setzen, indem dessen hässlichsten Entgleisungen unterbunden werden. Sein Verständnis von »Unternehmertum«, wie es in seinem Buch *Hoffnung wagen* (The Audacity of Hope) beschrieben wird, ist nicht vereinbar mit dem menschenverachtenden Vorgehen solcher Konzerne wie Wal-Mart. In Anlehnung an den New Deal in den 1930er Jahren tritt Obama für die Beseitigung der von den Republikanern geschaffenen Regelungen ein, die die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter behindern.

In Anerkennung der Gefahren des Klimawandels unterstützt Obama umfassende staatliche Programme zur Reduzierung des Einsatzes von fossilen Energieträgern und zur Schaffung von Millionen »grüner Jobs« bei der Umstellung der Infrastruktur des Landes auf saubere Energiequellen.

Die USA wie auch das gesamte kapitalistische Weltsystem befinden sich in mitten einer heraufziehenden präzedenzlosen Krise. Die systematische Deregulierung des Finanzsystems hat im Laufe der letzten drei Jahrzehnte in eine globale Finanzkrise geführt, die bekanntlich durch die faulen Hypothekenkredite zum Ausbruch kam. Der Finanzkapitalismus durchlebt gegenwärtig Prozesse, wie sie für die Große Weltwirtschaftskrise typisch waren – Liquiditätsengpässe, die zu einer gefährlichen Schrumpfung der Kreditmärkte führten, und vor allem Bankzusammenbrüche. Der Rückgang der Ölförderung und die damit einhergehende Preisexplosion gefährden den Fortbestand der noch verbliebenen verarbeitenden Industrie und heizen auf gefährliche Weise die Inflation an. Die exorbitanten Kosten des Irak-Krieges und die Ausgaben für die Rüstung überhaupt haben eine erschreckend hohe Staatsverschuldung hervorgebracht, deren weitere Finanzierung durch ausländische Kapitalanleger immer zweifelhafter wird. International haben der globalisierte Kapitalismus und sein »Freihandelswahn« Flüchtlingsströme ausgelöst, Hunger und Krankheiten verstärkt und zu einer ungeahnten Verschärfung des globalen Armutsproblems geführt.

Sogar bislang kaum regierungskritische Kommentatoren räumen inzwischen ein, dass eine neue Regierung einen tiefgreifenden Politikwandel einleiten muss, um der Billionen Dollar schweren Verschuldung, die in Bushs Regentschaft aufgehäuft wurde, Herr zu werden. Falls Obama Präsident wird, bleibt ihm kein anderer Ausweg als die Wiedereinführung eines Finanzregimes, das von Clinton und Bush zerrüttet wurde, und die Bekämpfung der Tendenz zur Privatisierung staatlicher Aufgaben. Er muss die Steuergeschenke Bushs

»Die Demokratische Partei ist gespalten. Es kollidieren die Wünsche von Abgeordneten aus Schwer- und Autoindustrieregionen mit grünen Plänen. Auch die Kohle hat Freunde bei den Demokraten, auch bei Barack Obama, dem Senator aus dem kohleproduzierenden Illinois.«
Ders.: Noch scheint ja die Sonne, in: Freitag, 30. November 2007

an die Superreichen zurücknehmen, ein großes Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen auflegen, Millionen Menschen vor der Versteigerung ihrer Häuser bewahren, und er muss eine nationale Krankenversicherung einführen, die mit dem privaten, profitorientierten Versicherungsmodell bricht. Entgegen seiner gegenwärtigen erklärten Absicht wird er die ausufernden, verschwenderischen Militärausgaben beschränken müssen und er wird den historischen Versuch machen müssen, die nationale Industrie- und Infrastruktur so umzugestalten, dass sie ohne fossile Brennstoffe auskommt.

Obamas pragmatischer Politikansatz verortet sich zwischen den gegensätzlichen Polen von rechts-zentristisch und links-zentristisch. Seine Präsidentschaft wäre das Schlachtfeld für die Interessen der herrschenden Klasse und ihr Bestreben, seine Politik des Wandels zu ihren Gunsten auszunutzen, einerseits und den Forderungen einer wachsenden Massenbewegung für grundlegende fortschrittliche Veränderungen andererseits. Entscheidend für das Ergebnis wird die Einheit unter den Linken sowie ein Bündnis von Linken und Zentristen sein.

Davon hängt bereits der Ausgang der Wahlen ab. Sein republikanischer Gegenkandidat John McCain ist – auch wenn er hin und wieder politische Unabhängigkeit vorspiegelt – ein Erzkonservativer, der die ultra-reaktionäre Politik Bushs in allen entscheidenden – außen- wie innenpolitischen – Fragen mit trägt. Durch seine Unterstützung für eine Fortsetzung der Okkupation des Irak und die Ausweitung des Kriegsrechts, mit der Ankündigung von weiteren Steuergeschenken an die Reichen und mit neuen Zugeständnissen an die Öl-Multis sowie mit der erklärten Fortsetzung des rechts-fundamentalistischen sozialpolitischen Kurses liegt McCain voll auf der Linie jener Kreise, die auch Bush unterstützt haben. Es ist klar, dass sein Wahlsieg faktisch einer »dritten Amtperiode von Bush« gleichkäme.

Diese Situation hat den Afroamerikanischen Dichter und Aktivisten Amiri Baraka veranlasst, die gegenwärtigen Wahlen mit dem Ende der Weimarer Republik zu vergleichen, als die zerstrittene Linke die Machtergreifung der Nazis ermöglichte. Dieses düstere Bild wurde von ihm gewählt, um die ernststen Gefahren zu verdeutlichen, die in den Kontroversen unter den Linken pro und contra die Unterstützung von Obama liegen. Für die linken Unterstützer von Obama handelt es sich nicht um die Wahl des »kleineren Übels«, sondern um eine Entscheidung zwischen der Fortsetzung einer unerträglichen Politik gegen die Arbeiterschaft und die Mittelklasse und die Ermöglichung einer Präsidentschaft, die in Richtung auf einen tief greifenden Politikwechsel gedrängt werden kann.

Die Absicht, Obamas Kampagne nachhaltig von links zu beeinflussen, hat schließlich zur Formierung der unabhängigen Bewegung »Fortschrittskräfte für Obama« geführt, der unter anderem bekannte Linke wie Tom Hayden, der Schauspieler Danny Glover, Bill Fletcher Jr., Carl Davidson and Barbara Ehrenreich angehören. Dieses Bündnis ist bemüht, Obama zu drängen, die US-Truppen vollständig aus dem Irak abzuziehen, mit dem Iran auf diplomatischer Ebene zu verhandeln, das Afghanistan-Abenteuer zu beenden, eine allgemeine Krankenversicherung ohne Beteiligung profitgieriger Privatversicherungen zu schaffen, ein weitreichendes Beschäfti-

»Bush und seine Republikaner haben regiert durch Polarisieren. Wahlen wurden gewonnen mit Hilfe der Geldgeber, die von Bush profitierten, und einem rechten Kern (vor allem weiße Männer), der permanent empört war über Benachteiligungen und unamerikanische Untaten der Liberalen. 2008 ist die Atmosphäre anders. McCain gewann die Vorwahlen trotz rechter Hetze, nach der er unter anderem wegen seiner relativen sozialpolitischen Toleranz und seiner relativ liberalen Haltung zur Einwanderung und zum Umweltschutz kein verlässlicher Konservativer sei. McCain betont, er wolle nicht polarisieren. Vor allem will er das Gefühl vermitteln, Amerika wäre bei ihm in guten und erfahrenen Händen.«
Ders.: Der komplexe Konservative, in: Freitag, 30. Mai 2008

gungsprogramm für Millionen »grüner Jobs« aufzulegen und entschlossen die Finanzkrise zu bekämpfen. Die Initiatoren gehen davon aus, dass eine konstruktive, friedliche Außenpolitik und ein an den Bürgerinteressen orientiertes Wirtschafts- und Sozialprogramm jene gewaltige Woge massenhafter Unterstützung wieder beleben würde, die Obama zum Sieg bei den Vorwahlen getragen hat.

Angesichts der Kritik von einigen Linken an Obamas Hinwendung zum Zentrum haben die »Fortschrittskräfte für Obama« wieder und wieder die Notwendigkeit betont, ein breites Bündnis mit der Bewegung zu schaffen, die während Obamas Wahlkampagne entstanden ist. Eine solche Verbindung herzustellen und die inneren politischen Klärungsprozesse zu befördern, um es langfristig zu stabilisieren, das ist das wichtigste Ziel der »Fortschrittskräfte für Obama«. Für diese Aktivisten geht es darum, die Unterstützerkampagne beharrlich auf die zentralen Themen zu lenken, wodurch die Bewegung selbst ein fortschrittliches Projekt würde – unabhängig davon, was an ihrer Spitze passiert. Die Voraussetzung dafür wäre, dass die Linken in der Bewegung für Obama in der Sache konsequent bleiben, die Kampagne selbst von einer unabhängigen Position aus dazu drängen, allen Versuchen der Demoralisierung, Marginalisierung und Spaltung zu widerstehen.

Die linken Kritiker dieses Ansatzes verweisen auf die Frustration unter der Präsidentschaft Bill Clintons, der sich schließlich den vehementen Attacken der Republikaner ergab. Und sie verweisen auf die faden zentristischen und daher zu recht erfolglosen Präsidentschaftskandidaturen anderer Demokraten (Michael Dukakis 1988, Al Gore 2000, John Kerry 2004).

Derartige Kritiken übersehen jedoch die wesentlichen Unterschiede zwischen den früheren Wahlkampagnen und Präsidentschaften der Demokraten und der gegenwärtig Kandidatur.

Zum ersten findet diese in einer Krisensituation statt, die geprägt ist von Bushs katastrophalem Erbe permanenter Militärinterventionen, der Aushöhlung der Verfassung und einer ruinösen Wirtschafts- und Umweltpolitik – all dies hat zu der weitverbreiteten Auffassung geführt, dass das Land »sich in die völlig falsche Richtung entwickelt«.

Zum zweiten hat diese Krise eine machtvolle Bewegung für einen Wandel hervorgebracht – eine Bewegung, wie es sie in der Vergangenheit nicht gab, eine Bewegung, die in der Lage sein könnte, die gesamte Politik in eine neue, fortschrittliche Richtung zu drängen.

Barack Obama ist ein gewiefter Politiker, der sehr wohl die verschiedenen politischen Kräfte einzuschätzen weiß, die in der US-amerikanischen Gesellschaft am Werk sind. Sein Pragmatismus könnte es ihm ermöglichen, den Interessen der Bewegung gegen die Interessen der Konzerne und Militärs, denen an einem Wandel nicht gelegen ist, Geltung zu verschaffen. Er würde möglicherweise tatsächlichen politischen Wandel durchsetzen, wenn eine machtvolle Massenbewegung den politischen Spielraum dafür erkämpft. Er hat zum Beispiel erkannt, dass es einer solchen Massenbewegung für die Durchsetzung einer allgemeinen Krankenversicherung – gegen die Interessen von Versicherungsunternehmen und der pharmazeutischen Industrie – bedarf. Seine immer wieder wiederholte Vision ist

»Obama will das amerikanische Haushaltsdefizit verringern, die US-Truppen aus dem Irak abziehen und gegen den Klimawandel kämpfen. Ein linker Flügel ist der amerikanischen Demokratie mit diesem – in Europa selbstverständlichen – Programm noch nicht gewachsen. Aber nach den Jahren der Bush'schen Arroganz ist der selbst-reflexive, skrupulöse Politikertypus, den dieser Mann repräsentiert, vielleicht ein kleiner Fortschritt.«
Ingo Arend: Der Traum vom Mittelstand, in: Freitag, 1. Februar 2008.

die, dass »Veränderung von unten wächst und nicht von oben verordnet werden kann«.

Im Moment deutet alles auf große Zugewinne für die Demokraten in diesem Wahljahr hin. Trotzdem liegt Obama bei vielen Meinungsumfragen nur knapp vor McCain. Sein Vorsprung ist viel geringer als dies bei anderen demokratischen Kandidaten der Fall war. Die Ursache dafür ist wohl bekannt: der anhaltende Einfluss und die Macht des weißen Rassismus in den USA. Die Bewegung, die sich um Obama geschart hat, steht vor der historischen Herausforderung, auch die weißen arbeitenden Menschen zu überzeugen, im Sinne eines aufgeklärten Selbstinteresses, dem höheren Wert Fairness zu seinem Recht zu verhelfen. Angesichts dessen, was bei den kommenden Präsidentschaftswahlen auf dem Spiel steht, ist es für das Wohl des Landes und der Welt unerlässlich diese Chance zu nutzen.

(Aus dem Amerikanischen von ARNDT HOPFMANN)

MARIAN KRÜGER

Ein Projekt der Entstaatlichung

Einige Anmerkungen zur Debatte
um die Föderalismusreform II

»Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends war keine gute Zeit für den deutschen Staat. Er hat einen im internationalen wie im historischen Vergleich einzigartigen Verlust an politischen Ressourcen und politischen Entscheidungskompetenzen erfahren (...) und es wäre fatal, wenn es durch die Föderalismusreform II dazu käme, dass der Bund bei gravierenden weltwirtschaftlichen Schocks nicht mehr voll handlungsfähig ist.«

Peter Bofinger in WSI-Mitteilungen 7/2008

1. Die Ausgangslage

Der Auftrag der Kommission

Am 15. Dezember 2006 haben Bundestag und Bundesrat eine gemeinsame Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen eingesetzt. Sie knüpft unmittelbar an die Föderalismusreform I an, die vor allem eine Entflechtung der gemeinsamen Zuständigkeiten von Bundestag und Bundesrat erreichen sollte. In ihrem Ergebnis wurden die Länder gestärkt, während der Bund in wichtigen Politikfeldern, wie Bildung und Wissenschaft, geschwächt wurde.¹

Wie der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck dazu im Plenum des Bundestages erklärte, heißt Föderalismusreform II »Neuordnung der Finanzbeziehungen, Föderalismusreform III heißt Neugliederung der Bundesländer.«² Zu dem ambitionierten Programm der zweiten Stufe der Reform gehören jedoch nicht nur Finanzthemen, sondern auch Themen des Umbaus der Verwaltungsbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Die SPD-Seite priorisiert hier vor allem die Optimierung des Steuervollzugs, der im Wesentlichen von den 16 Bundesländern nach dem Prinzip der Auftragsverwaltung ausgeführt wird. Die CDU-Seite möchte vor allem eine stärkere Zentralisierung des Einsatzes von Informationstechnologien für Verwaltung (IT-Verwaltung) erreichen. Beide möchten gerne mit einer Neuordnung der Bundesfernstraßenverwaltung tausende Kilometer Fernstraßen in die Finanzhoheit der Länder übergeben. Die Länder möchten sich dagegen finanzieller Lasten, die sich durch die Ausführung bestimmter Bundesgesetze ergeben, entledigen. Man sollte sich von der langweiligen Überschrift »Verwaltungsthemen« nicht täuschen lassen, hier geht es letztlich um zweistellige Milliardenbeträge.³ Diese ambitionierte Agenda wurde darüber hinaus noch durch den Wunsch der Bundesseite, auch über die institutionellen

Marian Krüger – Jg. 1964; Dipl. Politologe, Referent für Bund-Länder-Koordination in der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Er begleitet die Arbeit der LINKEN in der Föderalismuskommission als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Er war von 1999-2006 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses mit den Schwerpunkten Haushaltspolitik, öffentlicher Dienst, Liegenschaftspolitik.

1 Vgl. Horst Kahrs: Föderalismusreform, in: fds-Newsletter vom 6. März 2006.

2 Plenardebatte über Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zur Modernisierung der Bund/Länder-Finanzbeziehungen vom 15. 12. 2006, PlenPr. 16/74.

3 Kommission von Bundestag und Bundesrat zur

Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Arbeitsunterlage 017.

und finanziellen Voraussetzungen einer Länderneugliederung zu verhandeln, erweitert.

Die Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD, aber auch FDP und Die Grünen haben von Anfang an klar gemacht, dass sie die wachsende Staatsverschuldung als zentrales Problem der Föderalismusreform II betrachten. Sie beträgt derzeit circa 1,5 Billionen €, wovon circa 1 Billion € auf den Bund, die restlichen 500 Milliarden auf die Ländergesamtheit und die Kommunen entfallen. »Wir brauchen so etwas wie einen Stabilitätspakt der Körperschaften – mit festgelegten Verschuldungsgrenzen – zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen«, sagte Peter Struck der damit den Zustand, dass 11 von 16 Bundesländern verfassungswidrige Haushalte haben, beseitigen will. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück erklärte »die Begrenzung der Staatsverschuldung« zum »obersten Reformziel«. Hans Peter Friedrich (CDU/CSU) zeichnete in der Bundestagsdebatte das auch medial immer wieder gern zitierte Bild vom bislang unaufhaltsamen »Marsch in den Verschuldungsstaat«, der nun gestoppt werden müsse.

In der Ursachenanalyse waren sich die Redner von Union, SPD und Grünen im Kern einig: Die hohe Verschuldung ist auf das Versagen des bestehenden Staatsverschuldungsrecht zurückzuführen. Um die Neuverschuldung zu stoppen, müsse das Grundgesetz geändert werden. Kredite sollen nur noch in Notfällen (wirtschaftliche Rezession, Bewältigung von Naturkatastrophen) aufgenommen werden dürfen. Nachhaltige Haushaltspolitik müsse auf Schuldenabbau setzen, dieses Ziel sei mit der bestehenden Finanzverfassung nicht mehr zu erreichen. Exemplarisch für diesen Denkansatz war auch die Rede des Grünen-Fraktionsvorsitzenden Fritz Kuhn. Die Kreditobergrenze in Artikel 115 Grundgesetz taue grundsätzlich nicht mehr dazu, Haushalte zu stabilisieren. Die Finanzpolitik dürfe sich nicht mehr länger am Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 orientieren. In diese Kerbe schlug auch Sachsens damaliger Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU), wenn er die Ursache der Verschuldung auf den »Ausbau des Sozialstaates in den 70er Jahren« zurückführt.

Im unmittelbaren Vorfeld der konstituierenden Sitzung der Kommission am 8. 3. 2007 legte der Sachverständigenrat (SVR) zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung das Gutachten »Staatsverschuldung wirksam begrenzen« vor. Hierin plädiert er für die Änderung des Artikels 115 Grundgesetz und die Einführung einer sogenannten »Schuldenbremse«. Analog sollen die Landesverfassungen geändert werden. Demnach soll die Netto-Neuverschuldung künftig so bemessen sein, »dass sie sich in der Summe auf 2 von Hundert des nominalen Brutto-Inlandsproduktes belaufen, wovon jeweils 1 von Hundert auf den Bund und die Länder-Gesamtheit entfallen.«⁴ Dies würde einen strukturellen Neuverschuldungsspielraum des Bundes und der Ländergesamtheit von circa 44 Milliarden umfassen.⁵ SVR-Mitglied Peter Bofinger distanzierte sich in einem Minderheitenvotum von diesem Vorschlag und plädierte stattdessen für die Einführung einer »Steuerausfallbremse«. Insgesamt bleibt der SVR in seinem Modell deutlich unter der im Maastricht-Vertrag vorgesehenen Obergrenze für die Neuverschuldung von 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP).

4 Süddeutsche Zeitung, 6. 3. 2007.

5 Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zum Thema »Staatsverschuldung wirksam begrenzen«, Wiesbaden, März 2007, S. 168.

6 Sachverständigenrat (SVR) zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: »Staatsverschuldung wirksam begrenzen«, Expertise im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Wiesbaden, März 2007, S. 7.

Im Frühjahr 2008 präsentierte Bundesfinanzminister Steinbrück der Kommission ein eigenes Modell⁷ für eine Schuldenbremse, das noch restriktiver ausfiel, als das des SVR. Seine wesentlichen Eckpunkte bestehen in der Begrenzung der Nettoneukreditaufnahme (NKA) am BIP in Höhe von 0,5 Prozent. Dies wird mit einer »Konjunkturkomponente« kombiniert. Diese soll sicherstellen, dass in Jahren mit sinkendem Wachstum bzw. Rezession höhere Kreditgrenzen bestehen. Bei guter Konjunktur bedingt sie jedoch eine zusätzliche Beschränkung der neuen Kreditobergrenze. Von dem strukturellen Neuverschuldungsspielraum soll der Bund 0,35 Prozent bekommen, die Ländergesamtheit 0,15 Prozent erhalten.

Die SPD-Linken haben dieses Modell in einem eigenen Positionspapier⁸ heftig kritisiert. Deren Repräsentanten Nahles und Böning haben sich öffentlich davon abgegrenzt (FAZ, 13. 2. 2008) Das Handelsblatt (13. 2. 2008) berichtete, dass man sich in Teilen der SPD schockiert über Steinbrücks Vorgehen zeigte. Am Ende musste Steinbrück zurückrudern, denn jetzt soll aus SPD-Sicht die Verschuldungsobergrenze auf 0,75 Prozent des BIP angehoben werden.⁹ Aber nun scheint die gesamte SPD-Fraktion hinter der Forderung zu stehen, das 1969 von ihr selbst mit eingeführte Staatsverschuldungsrecht wieder abzuschaffen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion möchte hingegen jede strukturelle Neuverschuldung ganz verbieten (Beschluss vom 11. 3. 2008)¹⁰: »Wir lehnen eine strukturelle Komponente von größer als 0,0 Prozent BIP bei der Neuverschuldung ab.« Damit würden neue Kredite faktisch nur noch in konjunkturellen Abschwungphasen oder bei Rezessionen aufgenommen werden. Dies solle zu einem Abbau der Staatsverschuldung auf unter 60 Prozent des BIP führen.

Dieser Streit mag aus der Sicht Außenstehender unwirklich erscheinen. Letztlich findet hier jedoch ein zäher Positionskampf um die Zukunft des Sozialstaates statt. Denn die Unterschiede zwischen den einzelnen Modellen sind aus haushaltswirtschaftlicher Sicht beträchtlich. Bezogen auf ein BIP von circa 2,4 Billionen € (2007) ergibt sich für das SVR-Modell eine strukturelle Neuverschuldungsobergrenze von circa 44 Milliarden €¹¹, beim Steinbrück-Modell von 12 Milliarden € – davon 8 Milliarden € für den Bund, der Rest soll auf Länder und Kommunen aufgeteilt werden. Beim Modell der SPD-Bundestagsfraktion ergäben sich 18 Milliarden €, wovon 12 Milliarden auf den Bund entfielen. Überschreiten oder unterschreiten Bund und Länder die Verschuldungsgrenzen, werden diese Abweichungen auf einem Ausgleichskonto erfasst. Verglichen mit den jetzt bestehenden strukturellen Verschuldungsmöglichkeiten (Kredite können in der Höhe der Investitionen aufgenommen werden) würde sich der Spielraum für Investitionen von 24 Milliarden auf 8 Milliarden € verengen.¹²

Die Revision der Finanzreform von 1969

Mit dieser Zielstellung steht auch die Föderalismusreform II ganz im Zeichen der Revision der Großen Finanzreform von 1969, die als »das herausragende Beispiel für den kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland« gilt.¹³ Das betrifft vor allem die Einführung der so genannten Gemeinschaftsaufgaben in Artikel 91a

7 Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bundesländer-Finanzbeziehungen, Kommissionsdrucksache 096.

8 Petra Merkel, Ortwin Runde: »Sparen in der Zeit statt Schuldenbremsen bis in die Not« Positionspapier der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion zur wirksamen verfassungsrechtlichen Begrenzung der Staatsverschuldung, Langfassung, Berlin, 11. 3. 2008.

9 Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bundesländer-Finanzbeziehungen, Kommissionsdrucksache 097, Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, »Schuldenbremse für Deutschland«, 11. 3. 2008.

10 Ebenda.

11 Auf den Bund würde dabei eine Obergrenze von 22,12 Milliarden € entfallen, das heißt, ein Umfang von 1 Prozent um nominales Bruttoinlandsprodukt im Mittel der vergangenen fünf Jahre. Würde die Schuldenstranke erstmals bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2008 angewendet, so wäre dies der Mittelwert für die Jahre 2002 bis 2006.

12 Petra Merkel, Ortwin Runde, a. a. O., S. 10.

13 Ursula Münch, Kerstin Meerwaldt: Politikverflechtung im kooperativen Föderalismus, Informationen zur politischen Bildung (Heft 275).

Grundgesetz, die Reform des Staatsverschuldungsrechts und die Orientierung der staatlichen Haushaltspolitik am »gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht«, also einer aktiven Konjunkturförderung (Artikel 115 und 109 Grundgesetz).

Mit der Etablierung der Gemeinschaftsaufgaben wurden nicht nur neue Ermächtigungsgrundlagen für umfassende Finanzhilfen des Bundes insbesondere in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung geschaffen. Vielmehr ist diese »Zielsetzung vor dem Hintergrund einer prinzipiellen Neuausrichtung der bundesdeutschen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik auf den Keynesianismus« und ihrer Ambition einer »längerfristige(n) Aufgaben- und Finanzplanung«¹⁴ zu verstehen.

Das bis 1969 gültige Staatsverschuldungsrecht hatte sich noch an Artikel 87 der Weimarer Reichsverfassung (WRV)¹⁵ orientiert, in dem die Kreditfinanzierung öffentlicher Aufgaben nur im Ausnahmefall zugelassen wurde. Das Grundgesetz sprach sich also bis 1969 dagegen aus, über staatliche Anleihen künftige Generationen an der Finanzierung von öffentlichen Gütern oder Leistungen zu beteiligen, die vorhergehenden Generationen zugute kämen.¹⁶ Mit dem neuen Staatsverschuldungsrecht, wurde die Kreditaufnahme an den Umfang der Investitionen gekoppelt. Nun wurden Kredite neben Steuern ein reguläres Finanzinstrument für allgemeine Staatsaufgaben und zur Erreichung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.¹⁷

39 Jahre danach nutzen Union und SPD ihre Mehrheit in Bundestag und Bundesrat, um in der Föderalismusreform I zunächst die Gemeinschaftsaufgaben im Bildungsbereich (Hochschulbau und Bildungsplanung) abzuschaffen. Der Bund zieht sich damit aus der Finanzierung des Hochschulausbaus und aus den direkten Finanzhilfen im Schulbereich, wie sie noch unter der rot-grünen Bundesregierung eingeführt wurden, zurück.¹⁸

Die Agenda des Wettbewerbsföderalismus

Die zentrale Sollbruchstelle innerhalb der Debatte um die Föderalismusreform II ist die Frage der Übertragung föderalistischer Wettbewerbsprinzipien auf das Grundgesetz. Hier plädieren vor allem die CDU/CSU-geführten süddeutschen Bundesländer für mehr Steuerwettbewerb, Öffnungsklauseln beim Vollzug der Sozial- und Umweltgesetzgebung des Bundes. Dagegen stehen vor allem die sozialdemokratisch geführten Bundesländer, die sich gegen einen »ruinösen Steuerwettbewerb« (z. B. der damalige Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Harald Ringsdorf) wenden.

Am weitesten in seinen Forderungen ging dabei bislang der amtierende hessische Ministerpräsident Roland Koch. Er will für die Länder das Recht einführen, Zu- und Abschläge auf die Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuer zu erheben. Zugleich sollen die Länder auch die Möglichkeit erhalten, Abschläge bei der Ausführung von Leistungsgesetzen des Bundes einzuführen. Damit könnten wirtschaftsstärkere Länder es sich leisten, in einen ruinösen Steuerwettbewerb zwischen den Gebietskörperschaften einzutreten. Darüber hinaus, würden Arbeitnehmer, die aus einem wirtschaftschwächeren Bundesland kommen, einkommenspolitisch benachteiligt.

14 Ebenda.

15 »Im Wege des Kredits dürfen Geldmittel nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken beschafft werden. Eine solche Beschaffung sowie die Übernahme einer Sicherheitsleistung zu Lasten des Reichs dürfen nur auf Grund eines Reichsgesetzes erfolgen.« <http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/verfassung/index.html>.

16 Benjamin-Immanuel Hoff: Solidarität, Wettbewerb und Haushaltskrisen im föderalen Wohlfahrtsstaat, Dissertationsschrift, Berlin, 2006, S. 267.

17 Dieter Birk: Die finanzverfassungsrechtlichen Vorgaben und Begrenzungen der Staatsverschuldung, in: DVBl Heft 16/1984, S. 745 ff.

18 Das 2003 gestartete Programm »Zukunft Bildung und Betreuung« (IZBB), dass bundesweit 12 132 Maßnahmen an 6 400 Schulen umfasst und ca. 4 Milliarden € kostet, läuft 2009 aus. (Alle Angaben über: <http://www.bmbf.de/de/1125.php>).

ligt werden. Dies hätte auch gravierende Auswirkungen auf die tarifpolitischen Rahmenbedingungen für die Gewerkschaften.

Die Befürworter von mehr Wettbewerbsföderalismus sprechen sich tendenziell für eine weitere Entflechtung der Zuständigkeiten bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben, das heißt für mehr Konkurrenz zwischen den Ländern, für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgaben, gegen Mischfinanzierungen, für die Absenkung der Ausgleichsintensität des Länderfinanzausgleichs auf bis zu 50 Prozent aus. Dies war auch weitgehend der Ansatz, den die von der Union und der FDP nominierten Gutachter in der Expertenanhörung vom 22. 6. 2007 vertreten haben.¹⁹

2. Politische Kräfteverhältnisse und Konfliktlinien:

Wettbewerbsföderalismus vs. solidarischer Föderalismus

Die Föderalismuskommission hat 32 stimmberechtigte Mitglieder, die sich jeweils zur Hälfte aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates zusammensetzen. Da bundesratsseitig in der Regel die Ministerpräsidenten der Länder die Mandate wahrnehmen und die Koalition auch jeweils Bundesminister mit Parlamentsmandat entsandt hat, ist insgesamt die Exekutive in der Kommission dominant. Als nicht stimmberechtigte Vertreter nehmen Repräsentanten der Landtage und der kommunalen Spitzenverbände an den Sitzungen teil.

In allen Debatten der Kommission wurde die grundsätzliche Übereinstimmung beschworen, zu einer Schuldenbremse im Grundgesetz zu kommen. Nur DIE LINKE hat sich diesem Credo nicht angeschlossen. Grüne und FDP legten jeweils eigene Vorschläge für ein neues Staatsverschuldungsrecht vor. Angesichts dessen ist der Umstand, warum denn immer noch kein neues Staatsverschuldungsrecht gibt, wenn (mit Ausnahme der LINKEN) alle dafür sind, höchst erklärungsbedürftig.

Union und SPD als die beiden großen Protagonisten der Bundestagsseite verbinden höchst unterschiedliche machtpolitische Erwägungen und gesellschaftspolitische Ansätze mit der Reform, die sich gegenseitig ausschließen. Zugleich spielen machtvolle Länderinteressen eine Rolle – und hier vor allem die der unionsregierten Länder –, um mehr Wettbewerbsföderalismus einzuführen. Die finanzschwachen Länder, in denen meist die SPD (mit-)regiert, wollen eine Schuldenbremse nur akzeptieren, wenn sie spürbar von ihren Altschulden entlastet werden. Das heißt, sie knüpfen ihre Zustimmung an neue Finanzhilfen des Bundes. Das lehnte nun wiederum Bundesfinanzminister Steinbrück ab. Die CDU/CSU-Fraktion will in Übereinstimmung mit den meisten ihrer Ministerpräsidenten (nur Böhmer und Müller sind da nicht »auf Linie«) in wirtschaftlichen Normalzeiten ein striktes Neuverschuldungsverbot. Bund und Länder sollen bei normaler Konjunktur keine Kredite mehr aufnehmen dürfen, um damit Investitionen zu finanzieren. Während die Union in der Kommission den harten Konsolidierergibt, plädiert sie in den Medien zugleich für massive Steuersenkungen. Eine Politik, die die Handlungsfähigkeit des Staates bewahren will, sieht anders aus. Der rheinlandpfälzische Finanzminister Prof. Ingolf Deubel (SPD) warf der Union in diesem Zusammen-

19 <http://www.bundestag.de/parlament/gremien/foederalismus2/protokolle/prot04.pdf>.

20 Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, stenografischer Bericht zur 14. Sitzung, Berlin, 26. 6. 2008, S. 460.

21 Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Offener Brief der Vertreter der Landtage und der unterzeichnenden Stellvertreterin der Föderalismuskommission II, Kommissionsdrucksache 100.

22 Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Kommissionsdrucksache 128, Eckpunkte zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Vorschlag der Vorsitzenden FV Dr. Peter Struck, MdB MP, Günther H. Oettinger, MdL Berlin, 23. 6. 2008.

23 Die von CDU bzw. CSU allein regierten Länder disponieren derzeit über 18 Stimmen, die konservativ-liberal regierten Länder haben weitere 18 Stimmen.

hang vor, »dass auf der einen Seite hier Sonntagsveranstaltungen über eine Schuldenbegrenzung durchgeführt werden und auf der anderen Seite bereits Planungen existieren, mit denen die meisten Länder in die Verfassungswidrigkeit getrieben werden.«²⁰

Regelmäßig tauchen zudem erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken auf. Im Sommer 2008 haben die sechs Vertreter der Landtage in der Kommission schwere Vorwürfe gegen den Bundesfinanzminister erhoben: »Neue Schuldenregeln dürfen den Ländern nicht durch eine Änderung des Grundgesetzes übergestülpt werden«. Dies sei »verfassungspolitisch nicht hinnehmbar« und liefe auf die »budgetrechtliche Entmachtung« der Landtage hinaus. Dieser Vorschlag und die Weigerung Steinbrücks, »die Altschulden der Länder überhaupt in die Betrachtung einzubeziehen« sei »eine Provokation und für die Landesparlamente nicht hinnehmbar.« Damit hätten die Länder »kaum noch eigene Möglichkeiten und realistische Chancen, ihre Haushalte zu gestalten.«²¹

Aufgrund dieser hier nur sehr grob skizzierbaren Differenzen ist die Ambition der Kommissionsvorsitzenden Struck und Oettinger, die Föderalismusreform II aus dem Bundestagswahlkampf 2009 herauszuhalten, kaum noch umzusetzen. Ursprünglich sollten im September 2008 Ergebnisse an den Bundestag übermittelt werden. Nunmehr soll dies am 15. 12. 2008 erfolgen. Mit einem gemeinsamen Positionspapier der Vorsitzenden sollte dafür die Basis bereitet werden.²² Hier haben sich die beiden Seiten durchaus aufeinander zu bewegt, weil die Union beim Thema Steuerwettbewerb nachgegeben hat. In der zentralen Frage des Staatsverschuldungsrechtes gab es jedoch keine Einigung.

Der Bundesrat wird von der Union beherrscht

Jeder Kompromiss, den SPD und CDU/CSU im Bundestag abschließen sollten, steht allerdings unter dem Verdikt des unionsdominierten Bundesrats. Der Bundesrat wird derzeit von den unionsregierten Ländern beherrscht, sie haben die absolute Mehrheit der Stimmen.²³ Änderungen des Grundgesetzes sind nach Art. 79 Abs. 2 Grundgesetz nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit von 46 Stimmen möglich. Doch ein Blick auf die politische Mandatsverteilung im Bundesrat zeigt, dass derzeit keine Sperrminorität für die SPDgeführten Länder möglich ist. Dies verleiht der Unionsposition insgesamt ein großes Gewicht und erklärt, warum die Union bis in die Schlussphase der Verhandlungen unbeirrbar an Maximalforderungen festhält.

Übersicht 1: Zusammensetzung des Bundesrates

Partei/Koalition	Sitze	Länder
CDU	12	Hessen, Saarland, Thüringen
CSU	6	Bayern
CDU und SPD	12	Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein
SPD und CDU	7	Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern
SPD	4	Rheinland-Pfalz
CDU und FDP	18	Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen
CDU und Grüne	3	Hamburg
SPD und Grüne	3	Bremen
SPD und Die Linke	4	Berlin

Quelle: [http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Zusammensetzung_des_Bundesrat_2008_\(wenn-HH-Schwarz-Gruen\).png](http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Zusammensetzung_des_Bundesrat_2008_(wenn-HH-Schwarz-Gruen).png)

3. Exkurs: Die Bund-Länder-Finanzbeziehungen und die Ursachen der Staatsverschuldung

Es ist gleichermaßen erstaunlich und erklärungsbedürftig, wie sich eine Kommission, die für die Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ins Leben gerufen wurde, gerade auf das Thema Staatsverschuldung konzentriert. Die Schulden des Bundes und der Länder sind haushaltsrechtlich strikt getrennt. Nur im Ausnahmefall – bei Haushaltsnotlage – muss der Bund als Ganzes, das heißt auch die Ländergesamtheit, für die Schulden eines einzelnen Bundeslandes einstehen.

Wenn von den Bund-Länder-Finanzbeziehungen die Rede ist, dann geht es zugleich um die Gesamtheit der Elemente der Finanzverfassung:²⁴

- In den Artikeln 104a – 115 Grundgesetz ist das öffentliche Finanzwesen geregelt. Das betrifft insbesondere die Zuordnung der Erhebungs- und Ertragskompetenz der einzelnen Steuerarten auf Bund, Länder, Gemeinden, die Garantie der Haushaltsautonomie der Länder u.a.m.

- Den mit der Finanzreform von 1969 bestehenden Länderfinanzausgleich, einschließlich der Bundesergänzungszuweisungen und der Umsatzsteuerverteilung.

- Den Zuweisungen des Bundes an die Länder im Rahmen der fortbestehenden der Gemeinschaftsaufgaben im Artikel 91a und b Grundgesetz.

- Transferzahlungen des Bundes im Zusammenhang mit Geldleistungsgesetzen (z. B. die Beteiligung an den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger, Beteiligung an den Ausgaben für das BAföG)

- Die Sonderregelungen für die Finanzierung der deutschen Einheit, hier insbesondere der Solidarität II (Laufzeit von 2005-2019) sowie das Erblastentilgungsgesetz.

- Übergangszahlungen nach dem Föderalismusbegleitreformgesetz.

Warum die Staatsverschuldung nun zum zentralen Problem der Bund-Länder-Finanzbeziehungen erklärt wurde, erschließt sich weder aus der Struktur der Finanzbeziehungen noch aus den aktuellen Verschuldungstrends von Bund und Ländern. Ganz ohne »Schuldenbremse« bauen die meisten Bundesländer zügig ihre Neuverschuldung ab. Nach den in der Föderalismuskommission eingegangenen Finanzstatusberichten erreicht die Mehrheit der Bundesländer aus eigener Kraft eine Reduzierung der Neuverschuldung, 7 Bundesländer gehen 2009 zur Tilgung der Altschulden über. Auch der Bund will bis 2011 den Haushaltsausgleich erreichen und dann zur Tilgung übergehen.

24 Christine Falken-Großer: Handreichung zu den Grundlagen der Neugestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen aus der Sicht der Kommunen, Studie im Auftrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Berlin 2008, S. 7 ff.

25 Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Arbeitsunterlage 037 (neu), Abfrage zur Entwicklung der Verschuldung vom 17. September 2007 sowie ergänzendes Schreiben vom 7. 12. 2007 zur Bewertung der Indikatoren – Synopse; eigene Berechnungen.

Übersicht 2: Schuldenabbau in den Ländern in Millionen €²⁵

Land	Tilgungsbeitrag 2009	Tilgungsbeitrag 201	Tilgungsbeitrag 2011	Gesamtschulden 2008	Perspektive]
BW	Nachdem für 2008 eine Tilgung von 350 Mio. € vorgesehen ist, weist Finanzplanung bislang keine weiteren Tilgungsschritte aus.			41.460	Fortsetzung der Tilgung
BAY	200	200	200	22.565	Fortsetzung der Tilgung
BE	107	225	590	59.528	nicht ausgewiesen
BB	0	0	0	18.212	Ab 2012 keine Planung zur Rückführung des Schuldenabbaus
HB	Kein Haushaltsausgleich aus eigener Kraft möglich			15.222	nicht ausgewiesen
HE	Tilgung frühestens ab 2012			32.362	nicht ausgewiesen
HH	1	1	1	21.887	nicht ausgewiesen
MVP	150	180	200	10.557	keine
NDS	0	100	100	49.995	Fortschreibung um jeweils 100 Millionen
NRW	NRW stellt den Übergang zur Nullverschuldungspolitik „in der ersten Hälfte des kommenden Jahrzehnts“ in Aussicht.			116.046	nicht ausgewiesen
RLP	Keine Festlegungen der Landesregierung			26.529	nicht ausgewiesen
Saar	Kein Haushaltsausgleich aus eigener Kraft möglich			9.730	nicht ausgewiesen
SA	75	75	75	12.063	nicht ausgewiesen
SAH	25	100	150	19.829	Jährlicher Betrag 200 Millionen für Tilgung in Aussicht gestellt
SLH	Kein Haushaltsausgleich aus eigener Kraft möglich			22.029	
TH	0	145	178	15.707	nicht ausgewiesen
Ges.	558	1.026	1.994	ca. 495.000	nicht ausgewiesen

Die Übersicht 2 zeigt, dass Strucks zitierte Einschätzung, dass die Mehrheit der Bundländer die Kreditobergrenze der Verfassung nicht einhalten kann, nicht mehr als Rechtfertigungsgrund für eine Revision des Staatsverschuldungsrechtes dienen kann. Bund und Länder bauen ihre laufende Nettoneuverschuldung ab, ohne dass sie dazu durch neue haushaltsrechtliche Restriktionen gezwungen werden müssten.

Hier ist auch die Frage zu stellen, inwieweit es überhaupt wissenschaftlich angemessen ist, das Wachstum der Staatsverschuldung primär als normatives Problem der Finanzverfassung zu thematisieren. Dieser Ansatz ist vor allem von der LINKEN und von Teilen der SPD in der Kommission immer als untauglich zurückgewiesen worden, weil damit die gravierende Erosion der Einnahmehasis des Staates als auch die Entscheidung der Regierung Kohl, die deutsche Einheit in einem hohen Maße auf Pump zu finanzieren als relevante Ursachen der Staatsverschuldung systematisch ausgeblendet werden.

Von 1969 bis 2006 ging der Anteil der durch Steuern gedeckten öffentlichen Ausgaben von 95,5 Prozent auf 78 Prozent zurück. Zugleich hat sich die Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden mit 1 440 Milliarden € (2005) gegenüber 1991 um 144 Prozent erhöht, u. a. weil die großen Vermögen bei der Finanzierung der Einheit geschont wurden.

4. Exkurs: Probleme der Verwaltungsorganisation

Die Föderalismuskommission hat am 8. 11. 2007 eine Expertenanhörung durchgeführt, die auf einen erheblichen Reformbedarf in der Bund-Länder-Verwaltungsorganisation verweist.²⁶

Das Grundgesetz legt fest, dass grundsätzlich jede Verwaltung ihre Aufgaben für sich und allein organisiert. Damit liegt dem Föderalismus ein weitgehendes Trennsystem der Verwaltungsorganisation zugrunde. So besteht eine bundeseigene Verwaltung für Kernbereiche der Staatstätigkeit nicht. Artikel 83 Grundgesetz weist den Ländern eine allgemeine Zuständigkeit der Länder für die Ausführung von Bundesgesetzen zu.²⁷ Artikel 87 und 87a Grundgesetz begrenzen die bundeseigene Verwaltung auf die Bereiche Auswärtiges, Militär, Bundesgrenzschutz, Zentralstellen für Kriminalpolizei, Bundeswasserstraßen und Schifffahrt. Der Bund darf bundesunmittelbare Körperschaften des öffentlichen Rechtes im Bereich des Sozialversicherungswesens und der Arbeitsmarktverwaltung unterhalten.

Dieses Trennsystem führt nicht nur zur Zersplitterung von Zuständigkeiten, sondern erschwert auch die Kooperation. Ein besonders exemplarischer Fall dieser Problematik ist die Steuerverwaltung. Auf einer Expertenanhörung der Kommission von 2007 sagte der Präsident des Bundesrechnungshofes (BRH), Dieter Engels, dass in der Steuereinzahlung mittlerweile ein »Vollzugsnotstand« herrsche. Die Aufsplitterung der Steuerverwaltung auf 16 Länder, so Engels, begünstige zudem europaweit operierende Umsatzsteuerbetriebe. Derzeit müssen inzwischen 50 verschiedene Bund-Länder-Arbeitsgruppen einbezogen werden, um die Verwaltungsverfahren in der Steuerverwaltung zu managen. Da wundert es auch nicht, dass Bund und Länder sich bislang auf keine bundesweit kompatible Software einigen konnten. Diese Zustände kosten den Staat jährlich Milliarden. »Statistisch gesehen«, so der von der Linksfraktion für die Anhörung nominierten Sachverständige Prof. Dr. Andreas Fisahn, »werden die Unternehmen in Deutschland nur alle 50 Jahre von einer Umsatzsteuer-Sonderprüfung erfasst.« Diese »Ungleichbehandlung zu Lasten der Gesetzestreu«, greife den Rechtsstaat in seiner Substanz an, so Fisahn. Nach einer vom BMF beauftragten Untersuchung würde eine Zentralisierung der Steuerverwaltung beim Bund Mehreinnahmen von bis zu 11 Milliarden € bringen.

Auf der Anhörung wurden noch weiter gravierende Mängel in der Verwaltungsorganisation von Bund und Ländern zur Sprache gebracht:

- Die Hartz-Gesetze haben die *Vollzugsdefizite in der Arbeitsmarktverwaltung* nicht beheben können. Eine Bündelung der Zuständigkeiten wurde nicht erreicht. Stattdessen bestehen zwei getrennte Geschäftssysteme für die Arbeitslosen aus dem Versicherungskreis (ALG I) und aus dem Grundsicherungssystem (ALG II).

26 <http://www.bundestag.de/parlament/gremien/foederalismus2/protokolle/prot08.pdf>.

27 Art. 83 »Die Länder führen die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt oder zuläßt.«

Innerhalb des Grundsicherungssystems (ALG II) besteht darüber hinaus eine Trennung in 365 ARGEn, 69 Optionskommunen und 19 Modelle getrennter Aufgabenwahrnehmung. Zentralisierung der Finanzierungs- und Durchführungsverantwortung auf Bundesebene oder Regionalisierung lauten hier die gegensätzlichen Expertenstandpunkte.

- *IT-Verwaltung.* Das verwaltungspolitische Leitbild der getrennten Verwaltung im Grundgesetz ist in vielerlei Hinsicht inkompatibel mit Informationstechnik. Zugleich begegnet eine Vereinheitlichung der Strukturen und Standards die Furcht vor einer »Big Brother«-artigen Mammutorganisation, die eine direkte oder indirekte Fremdsteuerung der eigenen Verwaltungsabläufe zu betreiben in der Lage wäre. Dennoch ist die Frage eines gemeinsamen IT-Zentrums von Bund und Ländern keine des »Ob« sondern des »Wie«. Denn aufgrund der neuen EU-Dienstleistungsrichtlinie vom 12. 12. 2006 ist die Einrichtung eines Systems zur elektronischen Abwicklung von Verfahren und Formalitäten gefordert. Damit müssen sich Bund und Länder auf neue Strukturen und einheitliche Standards verständigen.

- *Bundesfernstraßenverwaltung.* Der Präsident des BRH fordert in einem Gutachten (2004), die *Bundesstraßen* den Ländern (circa 40 000 km) eigentumsrechtlich zu übertragen. Zugleich sollte eine bundeseigene *Autobahnverwaltung* (für circa 12 000 km) aufgebaut werden. Damit könnten auch neue Möglichkeiten der Privatisierung von Autobahnen geschaffen werden.

- *Das EU Vergaberecht behindert die interkommunalen Kooperationsbedürfnisse.* Derzeit müssen die Kommunen europaweite Ausschreibungen für Aufgaben machen, die sie gerne in (öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher) Kooperation wahrnehmen würden.

- *Die Zersplitterung der Zuständigkeiten im Bereich der familienbezogenen Leistungen,* hält nicht mit der Notwendigkeit einer generationenübergreifenden Politik Schritt. Diese Leistungen umfassen zur Zeit insgesamt circa 145 Milliarden € pro Jahr. Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, sie in den Bereichen Sozialversicherung, steuerliche Leistungen, Unterhalt in Form einer neuen *Familienkasse (AdöR)* zu bündeln.

5. Die Positionen der LINKEN

Stand die Föderalismusreform I im Zeichen des Kompetenzzugs für die Bundesebene in Kernbereichen der Staats, geht es in Föderalismusreform II offenbar darum, die im Rahmen der geltenden Finanzverfassung bestehenden konjunkturpolitischen Spielräume des Staates einzuschränken. Hier ist Peter Bofinger durchaus zuzustimmen, wenn er diese beiden Aspekte der Föderalismusreformen in den übergreifenden Kontext der Entstaatlichung stellt. Entstaatlichung ist in diesem Kontext als ein systematischer Prozess des Entzugs von Handlungskompetenzen und Finanzmitteln zu betrachten, wie sie in der Abtretung nationaler Handlungskompetenzen an die EU, z. B. im Bereich der Währungspolitik ebenso zum Ausdruck kommt, wie in der in Absenkung der Steuern auf Vermögen, Kapital und hohe Einkommen. Die Föderalismuskommission ist in diesem Zusammenhang als eine exklusive Arena des Konflikts um die Zu-

kunft des Wohlfahrtsstaats zu betrachten. Denn im Gegensatz zu der kritischen Öffentlichkeit, die die Prozesse der Aushandlung der »Hartz«-Gesetze und der Agenda 2010 nicht nur diskursiv, sondern auch auf Demos und Kundgebungen begleitete, gibt es hier nur wenige politische Interventionen aus der Zivilgesellschaft. Allerdings ist immerhin der DGB von Anfang an auf Distanz zu diesem Projekt gegangen²⁸. »Sollten die Vorschläge zur Föderalismusreform II wirklich in ein Gesetz gegossen werden«, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, »stünde die Handlungsfähigkeit des bundesdeutschen Föderalstaats auf dem Spiel«.²⁹

Die Diskussion um die Einführung einer staatlichen Schuldenbremse findet in einer Zeit statt, in dem erstmals seit fast zwei Jahrzehnten wieder Überschüsse in den öffentlichen Kassen verzeichnet werden können. Das betrifft vor allem die Länder und perspektivisch auch den Bund. Allerdings zeichnet sich nun national wie international eine Abkühlung der Konjunktur ab, die die ehrgeizigen Pläne des Schuldenabbaus schnell ad absurdum führen könnten.

Deutschland lebt nicht über seine Verhältnisse. Die Defizite in vielen öffentlichen Haushalten verringern sich. Mehrere Bundesländer kamen 2006 ohne Nettoneuverschuldung aus. Für 2007 rechnet das BMF mit einem Rückgang des Staatsdefizits auf 1,2 Prozent des BIP. Es soll sich bis Ende 2010 auf circa 0,5 Prozent verringern. Diese Zahlen widerlegen meines Erachtens die These vom »Marsch in den Schuldenstaat«. Dennoch ist zu konstatieren, dass der Anteil der Schulden am nominalen BIP (Schuldenstandsquote) sich deutlich erhöht hat. Allein von 1990 bis 1996 erhöhte sich die deutsche Schuldenstandsquote von 40,4 Prozent auf 58,9 Prozent.

Auch die Vertreter der LINKEN in der Kommission sehen im Hinblick auf das Verschuldungsproblem politischen Handlungsbedarf. Sie plädieren jedoch nicht für eine Änderung der Finanzverfassung, sondern für einen »einen Entschuldungsfonds, der der öffentlichen Hand wieder mehr Spielräume für die Finanzierung von Zukunftsaufgaben, von Bildung, Forschung, Wachstum und Beschäftigung verschaffen soll.«³⁰

Zur Finanzierung dieses Fonds kämen in Frage:

- Eine einmalige Vermögensabgabe, wie sie z. B. von Wissenschaftlern oder auch Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen (Wahlprogramm 1998) gefordert worden ist.
- Alternativ dazu kämen auch laufende Abgaben auf Vermögen anknüpfend an das Lastenausgleichsgesetz von 1952 in Frage.
- Zuschläge auf die Erbschaftsteuer.
- Beiträge aus den Gewinnen der Deutschen Bundesbank.
- Goldverkäufe der Deutschen Bundesbank nach Schweizer Vorbild.

Darüber hinaus geht es der LINKEN darum, dass sich die Föderalismusreform II nicht nur der finanzpolitischen Altlastenbewältigung zuwendet, sondern auch einen Beitrag zur Verbesserung der Bildungsfinanzierung leistet. DIE LINKE hat als erste der in der Föderalismuskommission vertretenen Fraktionen eigene Vorschläge zu diesem Thema vorgestellt.³¹

Die Bildungsausgaben in Deutschland sind gemessen an der Wirtschaftskraft seit Jahren rückläufig. Deutschland liegt im OECD-Ver-

28 DGB-Bundesvorstand, Bereich Wirtschafts- und Steuerpolitik: »Wachstum fördern – Staatsschulden begrenzen«, Positionspapier Nr. 2 des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Föderalismusreform II, Berlin, 3. 7. 2007.

29 Presseerklärung DGB-Bundesvorstand.

30 Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Offener Brief der Vertreter der Landtage und der unterzeichnenden Stellvertreterin der Föderalismuskommission II, Kommissionsdrucksache 047; Bodo Ramelow, Axel Troost: Föderalismusreform II für Einstieg in Entschuldung und nationalen Bildungspakt nutzen, Positionspapier zur Klausur der Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Berlin September 2007.

31 Bundestagsfraktion DIE LINKE, Bodo Ramelow, »Die Föderalismusreform II muss Weichen für eine bessere Bildungsfinanzierung stellen.« Eckpunkte für einen nationalen Bildungspakt, Berlin 7. 4. 2008.

gleich der öffentlichen Bildungsausgaben auf Platz 21 der 29 untersuchten Staaten. Deutschland gab im Jahre 2003 4,7 Prozent des BIP für Bildung aus. Spitzenreiter Dänemark gibt für öffentliche Bildung 8,3 Prozent des BIP für Bildung aus, gefolgt von Island (7,8 Prozent), Norwegen (7,6 Prozent) und Schweden (7,5 Prozent). Die Schweiz (6,0 Prozent) und Österreich (5,5 Prozent), als deutschsprachige Länder mit dualem System, wenden öffentlich ebenfalls wesentlich mehr Geld für Bildung auf als die Bundesrepublik.

Der haushaltspolitische Handlungsbedarf in Deutschland wird von Experten auf bis zu 43 Milliarden € beziffert. Allein für den Ausbau eines flächendeckenden, gebührenfreien Kita-Netzes veranschlagt Karl Lauterbach (SPD) 23,5 Milliarden € – was 12 Milliarden € mehr wären als heute. Derzeit werden rund 102 Milliarden € von Bund, Ländern und Gemeinden für öffentliche Bildung ausgegeben. Ohne eine andere Steuerpolitik ist der bildungspolitische Reformbedarf daher nicht zu finanzieren. Die Mobilisierung der Ressourcen für den Umbau des Bildungssystems ist die zentrale haushaltspolitische Aufgabe der Republik. Dies reicht weit über den Rahmen hinaus, der der Föderalismusreform gesetzt ist.

Deswegen schlagen die LINKEN vor, als »erste Schritte für eine bessere Finanzierung der Bildung (...) im Rahmen der Föderalismusreform II ... Programme der Bildungsfinanzierung als neue Gemeinschaftsaufgabe in das Grundgesetz (Art. 91b) zu übernehmen. Das sogenannte Kooperationsverbot in Art. 104b muss fallen. Außerdem sollte in Anlehnung an das österreichische Beispiel über bundesweite Ausstattungsstandards (Personal, Sachmittel) gesprochen werden. Werden diese Standards dauerhaft unterschritten, müssen die betroffenen Länder mit finanziellen Sanktionen rechnen.« In einem »nationalen Bildungspakt von Bund und Ländern« sollen sich diese verpflichten, die Bildungsausgaben dauerhaft an einem Anteil des BIP zu indexieren, der Deutschland an den Durchschnitt der Industriestaaten heranführt.

CHRISTOPH JÜNKE

Sechs Thesen zum langen Schatten des Stalinismus

I. Die sich verschärfende Transformation der Demokratie

Die bereits seit Jahrzehnten vor sich gehende Transformation der herrschenden Demokratie – ihre innere Aushöhlung von einer Demokratie im Sinne einer Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk hin zu den bloß abstrakt-formalen Spielregeln einer rein parlamentarischen Demokratie – hat unter den Bedingungen von Neoliberalismus und bewaffneter Globalisierung, also unter den Bedingungen des so genannten »Krieges gegen den Terror«, ein neues Niveau erreicht. Die demokratischen Errungenschaften und Gepflogenheiten werden von den Regierenden und den Herrschenden in Frage gestellt und abgebaut. Zentrale Grundwerte bürgerlicher Aufklärung sind stark erschüttert und ausgehöhlt.

Diese Krisenentwicklung von Freiheit und Demokratie befördert einerseits eine um sich greifende Demokratiemüdigkeit und politische Apathie, eine Form der »Abscheu vor der Demokratie«, die ausgesprochen vielfältige Formen annehmen kann.¹ Sie stellt andererseits aber auch zunehmend die Frage nach den Veränderungsperspektiven und den Alternativen zu diesem Prozess. Zwangsläufig stellt sich damit auch die Frage nach einer sozialistischen Alternative.

Auf den ersten Blick also steht es nicht schlecht für Sozialistinnen und Sozialisten. Die alte Lehre der klassischen Arbeiterbewegung wird vor unseren Augen aktualisiert: Das kapitalistische Bürgertum braucht und verteidigt die Demokratie als Form gesellschaftlicher Freiheit nur, solange sie ihrer eigenen Klassenherrschaft, der Herrschaft der freien Besitzrechte des Einzelnen, sowie dem alltäglichen Funktionieren des Kapitalismus nützlich ist. Ihr Demokratie- und Freiheitsverständnis ist entsprechend strukturell begrenzt – nur der ist ein vollwertiger Mensch, der auch ein Besitzbürger ist. Sobald es zur herrschenden Klasse geworden ist, schlägt sich das Bürgertum auf die Seite einer bloß negativ gefassten Freiheit, um an ihrem partikularen Besitzegoismus festhalten zu können. Ihr Klasseninteresse ist es, das auf soziale Freiheit pochende Nachdrängen der unteren Schichten zu bekämpfen.²

Auf den zweiten Blick jedoch haben wir es mit einem mächtigen Problem zu tun. Denn auch Freiheit und Sozialismus passen nicht zusammen – das sagen uns, mit Verweis auf die Erfahrungen mit dem historischen Stalinismus und der kommunistischen Weltbewegung, nicht nur die Neokonservativen und Neoliberalen seit Jahrzehnten, sondern neuerdings auch wieder führende Vertreter der deutschen Linken.

Christoph Jünke – Jg. 1964, lebt als Historiker und Publizist in Bochum, ist Vorsitzender der Leo-Kofler-Gesellschaft e.V. und Autor von *Sozialistisches Strandgut. Leo Kofler – Leben und Werk (1907-1995)*, Hamburg 2007. Der Beitrag nimmt Themen und Thesen auf, die er in seinem jüngsten Buch »Der lange Schatten des Stalinismus. Sozialismus und Demokratie gestern und heute«, Köln 2007, ausführlich behandelt hat. Zuletzt in *UTOPIE kreativ: Auf zum letzten Gefecht? Zur Kritik an Domenico Losurdos Neostalinismus*, Heft 118 (August 2000).

1 Jacques Ranciere: *Hatred of Democracy*, London 2006 (französisches Original 2005), hat sich mit dieser neuen Form einer Abscheu vor der Demokratie

auf ausgesprochen anregende Weise auseinandergesetzt und aufgezeigt, dass und wie sich unter den neuen Bedingungen des postmodernen Neoliberalismus klassisch konservative mit klassisch liberalen und linken Argumentationen zu einer spezifisch neuen Form der Demokratiekritik vermischt haben.

2 Vgl. dazu Leo Kofler: *Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft* (1948), 8. Auflage Berlin 1992; ders.: *Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus*, Ulm/Donau 1960 (zweibändige Neuauflage unter dem Titel *Vergeistigung der Herrschaft*, Frankfurt/M. 1986 ff.).

3 Ich spreche bewusst von Formen, und nicht wie Kofler selbst von Stufen der Freiheit, da ich die bei ihm mit-schwingende Geschichts-teleologie hier vermeiden möchte. Vgl. dazu Leo Kofler: *Perspektiven des revolutionären Humanismus* (1968), Frankfurt/M. 2007. Erstmals formuliert hat er seine Lehre von den drei Stufen der Freiheit in dem 1951 in der linkssozialistischen Zeitschrift »pro und contra« erschienenen Beitrag »Über die Freiheit«, nach-gedruckt in Leo Kofler: *Zur Kritik bürgerlicher Freiheit*. Ausgewählte politisch-philosophische Texte eines marxistischen Einzelgängers, Hamburg 2000, S. 30-39.

II. Leo Koflers drei Formen der Freiheit

Welche politisch-theoretischen Konsequenzen haben wir in Bezug auf die Demokratiediskussion aus der Erfahrung des 20. Jahrhunderts meines Erachtens zu ziehen? Ich konzentriere mich hier auf einen zentralen Aspekt und beziehe mich dabei exemplarisch auf Leo Kofler, der die entscheidende demokratietheoretische Lehre bereits vor einem halben Jahrhundert in sein Bildnis von den drei welthistorischen Formen der Freiheit goss.³

Für den klassischen Sozialismus war die in den bürgerlichen Revolutionen durchgesetzte politische Freiheit, d. h. die staatsbürgerliche und individualrechtliche Freiheit (also Koalitions-, Versammlungs-, Religions- und Meinungsfreiheit, allgemeines und gleiches Wahlrecht usw.) die erste weltgeschichtliche Form einer wirklichen menschlichen Freiheit. Das vor allem vom aufbegehrenden und kämpfenden Proletariat seit Mitte des 19. Jahrhunderts eingeklagte Weitertreiben der politischen zur sozialen Demokratie und Freiheit ist ihm die zweite welthistorische Form der Freiheit, die ökonomisch-soziale Freiheit. Doch beide Freiheitsformen, so Kofler, sind wesentlich negativ gefasst – als »Freiheit von«, als Freiheit von den feudalen Fesseln, von persönlicher Abhängigkeit und politischer Bevormundung auf der einen Seite, als Freiheit von materiellem Elend, von sozialer Unterdrückung und Entrechtung auf der anderen Seite. Die welthistorisch dritte Form der Freiheit, die eigentliche sozialistische Idee der Freiheit sei jedoch eine positive. Nicht die »Freiheit von« steht hier im Vordergrund, sondern die »Freiheit zu«, die Freiheit zu einer allseitigen Entfaltung der Persönlichkeit. Diese dritte Form, diese dritte Stufe einer welthistorischen Freiheit ist für Kofler jedoch nur zu erreichen, wenn man die beiden ersten welthistorischen Formen nicht gegeneinander ausspielt, sondern untrennbar auf höherer Ebene vereinigt.

Genau eine solche Synthese ist aber im 20. Jahrhundert nicht gelungen. Die bürgerliche Freiheit zerstörte die persönliche Abhängigkeit, um an deren Stelle eine sachlich-materielle Abhängigkeit zu setzen. Die realsozialistische Freiheit befreite die Arbeiterklasse von materieller Unsicherheit und Verelendung um den Preis, ihr die individuelle, formale Freiheitsstufe zu nehmen. Beschränkte sich die internationale Sozialdemokratie im Laufe des 20. Jahrhunderts darauf, die bürgerliche Stufe der Freiheit durchzusetzen und zu verteidigen, indem sie sich damit zufrieden gab, die Arbeiterklasse zum formal gleichberechtigten Bestandteil bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft zu machen, so beschränkte sich die kommunistische Bewegung auf die Durchsetzung einer bestimmten Form von sozialer Freiheit, die sie der bürgerlichen Freiheitsform schroff entgegenstellte.

Was also erstmals gedacht war als neue Synthese von politischer und sozialer Freiheit, zerfiel mit der Integration der Sozialdemokratie in die spätbürgerliche Demokratie auf der einen und der stalinistischen Bürokratisierung der kommunistischen Bewegung auf der anderen Seite in ihre beiden Bestandteile. Blieben die einen in der ersten welthistorischen Form der Freiheit stecken, verbarrikadierten sich die anderen in der zweiten. »Vergessen« wurde die dritte welthistorische Form, das eigentliche Ziel der sozialistischen Arbeiterbewegung. Beide Hauptströmungen der Bewegung haben so im

Laufe des 20. Jahrhunderts ihre emanzipative Zielvision aufgegeben. Die Emanzipations- und Fortschrittsidee hat sich in ihr Gegenteil verkehrt. Es gibt keine Alternative zur wie auch immer sozialen Marktwirtschaft mehr – heißt dies auf sozialdemokratisch. Im Falle des historischen Realsozialismus dagegen heißt dies, dass das, was er den Menschen ökonomisch gegeben hat, er ihnen politisch wieder genommen hat. Wo er ökonomisch über die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft hinausging, ist er politisch hinter deren Errungenschaften zurückgefallen.

Mit seiner Theorie der drei welthistorischen Formen der Freiheit hat Leo Kofler nicht nur die Kritik bürgerlicher Freiheit mit der Kritik realsozialistischer Freiheit im 20. Jahrhundert verbunden. Er tut dies auch in Form einer Aktualisierung der frühbürgerlichen, radikal-humanistischen Zielvorstellung für die sozialistische Bewegung. Jeder neue Sozialismusversuch, so Kofler, wird demokratisch sein oder er wird gar nicht sein. Jeder neue Sozialismusversuch kann nur mehrheitsfähig und siegreich sein, wenn er die politische Freiheit mit der sozialen Freiheit praktisch-politisch vereinigt. Der Sozialismus erweist sich so als das Einfache, das schwer zu machen ist.

III. Luciano Canforas Demokratieverständnis

Mit diesem Koflerschen Interpretationsschema haben wir nicht nur eine der zentralen Lehren aus der Geschichte des Sozialismus im 20. Jahrhundert gezogen. Wir haben hiermit auch den Interpretationsschlüssel, um neuere Diskussionen kritisch zu sichten – beispielsweise die in den Jahren 2006 und 2007 das linke Feuilleton nachhaltig bewegende Diskussion um Luciano Canforas *Kurze Geschichte der Demokratie*.

Während Demokratie in der Geschichte beides ist – eine jahrhundertalte Form der politischen und sozialen Freiheitsbewegung ebenso wie eine spezifisch institutionelle Fassung der bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft –, schreibt der italienische Linksprofessor Luciano Canfora seine Geschichte der Demokratie als Geschichte eines bloßen Mittels der Herrschenden, die nachdrängenden Klassen und Schichten zu verwirren. Ihm fehlt jeder wirkliche Begriff davon, was Demokratie ist, bzw. von links her sein soll, und schreibt die Geschichte nicht der Kämpfe um soziale, politische oder kulturelle Freiheit, sondern die Geschichte einer zunehmenden Abscheu vor der Demokratie. Für ihn sind Freiheit und Demokratie »letzten Endes leere Worthülsen«.⁴ Als Mittel der Emanzipation kommt die Demokratie, genauer: kommen demokratische Werte, Bedürfnisse und Formen, bei ihm nicht vor. Er betrachtet die Demokratie nicht als Verschwörung der Gleichen, sondern nur als Verschwörung der Herrschenden, als Demokratie von oben. In schlechter linker Tradition verabsolutiert Canfora die Idee einer sozialen Demokratie zur prinzipiellen Absage an demokratische Formen. Aus der dialektischen Einheit von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit/Solidarität macht er antagonistische, das heißt sich ausschließende Gegensätze und fühlt sich entsprechend gezwungen, Freiheit und Solidarität zu streichen, um eine Gleichheit zu propagieren, in der natürlich bei näherer Betrachtung einige gleicher sind als gleich.

4 Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie, Köln 2006, S. 331.

Die antike und bürgerliche Demokratie sind ihm nicht mehr als schöner Schein, weil sie als Herrschaftsmittel von oben kommen. Die sozialistische Demokratie dagegen kann und muss ihm sogar als Herrschaftsmittel von oben kommen. Die antike und bürgerliche Demokratie sind ihm keine, weil sie beide unentwirrt mit der Sklaverei verweben sind. Die sozialistische Demokratie ist ihm dagegen eine solche, auch wenn sie, wie im Falle des historischen Stalinismus, mit modernen Formen der Sklaverei (dem Gulag-System) daher kommt. Und weil er die Dialektik von Demokratie und Sozialismus, das heißt die besondere Rolle nicht versteht, die demokratische Werte, Bedürfnisse und demokratische politische Formen im Kampf um den Sozialismus spielen; weil er die Idee einer sozialen Demokratie auf undialektische Weise einseitig verabsolutiert und die erziehungsdiktatorische Herrschaft einer Minderheit aus geschichtsphilosophischen Gründen meint rechtfertigen zu müssen, macht er sich selbst zum eindeutigen Apologeten des Stalinismus. In seiner Geschichte des 20. Jahrhunderts reproduziert er das gesamte Programm stalinistischer Logik, deren Argumente, Vorurteile und Denunziationen. Er macht jede historische Wendung von Stalins politischem Zick-Zack-Kurs mit und liefert für alle diese Wendungen entsprechende, geschichtsphilosophisch aufgeladene Begründungen.⁵

Canforas Argumente sind alles andere als originell. Sie begleiten den Sozialismus des 20. Jahrhunderts, seit dieser zur Rechtfertigung der nachrevolutionären Verhältnisse in der Sowjetunion anhub. Nach dem Zusammenbruch des einstmaligen »real existierenden Sozialismus« – an dem alles real war, nur nicht der Sozialismus (Rudi Dutschke) – wurden diese Argumente einzig noch in kleinen, marginalisierten Zirkeln von (N)Ostalgiekern (beispielsweise in der Diskussion um die *Weißenseer Blätter* zu Beginn der 1990er Jahre) oder bei Restbeständen westdeutscher K-Gruppen (beispielsweise bei Teilen der DKP und der MLPD) vertreten. Heute jedoch ist die politisch-intellektuelle Marginalität solcher Thesen auf der Linken durchbrochen worden. Es sind nicht mehr nur die scheinbar Unbelehrbaren, die vermeintlich Ewiggestrigen – heute machen dieselben Thesen, die einen Kurt Gossweiler oder eine Sahra Wagenknecht einstmalig nachhaltig isoliert haben, Intellektuelle wie Hans Heinz Holz, Domenico Losurdo oder Luciano Canfora zu gefeierten Vordenkern, an denen sich das linke Gemüt und Feuilleton ergötzt. Und erstmals kann man dabei kaum noch zwischen Ost- und Westlinken differenzieren. Neu ist ebenfalls, dass sich hier westlinke mit ostlinken Traditionen deutlich zu vermischen beginnen.

Georg Fülberth, um nur Canforas eifrigsten Anwalt der deutschen Linken zu zitieren, sieht in Canforas Werk nicht nur »ein kompetentes politologisches Lehrbuch«, sondern gar »die historische Grundlegung einer Theorie der Demokratie und ihrer Verhinderung in allen bisherigen Ungleichheitsgesellschaften«. Selbst der in Fragen sozialistischer Demokratie deutlich glaubwürdigere Uwe-Jens Heuer lobte Canforas Werk in einem Beitrag zur Debatte explizit als »Fortschritt in der Demokratietheorie«. Und Oskar Lafontaine wertete es gar durch ein Nachwort zur vierten Auflage auf.⁶ So wird jemand theoretisch überhöht, der uns in unserem Kampf gegen die vor

5 Ausführlich auseinander-gesetzt habe ich mich mit Canforas Demokratiebuch und dem dazu gehörenden Feuilletonstreit in meinem Beitrag »Luciano Canforas Demokratieverständnis«, in: *Der lange Schatten des Stalinismus. Sozialismus gestern und heute*, Köln 2007, S. 151-180.

6 Lafontaines dort veröffentlichtes flammendes Plädoyer für mehr direkte Demokratie ist durchaus treffend und anregend – nur kann es sich dabei nicht auf Canforas Werk stützen, da dieses eine einzige (vulgär-marxistische) Polemik gegen die Selbstregierung der Bevölkerung ist.

sich gehende Aushöhlung der Demokratie sagt, dass wir in diesem Kampf auf die Demokratie in keiner Form zählen können, weil sie einzig ein Herrschaftsmittel der Eliten sei.

IV. Was ist der Philo- oder Neostalinismus?

Unter anderem in der deutlich gestiegenen allgemeinen Wertschätzung für Canfora und die anderen genannten Autoren schlägt sich ein spürbar um sich greifender Philo- und Neostalinismus nieder. Was verstehe ich darunter?

Stalinismus war und ist zuallererst eine historische Erscheinung und bezeichnet die sowjetrussische Zeit unter Stalin. So betrachtet war der Stalinismus in meinen Augen ein spezifisches gesellschafts-politisches Herrschaftssystem, das weder kapitalistisch noch sozialistisch war – jedenfalls nicht nach den Kriterien der sozialistischen Klassiker –, eine erstarrte Übergangsgesellschaft, die von einer aus der Arbeiterbewegung, der Arbeiterklasse kommenden bürokratischen Schicht organisiert und geleitet wurde.⁷

Aber das von Stalin mit Gewalt und Tücke begründete Gesellschaftssystem hat seinen Gründer nicht nur um Jahrzehnte überlebt, sondern ist auch in anderen historischen und geografischen Kontexten angewandt worden. Stalinismus ist vor diesem Hintergrund nicht nur eine historische Erscheinung, sondern auch eine politische Theorie und Praxis, eine spezifische Art des politischen Denkens und Handelns, die sich als solches auch von der Person Stalins und vom sowjetrussischen Beispiel vollkommen ablösen kann.⁸

Trotz dieser strukturellen Möglichkeit einer Ablösung stalinistischer Politikformen vom sowjetrussischen Fallbeispiel, erkennt man den Neostalinismus allzu häufig noch an seinem Bezug zur Geschichte. Ein heutiger Philo- oder Neostalinist – ich sage bewusst nicht: Stalinist – ist also in meinen Augen derjenige, der historisch oder politisch-theoretisch diesem Gesellschaftssystem und seiner Herrschaftsideologie anhängt, auch gedanklich nicht von ihm loskommt und beide, die Theorie wie die Praxis desselben auch heute noch meint beschönigen, verteidigen, rechtfertigen und reproduzieren zu müssen.

Und man erkennt ihn vor allem an zwei scheinbar selbstverständlichen Argumentationsmustern. Zum einen propagiert der Philo- und Neostalinismus immer wieder einen bestimmten geschichtsphilosophischen »Realismus«. Bei Canfora, seinem deutschen Adlatus Fülberth und vielen anderen ist dies der berühmte Stalinsche „Realismus“ – das vermeintliche Ende des weltrevolutionären Prozesses in den 1920er Jahren, hinter dem sich der stalinistische Mythos vom »Sozialismus in einem Lande« versteckt. Vor dem Hintergrund des vermeintlichen Endes weltrevolutionärer Prozesse Anfang der 1920er Jahre habe sich, so die Logik des Gedankens, ein Stellvertreter-Kampf zweier weltpolitischer Lager entfaltet, in dem vor allem die sozialen Ziele zählen, nicht die demokratischen Mittel. Hier wird nicht nur die reale Geschichte des 20. Jahrhunderts als eines Jahrhunderts permanenter Revolten und Revolutionen auf den Kopf gestellt. Hier wird mehr noch ein ideologisches Theorem – und um mehr handelt es sich dabei kaum – dafür benutzt, das Ziel sozialer Freiheit gegen die politische Freiheit auszuspielen.

7 Den Versuch einer kritischen Neuaneignung der Debatte, was der Stalinismus historisch eigentlich gewesen ist, habe ich im ersten Teil von »Der lange Schatten des Stalinismus«, mit einem exemplarischen Blick auf führende Denker der sozialistischen Linken wie Werner Hofmann, Isaac Deutscher, Georg Lukács, Leo Kofler u. a. vorgelegt.

8 Die hegemonialen Teile der zeitgenössischen Stalinismusforschung verstehen den Stalinismus als ein rein historisches Phänomen und lehnen eine Ausdehnung des Begriffs, über die Fokussierung auf den stalinistischen Terror der 1930er Jahre hinaus, explizit ab (vgl. bspw. Jörg Baberowski: Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, Frankfurt/M. 2007). Auch wenn sich dies mit bestimmten Traditionen linker Geschichtsschreibung überschneidet, halte ich dies für historisch und politisch falsch.

Zum anderen haben wir es hier mit einem durch und durch bürgerlichen Politik- und vor allem Revolutionsverständnis zu tun. Die sozialistische Revolution wird von den Philo- und Neostalinisten (wie schon von ihren Vorgängern) am überlieferten Verständnis bürgerlicher Revolutionsprozesse gemessen. Sozialistische Revolutionen kommen diesen Denkern und Lenkern immer von oben, in Form einer Art von Erziehungsdiktatur, weil – ebenso wie im bürgerlichen Denken – die Bevölkerung einfach nicht reif genug sei für den wahren Sozialismus. Zentral für den Übergang zum Sozialismus sei deswegen vor allem das ökonomische Niveau der Produktivkraftentfaltung, auf dem dann gleichsam zwangsläufig und mechanisch sich das Reich der Freiheit aufbauen könne. Und wenn nur die ökonomisch-sozialen Ziele einer vermeintlich gut gewillten bürokratischen Herrschaftsschicht stimmen, so sind auch die dazu nötigen Verbrechen zu verteidigen, weil sich ja auch – so die immer wiederkehrende Argumentationsfigur – die bürgerlichen Revolutionen solcher Verbrechen bedient haben.

V. Und woraus speist er sich?

Doch warum eigentlich, materialistisch gefragt, will diese Vergangenheit nicht vergehen? Warum wirft der historische Stalinismus auch weiterhin einen deutlichen Schatten auf die deutsche Linke?

Ein Teil der Antwort findet sich sicherlich in der üblichen Standardantwort, dass es sich bei dem Philostalinismus um eine Altlast der Vergangenheit, um »Ewiggestrige« handle. In der Tat wirkt der historische Stalinismus nach, praktisch wie theoretisch. Man kann wesentliche Teile des gesellschaftspolitischen und sozialphilosophischen Denkens auch unserer Zeit nicht verstehen, wenn man nicht versteht, dass es in vielem, zu Recht oder zu Unrecht, eine intellektuelle Reaktion auf die Geschichte und Ideologie des stalinistisch deformierten Kommunismus ist. Auch in dem nun auf dem Wege zum Kapitalismus befindlichen Osteuropa ist der Stalinismus mehr als nur gedanklich noch präsent. Ohne ein Verständnis einstmals »sozialistischer« Bürokratie ist auch der mafiotische Übergangskapitalismus des Ostens kaum verständlich. Und das größer gewordene Deutschland ist zu einem gehörigen Maß Teil des osteuropäischen Erbes geworden – politisch, ökonomisch wie kulturell.

Gerade die noch immer vorherrschende »Ostalgie« verweist aber auch darauf, dass sich der lange Schatten des Stalinismus, entgegen der landläufigen Meinung, nicht nur aus der längst vergangenen Geschichte speist, sondern mehr noch aus der gesellschaftspolitischen Gegenwart. Mehr als mit einer gewünschten Rückkehr zur SED-Diktatur hat diese (N)Ostalgie nämlich etwas zu tun mit »dem Wunsch, in eine Periode sozialer Sicherheit und öffentlicher Wohlfahrt zurückzukehren«, wie es der britische Politikwissenschaftler Peter Thompson in seinem ausgesprochen anregenden (aber leider nur auf Englisch vorliegenden) Buch über die tief greifende Krise der deutschen Linken vor einigen Jahren noch mal betont hat.⁹ Die Übergänge zu sozialem Autoritarismus und weiterwirkenden stalinistischen Gedankenstrukturen sind, wie auch Thompson aufzeigt, vor allem dort fließend, wo es zu keiner wirklichen Entstalinisierung des Denkens gekommen ist – und dies trifft die deutsche Linke eben

9 Peter Thompson: *The Crisis of the German Left: The Collapse of Communism, the Global Economy and the Second Great Transformation*, Oxford 2005, S. 96.

mehr als andere europäische Linke – und wo sich diese mangelnde Entstalinisierung mit den neuen Realitäten einer neoliberal um sich greifenden sozialökonomischen und sozialpolitischen Barbarei mischt. Gerade in diesen Prozessen findet der Rückgriff auf stalinistische Diskurse seinen zeitgenössischen Nährboden.

Dieser Philo- und Neostalinismus verkörpert zwar noch keine identifizierbare politisch-organisatorische Strömung, ist vor allem eine politisch-intellektuelle Strömung.¹⁰ Doch gerade weil er als politische Reaktion auf den zeitgenössischen Zustand unseres nun gesamtdeutschen Gesellschaftssystems auch die politische Theorie einer latent angelegten politischen Praxis ist, ist es Zeit für eine Stalinismuskonversation, die – wie auch Peter Thompson schlüssig aufgezeigt hat – über eine reine Geschichtsdiskussion weit hinausweist. Sie sollte auch nicht weiter verdrängt werden, nur weil sie auch der politische Gegner so gerne führt – dieses Argument war schon immer das Einfallstor all jener, die ausreichend Grund haben zu schweigen.¹¹

Damit schließt sich auch der Kreis zum Anfang meines Beitrages. Der zeitgenössische Unmut über die sich forcierende Transformation der herrschenden Demokratie beginnt sich seit einigen Jahren wieder zu politisieren. Es stellt sich die Frage nach den Veränderungsperspektiven und Alternativen. Die philo- und neostalinistischen Tendenzen sind vor diesem Hintergrund die politische Reaktion auf den zeitgenössischen Zustand unseres nun gesamtdeutschen Gesellschaftssystems, Ausdruck einer oppositionellen Haltung ebenso wie Ausdruck einer allenfalls halbierten Emanzipation, einer strukturell beschränkten »Kraft der Negation«, eines unaufgeklärten und politisch kontraproduktiven Reflexes und somit einer politischen Regression.

Vor diesem Hintergrund haben wir es mit einem Schatten zu tun, der nicht nur von der Vergangenheit her, sondern auch aus der Zukunft zu uns herüberweht. Denn solange über gesellschaftliche Transformationsprozesse über die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsform hinaus nachgedacht, diskutiert und politisiert wird, solange wird es die Versuchung eines gesellschaftspolitischen Substitutionismus geben, das heißt eines autoritären und erziehungsdiktatorischen Kurzschlusses, der sich auch und gerade im historischen Stalinismus so klassisch wie verhängnisvoll niedergeschlagen hat, sich davon aber auch, wie gesagt, weitgehend zu lösen vermag.

VI. *Kein Sozialismus ohne (radikale) Demokratie*

Die von mir so genannten Philo- oder Neostalinisten fallen mit ihrer ideologischen Offensive in gerade jene autoritäre, erziehungsdiktatorische Politikform zurück, die der Linken schon allein deshalb keinen Ausweg aus ihrer historischen Krise vermitteln kann, weil es nicht zuletzt diese autoritäre, erziehungsdiktatorische Politik war, die sie in diese Lage gebracht hat.

Zum einen wird damit der Sozialismus zur Fortführung bürgerlicher Politikmethoden und es bleibt schleierhaft, warum sich Menschen vor diesem Hintergrund überhaupt für den Sozialismus engagieren sollen. Zum anderen kann und will ein solches Sozialismusverständnis nicht realisieren, dass der Sozialismus nur als ein ra-

10 Für die noch immer gilt, was der britische Historiker Edward P. Thompson Ende der 1970er formulierte: »Historiker sollten wissen, dass Spinnereien, wenn man sie toleriert – und sogar hofiert und hegt – erstaunliche Wirksamkeit und Langlebigkeit entwickeln können. (Schließlich ist für jeden rationalen Geist der größte Teil der Ideengeschichte eine Geschichte von Spinnereien.)« Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung, Frankfurt/M., New York 1980, S. 41).

11 Dass sich mein Buch über den langen Schatten des Stalinismus im ersten dreiviertel Jahr zwar ordentlich verkauft, aber kaum nennenswerte Besprechungen provoziert hat, ist meines Erachtens Teil dieser so typischen Verdrängung. Die meisten publizistischen Organe der Linken konnten sich zu einer Besprechung bisher schlicht nicht durchringen. Die Chefredaktion der Jungen Welt nahm gar eine wohlwollende Rezension (Joerg Boewe: »Trost für die Trostlosen«, www.iablis.de/iab2/content/view/346/86) wieder aus dem Blatt, obwohl sie bereits gesetzt war, und veröffentlichte stattdessen einen kurzen Totalverriß von Robert Steigerwald, der meine von ihm nicht weiter dargestellten Thesen für außerhalb jeder Diskussion erklärte. Kaum anders steht es mit Jürgen Meiers Beitrag in UTOPIE kreativ 212, Juni 2008, der ebenfalls kein gutes Haar an meinem Buch lässt und weit ausholend über das prekäre Verhältnis von Arbeiterklasse und Bauernschaft in der nachrevolutionären Sowjetunion referiert. Obwohl es jedoch in meinem Buch auch um die Geschichte geht, ist es eben

kein Geschichtsbuch. Man muss solcherart Besprechungen unter anderem deswegen »glatt am Thema vorbei« nennen, allenfalls kurios, wenn solch »Missverständnisse« nicht ihre eigene Logik hätten. Die Geschichte lastet eben noch immer wie ein Alb auf der Seele der deutschen Linken. Das ist auch, aber nicht nur und nicht einmal vor allem – ich wiederhole mich gern –, ein Problem der Geschichte.

12 Von hier aus wäre auch die Rolle politischer Organisationen der Linken stärker zu diskutieren.

13 »In Wirklichkeit wird die sozialistische Revolution im Westen erst dann triumphieren können, wenn sie die proletarische Demokratie – weit davon entfernt, diese einzuengen – so weit wie möglich ausweitet. Denn nur diese Erfahrung, ob in Parteien oder Räten gesammelt, kann die Arbeiterklasse in den Stand setzen, die realen Schranken der bürgerlichen Demokratie zu erkennen, kann sie historisch befähigen, diese zu überwinden.« Perry Anderson: Antonio Gramsci. Eine kritische Würdigung, West-Berlin 1979, S.99 (Hervorhebungen: P. A.).

14 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Band 4, S. 363.

dikaldemokratischer hegemonie- und mehrheitsfähig werden kann, dass er nur siegen kann als umfassendste soziale wie politische Selbsttätigkeit der Bevölkerungsmehrheit. Und dies kann nur geschehen, wenn sich nicht nur dieser Geist einer universellen demokratischen Selbsttätigkeit in den Köpfen der Menschen durchsetzt, sondern wenn sich dies auch in demokratischen Organisationsformen, in institutionellen Organen einer sozialistischen Demokratie niederschlägt, die in der Lage sind, radikal-demokratische Bedürfnisse zu befriedigen und zu verstetigen.¹² Erst wenn die Menschen in ihrer alltäglichen Praxis erkennen können, dass Sozialismus mehr Demokratie bedeutet als im Kapitalismus, erst dann ist der Durchbruch eines neuen Sozialismus gesichert.¹³

Das ist der einfache Sozialismus, der so schwer zu machen ist. Und das ist mit den berühmten Worten Rosa Luxemburgs gemeint – niedergeschrieben aus Anlass der sowjetrussischen Revolution –, dass die sozialistische Demokratie »nicht erst im gelobten Lande (beginnt), wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei.«¹⁴ Als dies vor nun 90 Jahren geschrieben wurde, war es kaum mehr als eine Form der Prophetie – allerdings eine, die sich aus der Erkenntnis proletarischer Lern- und Emanzipationsprozesse ergab. Heute kann man diese Worte als geschichtlich verifiziert betrachten. Und eine linke Diskussion, die diese Lehre nicht zieht und zurückfällt in die alten Schablonen stalinistischen Denkens, ist durch und durch regressiv.

Auch dieser Schoß ist also fruchtbar noch. Doch glaubwürdig neu beginnen kann die deutsche Linke nur, wenn sie die schwierige, aber notwendige Dialektik von Demokratie und Sozialismus erneuert und sich den Schlüssel zur politisch-intellektuellen Erneuerung nicht aus der Hand nehmen lässt. Die auch in den philo- und neostalinistischen Strömungen zutage tretende »Abscheu« vor der Demokratie ist hierbei nicht nur eine falsche, sondern mehr noch eine politisch gefährliche Sackgasse in den Neuformierungsdiskussionen der Linken. Denn die Halbheiten der bürgerlichen politischen Emanzipation überwindet man nicht mit den Halbheiten realsozialistischer Emanzipation.

MARTIN BRAND

Die Europäische Nachbarschaftspolitik – ein neoliberales Projekt?

Mit der Erweiterung der Europäischen Union in den Jahren 2004 und 2007 traten insgesamt zehn mittelosteuropäische Länder der Union bei. Die Außengrenze der EU verschob sich somit weit in Richtung Osten. Die ehemaligen Sowjetrepubliken Belarus, Ukraine und Moldau grenzen nun direkt an die Europäische Union; die Grenze zu Russland verlängerte sich, und auch auf dem Balkan kamen zahlreiche neue Nachbarländer hinzu. Als Antwort auf die veränderte Nachbarschaft entwickelte die Europäische Kommission eine Strategie für die Beziehungen mit den neu angrenzenden Ländern. Ein »Ring befreundeter Nachbarstaaten« soll geschaffen werden.

Der neuen geografischen Konfiguration Europas ging seit den 1980er Jahren eine Umgestaltung der sozialen Kräfteverhältnisse in der EU voraus. Transnationale Akteure und supranationale Institutionen nahmen innerhalb der Europäischen Union rasant an Bedeutung zu. Sie entwickelten die europäische Integration entlang der Prämissen von Markt und Wettbewerb. Neoliberalismus wurde zur herrschenden Ideologie – nicht nur im Bereich der Ökonomie, sondern auch auf sozialer und politischer Ebene. An konkreten politischen Projekten kann der – durchaus nicht immer widerspruchsfreie – Verlauf der neoliberalen Restrukturierung Europas nachvollzogen werden: das Europäische Währungssystem, der Gemeinsame Binnenmarkt, die Wirtschafts- und Währungsunion, die Lissabon-Strategie sowie die Osterweiterung der Europäischen Union – sie bilden die zentralen Projekte auf dem Weg zu einer markt- und wettbewerbsorientierten EU.¹

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) – so lautet meine zentrale These – reiht sich ein in diese Projekte der neoliberalen Umgestaltung Europas. Am Beispiel der osteuropäischen EU-Anrainer argumentiere ich, dass die ENP als gegenwärtig zentrales Instrument der EU-Osteuropapolitik darauf angelegt ist, jene neoliberale Neugestaltung der EU auf die östlichen Nachbarstaaten zu übertragen.

Neoliberale Hegemonie in Europa

Neoliberalismus ist neben Globalisierung eines der populärsten Schlagworte in der gegenwärtigen politischen Diskussion. Seine Bedeutung ist ebenso vielschichtig wie diffus, da der Neoliberalismus weder als Ganzes noch in seinen einzelnen Strömungen über ein fest umrissenes Programm verfügt. Eine eindeutige Begriffsbestimmung

Martin Brand – Jg. 1981, Student der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Basierend auf der Diplomarbeit des Verfassers: »Die Osteuropapolitik der Europäischen Union aus neogramscianischer Perspektive – Neoliberale Hegemonie und ihre Übertragung auf Ost-europa.«
Kontakt:
martinbrand@web.de.

1 Vgl. Hans-Jürgen Bieling, Jochen Steinhilber: Hege-
moniale Projekte im Prozeß
der europäischen Integra-
tion, in: Hans-Jürgen
Bieling, Jochen Steinhilber:
Die Konfiguration Europas:
Dimensionen einer kriti-
schen Integrationstheorie,
Münster 2000, S. 102-130.

2 Bernhard Walpen: Von Igel und Hasen oder: Ein Blick auf den Neoliberalismus, in: UTOPIE kreativ, Heft 121/122, 2000, S. 1066-1079.

3 Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak: Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden 2007, S. 13-86.

4 Dieter Plehwe, Bernhard Walpen, Gisela Neunhöffer: Introduction, in: Dies.: Neoliberal Hegemony. A Global Critique, Routledge, New York 2006, S. 1-24.

5 Vgl. u. a. Joachim Bischoff: Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus, Strukturen, Widersprüche, Alternativen, Hamburg 2006.

ist daher ein vergebliches Unterfangen, gleichwohl lassen sich Grundprinzipien identifizieren, die von allen »Neoliberalismen« geteilt werden:² Das ist zum einen die privatwirtschaftliche Organisation der Gesellschaft. Einzig das Privateigentum und ein freies Unternehmertum würden Freiheit und Würde des Menschen garantieren. Zum anderen ist allen Strömungen des Neoliberalismus die Vorstellung eigen, dass ein freier Markt, Wettbewerb und Konkurrenz als Ordnungsprinzip von Wirtschaft und Gesellschaft am besten geeignet sind, für Fortschritt und Wohlstand zu sorgen. Dieser Glaube an die unsichtbare Hand des Marktes liefert die Begründung für eine Politik der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung. Drittes gemeinsames Element neoliberaler Überzeugungen ist ein eingeschränkter und gleichwohl starker Staat. Dies ist nur auf den ersten Blick ein Widerspruch. Ein schlanker Staat wird gefordert, wenn sich die Kritik an den ausufernden Interventions- bzw. Wohlfahrtsstaat richtet. Ist die Rede von einem starken Staat, so bezieht sich dies auf die ordnungspolitische Sicherung des freien Wettbewerbs.³

Der Neoliberalismus lässt sich jedoch nicht auf eine ökonomische Theorie reduzieren. Er ist politische und institutionelle Strategie, um die Marktgesellschaft durchzusetzen. Im Mittelpunkt dieser Strategie steht die Realisierung eines Gesellschaftsprojektes, das bis in die 1960er Jahre hinein eher ein Nischendasein führte, sich jedoch seit Ende der 1970er Jahre global ausbreitete und in vielen Teilen der Welt eine Hegemonie errang.

Wenn von neoliberaler Hegemonie die Rede ist, so meint dies noch nicht, dass sich die angeführten neoliberalen Grundprinzipien in Reinform in bestimmten Regionen oder gar weltweit durchgesetzt haben. Hegemonie verlangt nach Gramsci einen aktiven Konsens und die Beteiligung sowohl der herrschenden als auch der beherrschten Klassen und findet ihren Ausdruck in Koalitionen und Kompromissen. Unter neoliberaler Hegemonie ist daher die durch Kompromisse und Zugeständnisse gekennzeichnete Ausbreitung neoliberaler Grundannahmen über verschiedene Klassen und Schichten der Gesellschaft hinweg zu verstehen.⁴

In den letzten Jahrzehnten veränderten sich die wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Rahmenbedingungen in der EU mit der Folge, dass sich eine Hegemonie des Neoliberalismus in der Union verfestigte: Das fordristische System der Massenproduktion und Massenkonsumtion, in dem durch effiziente Arbeitsorganisation und technischen Fortschritt die Arbeitsproduktivität stetig gesteigert und gleichzeitig ein Teil der Unternehmensprofite an die Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten weitergereicht wurde, geriet im Laufe der 1970er Jahre in die Krise. Aus dieser Krise des Fordismus ging ein Finanzmarkt-Kapitalismus hervor, der geprägt ist von einer steigenden ökonomischen Macht transnationaler Konzerne und der Finanzakteure sowie einer zunehmenden Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte.⁵ War die europäische Integration bis in die 1980er Jahre darauf angelegt, die nationalen fordristischen Entwicklungswege abzusichern und damit die einzelnen Nationalstaaten zu stärken, so geht die sich herausbildende wettbewerbsstaatliche Integrationsweise zumeist zu Lasten der National-

staaten und der nationalen Institutionen. Erklärtes Ziel in der EU ist es, die Wettbewerbsfähigkeit auf allen Ebenen der europäischen Gesellschaften zu erhöhen. So wandeln sich die europäischen Staaten von »keynesianischen Wohlfahrtsstaaten« zu »nationalen Wettbewerbsstaaten«. Durch eine Vielzahl von Think Tanks und Experten Netzwerken wurden neoliberale Konzepte populär gemacht.⁶

Politische Projekte der europäischen Integration

Die ökonomischen, politischen und ideologischen Veränderungen bilden die Rahmenbedingungen für die neoliberale Reorganisation der Europäischen Union, die sich analytisch anhand konkreter politischer Projekte nachzeichnen lässt.

Ausgangspunkt für die Restrukturierung in Europa war das 1979 ins Leben gerufene Europäische Währungssystem (EWS), das die traditionellen institutionellen Strukturen aufbrach und die Mitgliedsstaaten zwang, Haushaltsdisziplin zu üben und den Handlungsspielraum für eine nationale Nachfragepolitik einengte. Für den europäischen Integrationsprozess brachte das EWS dennoch kaum Impulse, da es vornehmlich ein unter Experten diskutiertes Projekt blieb.⁷

Das änderte sich mit dem EG-Binnenmarktprogramm. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1987 wurden die rechtlichen Grundlagen für den freien Verkehr von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräften gelegt. Auf diese Weise sollte die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Staaten vor allem gegenüber den USA und Japan gestärkt werden, um Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung zu stimulieren. Im Gegensatz zum EWS wurde das Binnenmarktprojekt nicht nur von einer breiten Koalition nationaler und supranationaler Akteure, sondern auch von der Bevölkerung unterstützt. Insbesondere die transnationalen Konzerne bestimmten über den *European Round Table of Industrialists* maßgeblich die Ideen, den Inhalt und die Umsetzung des Binnenmarktprojektes mit.⁸ Den neoliberalen Umbau Europas forcierte das Binnenmarktprojekt insofern, als dass es eine Vielzahl von Deregulierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen enthielt. Staatliche Konzerne sollten privatisiert werden und durch die aufkommende gemeinsame Wettbewerbspolitik wurde sichergestellt, dass die Märkte in vielen Bereichen nicht länger durch staatliche Interventionen oder Eigentümerschaft behindert wurden.

Das dritte zentrale Projekt der neoliberalen Restrukturierung Europas war die 1992 in Maastricht auf den Weg gebrachte Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Allgemeines Ziel war es, eine gemeinsame europäische Währung und eine unabhängige europäische Zentralbank zu schaffen, um das europäischen Währungssystem zu stabilisieren sowie die Transaktionskosten im innereuropäischen Handel zu verringern. Für die Stabilität der europäischen Währung sollen Konvergenzkriterien sorgen, die den teilnehmenden Staaten einen strikten Sparkurs in der nationalen Geld- und Haushaltspolitik abverlangen. Diese Kriterien schreiben den Mitgliedsländern vor, einen ausgeglichenen Haushalt einzuhalten, die Neuverschuldung nicht über drei Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) steigen zu lassen und die Gesamtverschuldung auf höchstens 60 Prozent des BIP zu begrenzen.⁹ Die Begründung für die Konvergenzkriterien

6 Vgl. dazu: Dieter Plehwe, Bernhard Walpen: Buena Vista Neoliberal? Eine klas-sentheoretische und organi-sationszentrierte Einführung in die transnationale Welt neoliberaler Ideen, in: Klaus-Gerd Giesen: Ideo-logien in der Weltpolitik, Wiesbaden 2004, S. 49-88.

7 Vgl. Hans-Jürgen Bieling, Jochen Steinhilber, a. a. O. S. 110 ff.

8 Ebenda, S. 112 ff.

9 Ebenda, S. 115 ff.

10 Stephen Gill: European Governance and New Constitutionalism: Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe, in: *New Political Economy*, Vol. 3, 1998, Issue 1, S. 5-27.

11 Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes, http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/00100-r1.d0.htm, 2000 (letzter Zugriff: 16.12.2007).

12 Zitiert nach Benjamin Sello: Europa über Alles! Die »Lissabon-Strategie« der Europäischen Union, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 181, 2005, S. 1018.

13 Dorothee Bohle: Neoliberal Hegemony, Transnational Capital and the Terms of the EU's Eastward Expansion, in: *Capital & Class*, Issue 88, 2006, S. 57-86, hier S. 68 ff.

14 Dorothee Bohle: EU-Integration und Osterweiterung: die Konturen einer neuen europäischen Unordnung, in: Hans-Jürgen Bieling, Jochen Steinhilber, a. a. O., S. 304-330, hier S. 309-317.

entstammt einer neoliberalen Doktrin, wonach eine Reduktion der Haushaltsdefizite zu weniger Inflation und weniger Inflation automatisch zu mehr Wachstum und weniger Arbeitslosigkeit führe. Zugleich erhöhen die Konvergenzkriterien den Druck auf die Staaten, ihre öffentlichen Unternehmen und Güter zu privatisieren. Alles in allem bedeutet die Umsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion, dass Markteffizienz an Priorität gegenüber sozialer Gerechtigkeit gewinnt. Zur selben Zeit erodieren die alten Formen sozialer Sicherheit und wächst für einen Großteil der Bevölkerung die persönliche Unsicherheit.¹⁰

Mit der im März 2000 vom Europäischen Rat verabschiedeten Lissabon-Strategie wurde der neoliberale Umbau Europas fortgesetzt. Vordergründig betrachtet enthielt die Lissabon-Strategie wenig Neues. Proklamierter Anspruch des Papiers war es, bis 2010 »die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen.«¹¹ Um dieses Ziel zu erreichen, forderten die europäischen Staats- und Regierungschefs nicht nur, den Binnenmarkt im Bereich (Finanz-)Dienstleistungen für den globalen Wettbewerb zu öffnen, sondern vor allem auch das Prinzip der Eigenverantwortung des Einzelnen für Bildung, Gesundheit, Altersvorsorge etc. auszuweiten. Den Forderungen des Europäischen Rats lag der Bericht einer »Competitiveness Working Group« zugrunde, die im Auftrag des Kommissionspräsidenten Vorschläge zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ausarbeitete und von den Spitzen transnationaler Konzerne geleitet wurde. Den einschneidenden Wandel der Lissabon-Strategie formulierte der damalige britische Premierminister Tony Blair so: Sie »steht für eine Veränderung der europäischen Wirtschaftspolitik: Weg von der sozialen Regulierungspolitik aus den 1980er Jahren – hin zu einem Geist von Innovation, Unternehmertum, Wettbewerbsfähigkeit und natürlich Arbeitsplätzen.«¹²

In den Prozess der neoliberalen Restrukturierung der EU fügt sich auch die Osterweiterung ein. Mit ihr wurden die mittelosteuropäischen Länder während des Aufbaus marktwirtschaftlicher Staaten dazu gebracht, ein spezifisches, neoliberales Reformmodell von der EU zu übernehmen, das in seiner Konsequenz radikaler als die westeuropäische Restrukturierung war.¹³ Als die Europäische Union 1993 den Ländern Mittelosteuropas eine Beitrittsperspektive eröffnete, wurde ihnen zur Bedingung gemacht, zuvor den gemeinsamen Besitzstand (*acquis communautaire*) der EU zu übernehmen. Die Kopenhagener Kriterien verpflichteten die Beitrittskandidaten auf politische Stabilität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Respektierung der Menschen- und Minderheitenrechte, eine funktionierende Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Gemeinschaft standhalten zu können. Insbesondere wurde darauf gedrängt, die Liberalisierungs- und Deregulierungsvorschriften des EU-Binnenmarktes zu übernehmen. Die Umsetzung der ökonomischen und politischen Reformen wurde regelmäßig evaluiert und ein Zurückfallen hinter die von der EU festgelegten Ziele sanktioniert.¹⁴ Die Beitrittsperspektive erwies sich als der Hebel, mittels dessen die mittelosteuropäischen Staaten zur Übernahme des neoliberalen Entwicklungspfades der Europäischen Union verpflichtet wurden.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik

Die Europäische Nachbarschaftspolitik lehnt sich stark an die Instrumente der EU-Osterweiterung an, ohne jedoch die Beitrittsperspektive zu bieten, die der wesentliche Anreiz für die mittelosteuropäischen Staaten war, die neoliberale Transformation ihrer Länder zu vollziehen. Denn die skeptische Haltung sowohl der EU-Bevölkerung als auch der EU-Eliten einer erneuten Erweiterung gegenüber, schließt eine weitere Ausdehnung der EU (mit Ausnahme Kroatiens) auf längere Zeit aus. Deshalb sind alternative Strategien gegenüber den östlichen und südöstlichen Nachbarn der EU gefragt. Mit der ENP legt die EU ein Programm vor, das darauf zielt, die peripheren osteuropäischen Länder, aber auch die Mittelmeerstaaten sowie die transkaukasischen Länder sukzessive an den EU-Kern heranzuführen, intensivere Wirtschaftsbeziehungen einzugehen, die Rechts- und Wirtschaftsordnungen der Zielländer an die Regelungen in der EU anzupassen und die sozialen Beziehungen aller Art zu verdichten.

Im Kern enthält die ENP drei Ziele: Erstens geht es ganz allgemein um die Schaffung eines Rings befreundeter Nachbarstaaten. »Die Vision der Europäischen Nachbarschaftspolitik ist ein Ring aus Ländern, die die grundlegenden Werte und Ziele der EU teilen und in eine zunehmend engere Beziehung eingebunden werden.«¹⁵ Die ENP soll der Region nicht nur Stabilität, Sicherheit und Wohlstand bringen, sondern auch »einen besonderen Beitrag zur Stabilität und verantwortungsvollem Regieren leisten«¹⁶ und die Stellung der EU als globaler Akteur stärken. Zweitens zielt die ENP darauf, den Transformationsprozess in den Nachbarländern zu gestalten und sie näher an das Wirtschafts- und Rechtssystem der EU zu führen: »Unmittelbar soll der Abbau der Zollschränken und der nichttarifären Hindernisse Effizienzgewinne abwerfen und den Wohlstand durch verstärkte Marktintegration verbessern. Die mittelbaren Auswirkungen sind insbesondere für die Partnerländer sogar noch größer. Durch das Heranführen der Partnerländer an das Wirtschaftsmodell der EU sowie die Übernahme bester internationaler Praktiken verbessert die ENP und besonders die vorgeschlagene Ausweitung des Binnenmarkts das Investitionsklima in den Partnerländern. Sie schafft ein transparenteres, stabileres und günstigeres Umfeld für ein vom Privatsektor angetriebenes Wachstum. Infolge des günstigeren politischen Umfelds, fallender Handels- und Transaktionskosten, relativ attraktiver Lohnkosten und geringerer Risiken wird eine positive Auswirkung auf den Zufluss ausländischer Direktinvestitionen erwartet.«¹⁷ Drittens versteht sich die ENP explizit als Nichtbeitriffsstrategie und Alternative zu einer Erweiterungsstrategie.¹⁸ Der damalige Präsident der Europäischen Kommission, Romano Prodi, empfahl, auf Osteuropa »ein Geflecht an Grundsätzen, Werten und Normen zu übertragen, die das eigentliche Wesen der Europäischen Union ausmachen« ohne die Länder als Mitgliedsstaaten aufnehmen zu müssen und prägte dafür die griffige Formel »Teilhabe an der Union mit Ausnahme ihrer Institutionen«.¹⁹ Teilhabe mit Ausnahme ihrer Institutionen jedoch bedeutet letztendlich, dass die Zielländer der ENP zwar auf die Regeln des *acquis communautaire* der EU verpflichtet werden, ihnen das Recht auf (wenn auch beschränkte) demokratische Mitbestimmung abgesprochen wird.

15 Europäische Kommission: Europäische Nachbar-schaftspolitik. Strategiepapier, <http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_de.pdf> 2004 (letzter Zugriff: 14.01.2008), S. 5.

16 Ebenda, S. 5.

17 Ebenda, S. 14 f.

18 Eckart D. Straten-schulte: Europas Politik nach Osten, Hamburg 2007, S. 23 ff.

19 Romano Prodi: Das größere Europa – eine Politik der Nachbarschaft als Schlüssel zur Stabilität. SPEECH02/619, <<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/02/619&format=PDF&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>> 2002 (letzter Zugriff: 15.01.2008), S. 6.

20 Vgl. Robert W. Cox, : Gramsci, Hegemonie und internationale Beziehungen. Ein Aufsatz zur Methode, in: Robert W. Cox: Weltordnung und Hegemonie. Grundlagen der »Internationalen Politischen Ökonomie«, Marburg 1998, S. 69-86.

21 Vgl. Michael Ehrke: Postkommunistischer Kapitalismus: Ökonomie, Politik und Gesellschaft im neuen Europa, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 1/2005, S. 142-163.

Die ENP als neoliberales Projekt

Wie trägt nun die Europäische Nachbarschaftspolitik zur Ausdehnung der neoliberalen Entwicklung der Europäischen Union auf ihre östlichen Nachbarländer bei? Nach Robert Cox²⁰ drückt sich eine (neoliberale) Hegemonie im Zusammenspiel von Produktionsverhältnissen, Institutionen und Ideen aus, die sich gegenseitig beeinflussen. Interpretiert man die ENP nun als Versuch, die neoliberale Entwicklung Europas auf die osteuropäischen Länder zu übertragen, so gilt es zu untersuchen, wie sich die Verhältnisse in Osteuropa gestalten und unter dem Einfluss der ENP verändern, welche institutionellen Regelungen die ENP trifft und welche Ideen, Normen und Werte mit ihr transportiert werden.

1. *Produktionsverhältnisse.* Die Produktionsverhältnisse in Osteuropa unterliegen seit Ende der 1980er Jahre einem grundlegenden Wandel von einer planwirtschaftlich organisierten Gesellschaft zu einem wenig regulierten Kapitalismus. Während in Westeuropa das keynesianisch-fordistische Regulationssystem schleichend erodierte und sich Arbeitslosigkeit, der Abbau des Sozialstaates und die Privatisierung öffentlicher Aufgaben allmählich ausbreiteten, so erfuhren die osteuropäischen Länder diese Entwicklung auf einen Schlag und ohne Sicherungsnetz.²¹

Als die ehemaligen Sowjetrepubliken 1991 ihre Unabhängigkeit erklärten, beschlossen sie den Übergang zu einer regulierten Marktwirtschaft. Belarus und die Ukraine vollzogen angesichts der Schocktherapien in Russland und Polen den Übergang zum Kapitalismus recht zögerlich. Moldavien hingegen führte ein Reformprogramm durch, das die Privatisierung weiter Teile staatlichen Eigentums vorantrieb, den Handel liberalisierte, die Inflation eingrenzte und das Staatsdefizit reduzierte. Ungeachtet des Reformweges erlebten alle drei Länder einen dramatischen Einbruch der offiziell gemessenen Wirtschaftsleistung. Von 1989 bis 1996 ging das BIP in Belarus um fast die Hälfte, in der Ukraine und Moldavien sogar um mehr als 50 Prozent zurück.

Die Reaktionen auf diesen Wirtschaftseinbruch fielen in allen drei Ländern unterschiedlich aus: Während in Belarus ein autoritäres Regime entstand, das sich der Einmischung internationaler Organisationen weitgehend widersetzt und auf eine starke staatliche Steuerung (nicht nur) des wirtschaftlichen Lebens baut, öffnete sich die Ukraine für die Politik der internationalen Kreditgeber und verpflichtete sich auf ein marktkonformes Reformprogramm. In Moldavien nahm die 2001 an die Macht gewählte Kommunistische Partei Teile der marktwirtschaftlich-neoliberalen Reformen zurück und versuchte, ihnen eine sozial orientierte Marktwirtschaft entgegenzusetzen, in der staatliche Beteiligungen an Betrieben und Eingriffe in die Wirtschaft wieder ausgedehnt wurden.

Seit Ende der 1990er Jahre ist in allen drei Staaten ein stetiges, starkes Wirtschaftswachstum zu beobachten. Obwohl alle drei Länder ihren Außenhandel noch immer stark auf Russland bzw. andere GUS-Staaten ausgerichtet haben, nimmt der Handel zwischen der EU und ihren östlichen Nachbarstaaten rasant zu – wenn auch noch immer auf relativ geringem Niveau. Dieser wachsende Handel mit Osteuropa ist ein wesentlicher Grund für die EU, ihre Beziehungen

zu der Region mit Hilfe der ENP in einen neuen Rahmen einzubetten.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die mit der ENP angestoßen werden, folgen der Logik, ausländische Investitionen erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Länder, was in der Folge zu mehr Wachstum, hoher Beschäftigung und steigender Wohlfahrt für alle führe. Aus diesem Grund zielt die ENP darauf, die osteuropäischen Länder in den EU-Wirtschaftsraum zu integrieren, was wiederum erfordert, dass diese Länder ihre rechtlichen Regelungen an EU-Standards anpassen und ihre Wirtschaftssysteme auf mehr Markt und Wettbewerb ausrichten. Insgesamt lassen sich die vielfältigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der ENP in drei Punkten zusammenfassen:²²

1.) Strukturreformen, die nach den Vorstellungen der Europäischen Kommission bei einer erfolgreich angewandten ENP die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern und so zu mehr Wirtschaftswachstum beitragen sollen;

2.) Verankerung einer Makropolitik, die enger an die Prinzipien vernünftiger Geld- und Fiskalpolitik angelehnt ist und ein besseres makroökonomisches Umfeld bieten soll;

3.) verbesserte Bewegungsfreiheit von Handel und Produktionsfaktoren, durch die tarifäre wie nichttarifäre Barrieren zwischen der EU und den osteuropäischen Staaten reduziert werden sollen, um so Wachstum durch die erreichte Handelsliberalisierungen zu stimulieren.

2. *Institutionelle Regelungen.* Um das neoliberale Projekt des Markt- und Wettbewerbsstaates in den osteuropäischen Staaten durchsetzen zu können, ist die Europäische Kommission mit ihrer Nachbarschaftspolitik auf in ihrem Sinne reformwillige Eliten in diesen Ländern angewiesen. Doch markt- und wettbewerbsorientierte Reformen werden nicht ausschließlich im gegenseitigen Einvernehmen getroffen, sondern durch Disziplin und Sachzwang eingefordert. Stephen Gill bezeichnet dies als »disziplinierenden Neoliberalismus«.²³

Ein häufig genutztes Disziplinierungsinstrument der EU-Politik ist das Prinzip der Konditionalität. Mittels Bedingungen, Anreizen und Sanktionen werden die osteuropäischen Staaten auf neoliberale Reformen festgelegt. In Aktionsplänen und Länderstrategiepapieren werden Reformziele und Bewertungsmaßstäbe festgelegt, in denen die Erwartungen der EU formuliert sind und an denen die Fortschritte bei der Umsetzung der Reformen gemessen werden. Um nicht den Eindruck zu erwecken, die EU würde den ENP-Zielländern einseitige Anpassungsleistungen abverlangen, wurden die harten Bedingungen aus einem ersten ENP-Entwurf aufgeweicht. Statt dessen ist in der Endfassung der ENP vermehrt von gemeinsamen Werten, Partnerschaft und Eigenverantwortung die Rede: »Die auf das Bewusstsein um gemeinsame Werte und Interessen gestützte gemeinsame Verantwortung für den Prozess ist von wesentlicher Bedeutung. Die EU will ihren Partnern keine Prioritäten oder Bedingungen diktieren. Der Erfolg der Aktionspläne hängt an der eindeutigen Anerkennung gegenseitiger Interessen bei der Lösung einiger vorrangiger Fragen. Keinesfalls sollen die Partnerländer aufgefor-

22 Michaela Dodini, Marco Fantini: The EU Neighbourhood Policy: Implications for Economic Growth and Stability, in: Journal of Common Market Studies, Vol. 44, 2006, Nr. 3, S. 507-532, hier S. 512 ff.

23 Vgl. exemplarisch Stephen Gill: Power and Resistance in the New World Order. Palgrave Macmillan, Hampshire 2003.

24 Europäische Kommission, 2004, S. 8.

25 Vgl. Elsa Tulmets: *Alter Wein in neuen Programmen. Von der Osterweiterung zur ENP*, in: *Osteuropa*, 2-3/2007, S. 105-116.

26 Vgl. Judith Kelley: *New Wine in Old Wineskins: Promoting Political Reforms through the New European Neighbourhood Policy*, in: *Journal of Common Market Studies*, Vol. 44, 2006, Nr. 1, S. 29-55, hier S. 35-41.

dert werden, ein vorgefertigtes Prioritätenpaket zu akzeptieren. Diese werden vielmehr im gemeinsamen Einvernehmen festgelegt.²⁴ Dennoch ist das Prinzip der Konditionalität wesentlicher Bestandteil der Europäischen Nachbarschaftspolitik. In der Praxis werden die »gemeinsamen Werte« nicht zwischen der EU und den ENP-Zielländern ausgehandelt. Sie sind vielmehr bereits im ENP-Strategiepapier vorformuliert und entsprechen im Wesentlichen den Kopenhagener Beitrittskriterien – ohne jedoch eine Beitrittsperspektive zu enthalten. Zudem haben die Eliten der osteuropäischen Länder wenig Einfluss auf die Bewertungsmaßstäbe ihrer Reformen und sind bei deren Umsetzung auf finanzielle Hilfen der EU angewiesen. So gleichen sich die Aktionspläne der einzelnen Länder sowohl in Form und Inhalt als auch in den konkreten Formulierungen. Die Betonung solch wohlklingender Begriffe wie gemeinsame Werte, Partnerschaft und Eigenverantwortung dient letztendlich nur als Feigenblatt, um eine Politik der starken Konditionalität zu rechtfertigen und die osteuropäischen Nachbarländer auf eine markt- und wettbewerbszentrierte Ordnung zu verpflichten.²⁵ Die Fortschritte in der Umsetzung der festgelegten Reformen werden von der Europäischen Kommission überwacht und in Berichten festgehalten. Diese sollen nach Vorstellung der Kommission als Leitfaden dienen, sowohl um die Finanzmittel der ENP zu verteilen als auch bei der Kreditvergabe von internationalen Finanzinstitutionen.

Ein weiteres Instrument zur Durchsetzung der EU-Agenda besteht in der Sozialisation der osteuropäischen Nachbarländer. Damit ist zum einen gemeint, dass Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen demokratische Standards angeprangert werden, um Druck auf die Reputation der Staaten auszuüben und so Verhaltensänderungen zu erreichen. Zum anderen verweist der Begriff darauf, dass über intensive Kontakte sowohl auf staatlicher als auch zivilgesellschaftlicher Ebene eigene Werte, Verhaltensweisen und Denkmuster auf die osteuropäischen Staaten übertragen werden. Aus diesem Grund stehen die EU-Behörden in engem Kontakt zu den staatlichen Institutionen in den ENP-Zielländern und entsenden im Rahmen des Twinning-Programms Experten aus den EU-Staaten nach Osteuropa. Zugleich werden Kontakte zwischen öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Gruppen gefördert.²⁶

3. *Ideen, Normen, Werte.* Die Ideen, Normen und Werte, die mit der ENP übertragen werden, verdichten sich im Konzept der »Good Governance«, das zum wegweisenden Programm in der europäischen Außenpolitik geworden ist. Gute Regierungsführung wie sie von der Europäischen Kommission verstanden wird meint auf der einen Seite, effiziente, schlanke, marktwirtschaftliche Staaten in ihrer Nachbarschaft zu etablieren, um durch ein gesundes Wirtschaftsklima, Transparenz, Korruptionsbekämpfung und Rechtsstaatlichkeit die Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Auf der anderen Seite zielt Governance darauf ab, Demokratie und Menschenrechte zu fördern, was Gewaltenteilung, ein unabhängiges Rechtssystem, Organisationsfreiheit, Presse- und Meinungsfreiheit, freie Wahlen, ein Mehrparteiensystem und eine starke Zivilgesellschaft einschließt. Im Vordergrund guter Regierungs-

führung stehen jedoch immer offene Märkte und die Freiheit der Marktakteure, während Forderungen nach sozialen und ökonomischen Rechten, nach Umverteilung oder Wirtschaftsdemokratie vielfach außen vor bleiben. Zudem kollidiert der Anspruch, Demokratie zu fördern, mit der Vorgabe, Wirtschaft und Staat von einander zu trennen. Indem weite Teile der Staatsaufgaben entpolitisiert werden und aus der demokratischen Kontrolle in die Hände von effizienzgeleiteten Technokraten oder nach Gewinn strebenden Managern übergeben werden, sinkt der partizipatorische, demokratische Einfluss der Bevölkerung. Transparenz, Effizienz, minimaler Staat, Rechtsstaatlichkeit sowie verlässliche und verantwortungsvolle Institutionen dienen im Konzept der Good Governance als Voraussetzungen, die den privaten Kapitalzufluss sicherstellen, um so Wirtschaftswachstum und Wohlstand zu fördern. Demokratie und (bestimmte) Menschenrechte werden dabei als Mittel betrachtet, die Voraussetzungen dieser markt- und wettbewerbsorientierten Wirtschaft zu schaffen. So interpretiert Ian Taylor die Ideen der Good Governance als Versuch, die neoliberale »Hegemonie auszubauen, indem die Art und Weise politischer Herrschaft neu formuliert wird: von einer instabilen und unvorhersehbaren (politischen Ordnung) zu einer, die höchst attraktiv für internationale Investoren ist.«²⁷

Dass die Europäische Nachbarschaftspolitik und neoliberales Gedankengut auch personell verknüpft sind, zeigt das Beispiel der EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik, Bettina Ferrero-Waldner, die einst bei Friedrich August von Hayek, dem wichtigsten Vordenker und Ideengeber des Neoliberalismus, studierte. In einem Vortrag in der Universität Salzburg sagte sie: »Ich hatte ja selbst das Privileg, während meines Studiums Vorlesungen bei Friedrich von Hayek zu hören (...). Ich kenne daher Hayeks Ideen ›aus allererster Hand‹. Umgekehrt weiß ich als Politikerin, dass sein Gedankengut noch besser entdeckt werden muss. (...) Hayeks Ideen sind in der aktuellen Umbruchsphase sehr relevant.«²⁸

Fazit

Vielfach ist zu hören, der EU gehe es bei ihrem politischen und finanziellen Engagement in Osteuropa um den verbindenden demokratischen Wertekatalog im »gemeinsamen Haus Europa«. Strategische Ziele werden zurückgewiesen.²⁹ Doch die Europäische Nachbarschaftspolitik beschränkt sich beileibe nicht nur auf einen demokratischen Wertekatalog. Sie ist der Teil des Puzzles, mit dem neoliberale Ideen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auch in den osteuropäischen Nachbarländern etabliert werden. Mit der ENP entwickelte die EU eine Strategie, wettbewerbsorientierte Wirtschaftssysteme in Osteuropa durchzusetzen und sichert diese über eine Kombination aus Bedingungen, Anreizen, Sanktionen und Sozialisation sowie einer entsprechenden Ideologie ab.

Für eine linke Auseinandersetzung mit Osteuropa und den Beziehungen der Europäischen Union zu dieser Region ergeben sich daraus einige Konsequenzen: Die Kritik an den häufig autoritären, undemokratischen Verhältnissen an den östlichen Nachbarn der EU sollte verbunden werden mit der Kritik an der neoliberalen Entwick-

27 Ian Taylor: Hegemony, neoliberal »good governance« and the International Monetary Fund, in: Morten Boås, Desmond McNeill: Global Institutions and Development. Framing the World?, Routledge, London, New York 2004, S. 124-136, hier S. 134.

28 Benita Ferrero-Waldner: Europas Verfassung im Zeitalter der Globalisierung. Hayek-Festvortrag, <<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/06/42&format=PDF&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>> 2006 (letzter Zugriff: 01.02.2008), S. 2.

29 Vgl. beispielsweise Hans-Georg Wicke: Demokratieförderung in der Sackgasse. Europa versagt in Belarus, in: Osteuropa, 9/2006, S. 57-72, hier S. 64.

lung der Europäischen Union und ihrer dementsprechenden Außen- und Nachbarschaftspolitik.

Indem die autoritären Tendenzen und die sozialen Folgen neoliberaler Politik in Osteuropa in Zusammenhang gesetzt werden mit der markt- und wettbewerbsgläubigen Nachbarschaftspolitik der EU, lassen sich die Widersprüche der neoliberalen Doktrin – z. B. die Forderung nach Demokratisierung bei gleichzeitigem Steuerungsverlust durch Privatisierungen – aufzeigen. Zugleich bietet sich so die Möglichkeit, das Potential sozialer Akteure in der EU und in Osteuropa auszuloten, sich den markt- und wettbewerbsorientierten Umgestaltungen in Europa und deren sozialen Folgen zu widersetzen und eine Alternative zu formulieren.

ASTRID BÖTTICHER

Islamophobie und Antisemitismus

Ein Vergleich der Grundkonzeptionen

Die im Bereich der Vergleichslehre angewandte Methode der Übereinstimmung dient dazu Gemeinsamkeiten herauszustellen, macht aber auch Unterschiede deutlich. Die analytische Vergleichsform, etwa als qualitative Anordnung auf Ideen, Mentalitäten und deren Entwicklungen gerichtet, kann zu Erkenntnissen über Einstellungsmuster extremer Gruppen beitragen und Verschiebungen sichtbar machen. In diesem Vergleich werden zwei nach religiösen Kriterien aussondernde Gruppen, Antisemiten und Islamophobe, beschrieben. Dadurch sollen bestimmte Muster sichtbar werden, die beide Gruppen vereinen und grundsätzliche Unterschiede geklärt werden. Wenden wir uns zunächst dem weitaus besser beleuchteten Feindkonstrukt, dem Antisemitismus zu, um anschließend zu überprüfen, inwieweit die Erkenntnisse über den Antisemitismus dazu beitragen können, nach Religion aussondernde Gruppen im allgemeinen zu beschreiben. Dabei wird nicht etwa davon ausgegangen, dass Antisemitismus und Islamophobie das gleiche sind, wohl aber, dass sie in ähnlicher Weise funktionieren, da sie im Kern durch eine Feindsetzung gekennzeichnet werden können, die von Seiten der Ideologiekonsumenten dazu genutzt werden, sozialen Ausschluss voranzutreiben.

Der Antisemitismus ist Feindseligkeit gegen Juden als »Juden«, oder von den Juden zu »der Jude«.¹ Die Islamophobie ist dementsprechend Feindseligkeit gegen Moslems als »Moslem«. Jeweils wird die Heterogenität der Gruppe nicht anerkannt.

Zum Charakter des Antisemitismus gehören die offene Beleidigung, Angriffe verbaler und physischer Art, sowie die Verständigung darüber, welche Eigenschaften, Absichten und Handlungen »dem Juden« eigen sind. Diese zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie einen Vorwand zur Ablehnung von Juden bilden.²

Die Feindkreation als etwas, dem alle Negativitäten des Lebens zugeschrieben werden können, ist machtvoll durch die Sündenbockfunktion, die Verfestigung sozialer Grenzziehung und die Aufwertung des eigenen Standpunkts bei gleichzeitiger Abwertung »des Anderen«. Die Mobilisierung von Empörung oder Groll ist besonders an den Begriff der Moral gekoppelt. Einerseits ist die Konstruktion Abgrenzungsfunktion gegen eine zur Unmoral degradierten Gruppe, andererseits ist sie Selbstverständigungsmittel über das eigene Moralisch-Sein. Es ist quasi Fingerzeig auf den »bösen Anderen« und Klopfen auf die eigene Schulter zugleich.

Die Heterogenität der zum Feind auserkorenen Gruppe wird nicht wahrgenommen, alle sind gleich »schlecht« der Feind wird so »absolut«.

Astrid Bötticher – Jg. 1980; Politologin, Schwerpunkt Extremismus. Neueste Veröffentlichung »Warum Neonazis? Radikale alte und neue Rechte – ein Ideologievergleich, Marburg 2008.

1 Vgl. Brian Klug: The Collective Jew, Israel and the New Antisemitism, in: Patterns of Prejudice, Vol. 37, Nr. 2 2003, 123 f.

2 Wolfgang Benz: Was ist Antisemitismus?, Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), Schriftenreihe Band 455, Bonn 2004, S. 9 und S. 88.

Armin Pfahl-Traugher unterscheidet sieben Formen des Antisemitismus:

1. Den religiösen Antisemitismus, der auch als Antijudaismus verstanden werden kann und die Juden einer »falschen« Religion bezieht,

2. den sozialen Antisemitismus, der sich auf den sozialen Status von Juden bezieht und eine Neidfunktion darstellt,

3. der politische Antisemitismus, der eng mit dem sozialen Antisemitismus verknüpft ist und davon ausgeht, dass die Juden eine einflussreiche soziale Macht darstellen, die sich zusammenschließt um die Herrschaft im Land zu erlangen, unterstellt den Juden konspirativ vorzugehen und eine Nation in der Nation zu bilden,

4. den kulturellen Antisemitismus der den Juden für negativ eingeschätzte Entwicklungen der Kultur verantwortlich macht,

5. durch den rassistischen Antisemitismus wird eine Todfeindbeziehung konstruiert, welche durch ihren totalitären Charakter keine Auflösung des kreierte Konflikts vorsieht, sondern linear zur physischen Vernichtung des Gegners führt, oder als Kompromisslösung die Apartheid vorsieht. Dabei wird auf die mythische Verklärung menschlichen Bluts zurückgegriffen oder eine Hierarchie der Rassen eingeführt, die nach Helle der Haut abgestuft wird,

6. der neue Antisemitismus bezieht sich auf den Holocaust, dessen geschichtliche Anerkennung gepaart mit Verantwortungsübernahme, als »Diffamierung des Deutschen« gesehen und deshalb abgelehnt wird.

7. Der antizionistische Antisemitismus, der eine rigide Ablehnung der Innen- und Außenpolitik Israels darstellt, zeichnet sich durch ideologische Verzerrung und pauschalisierende Diffamierung des Staates aus.³

Da im Folgenden von der Islamophobie gesprochen wird, die den Feind »Moslem« und nicht den Feind »Jude« kennt, werden die letzten beiden Kriterien, neuer Antisemitismus und antizionistischer Antisemitismus, fast keine Rolle spielen. Die Islamophobie ist weder antizionistisch, noch israelfeindlich. Dies ergibt sich von vornherein durch das Feindkonstrukt »Moslem«, insofern sind beide Kriterien spezifisch. Weder gleich es eine Kritik an Israel auch von dieser Richtung gibt.

Im folgenden wird die islamophobe Website »Political Incorrect« (PI) untersucht. Zur Untersuchung werden die Artikel »Mohammedanische Finanz- und Sozialrealitäten«⁴, »Mahnwache für Roland Weisselberg«⁵, »Wie erwartet: Milde Strafen für Kiez-Schlitzer«⁶, »Neulich in Deutschland«⁷ und ihre jeweils dazugehörigen Kommentare der Angehörigen der Community von PI-News.net, herangezogen. Die in der Community feststellbaren politischen Strömungen werden aufgezeigt.

Der Artikel »Mohammedanische Finanz- und Sozialrealitäten«, der als Gastbeitrag von »M. Voltaire« veröffentlicht wurde, behandelt ein Gespräch von Mitgliedern der Community des »Shia-Forums«. Im Gespräch des »Shia-Forums« selbst geht es um familiäre und sozialwirtschaftliche Probleme eines Mitglieds der Shia-Community. M. Voltaire kommentiert nun dieses Gespräch zynisch mit dem Hinweis, man hätte dem ratsuchenden User »Ansarshi3a« doch raten

3 Vgl. Armin Pfahl-Traugher: Antisemitismus in der Deutschen Geschichte, Wiesbaden 2002, 11 ff.

4 <http://www.pi-news.net/2008/06/mohammedanische-finanz-und-sozialrealitaeten/#comments>.

5 <http://www.pi-news.net/2007/10/mahnwache-fuer-roland-weisselberg-am-311007/>.

6 <http://www.pi-news.net/2008/06/wie-erwartet-milde-strafen-fuer-kiez-schlitzer/>.

7 <http://www.pi-news.net/2008/06/neulich-in-deutschland/#comments>.

sollen, »am besten zu irgendeinem Sozialarbeiter (zu) gehen (...) ihm was von traumatischen Erfahrungen der vielen Kriege im Libanon (zu) erzählen«, um so einen erhöhten Anspruch auf Sozialleistungen zu erlangen. Die zynische Bemerkung des Verfassers, man solle sich doch einen Status als Kriegsflüchtling »besorgen«, deutet auf die Einstellung des Verfassers hin, die Rechtmäßigkeit von Asylverfahren zu bezweifeln. Dahinter könnte sich jedoch auch die politische Forderung verbergen, Asylverfahren quantitativ zu begrenzen und qualitativ mehr zu überprüfen. Gleichzeitig geht der Verfasser mehrmals darauf ein, dass bei »Mohammedanern« eine »Absahnermentalität« vorherrschen würde. Offensichtlich wird hier die Neidfunktion genutzt, um Angehörige islamischen Glaubens auszusondern. Diese würden den Sozialstaat ausplündern und würden sich von »der von ihnen zutiefst verachteten deutschen Mehrheitsgesellschaft aushalten lassen«. Feststellbar ist also eine Verquickung von sozialen und kulturellen Formen des Ausschlusses. Auch der religiöse Abgrenzungsmodus wird in den Artikel eingewoben: »Man wird davon ausgehen dürfen, dass Allah die materiellen Wünsche der so leidgeplagten libanesischen Großfamilie aus Berlin mit kräftiger Hilfe durch das ungläubige Deutschenpack erfüllen wird.«

Auffällig ist die durchgängige Selbststilisierung als »Abgelehnte«. Der ständige Verweis auf die »Ablehnung« kreiert eine latente Bedrohungssituation »aller Deutschen« und trägt zur Verfestigung der Gruppe bei. Kommentiert wird der Artikel von Teilnehmer »baden44« mit noch deutlicheren Worten: »Aber in der moslemischen Version: Bei den Schweinen die Hand aufhalten.« Die Stilisierung des eigenen Selbst als »von Moslems beleidigte« trägt einen reaktionären Keim; es wird suggeriert, dass Moslems dies immer tun würden, also beleidigende Wesen wären, weshalb Illiberalität der Minderheit gegenüber vollkommen gerechtfertigt sei. Menschen, die eine entsprechende Illiberalität gegenüber der Minderheit nicht aufweisen, werden als »Gutmenschen« bezeichnet, eine Vokabel die im rechtsextremistischen Spektrum der politischen Bewegungen durchaus geläufig ist.

Wie im Antisemitismus eine Kriminalisierung von Juden feststellbar ist, so ist in der islamophoben Community von *Political Incorrect* eine Kriminalisierung von Moslems ersichtlich. User Paula erklärt dazu, Moslems könnten aufgrund ihres Ehrverständnisses nur im »selbstständigen Handel« tätig sein: »Das Erfolgsmodell heißt für ihn: Türsteher, Drogenhandel, Sozialbetrug, Handel im weitesten Sinne. Was anderes kommt überhaupt nicht in Frage.«

Die Grenze zwischen Rechtsextremismus alter Couleur und der islamophoben Bewegung ist fließend. Scheinbar nehmen am islamophoben Internetforum verschiedene Strömungen Teil, die analytisch voneinander zu trennen sind – wenngleich es bemerkenswert scheint, dass diese sich aufgrund der gemeinsamen Schnittmenge »Feind« zusammengeschlossen haben.

Einige Teilnehmer argumentieren christlich-fundamentalistisch. Diese Gruppe definiert sich als pro-israelisch, es findet sich auf der Homepage ein Werbebanner von *Jewish Task Force* von Chaim Ben Pessach, Aka Victor Vancier, der bereits wegen Bombenanschlägen in Amerika zu mehreren Jahren Haft verurteilt wurde. Der israel-

lisch-palästinensische Konflikt wird so auch von dieser Gruppe ausgenutzt, um Legitimität zu erlangen. Es wird eine Konfliktverstärkung propagiert, jedwedes Entgegenkommen zum Eintritt in einen politischen Lösungsprozess des Konflikts wird abgelehnt. Jene israelischen Politiker, die an einer friedlichen Konfliktlösung interessiert sind, werden als Kommunisten bezeichnet, denen man das Land Israel nicht überlassen dürfe. Wenngleich man in Frage stellen kann, ob Sharon wirklich ein Bolschewist oder Kommunist gewesen ist: Der Antikommunismus fungiert als anthropologische Universalie. Dass auch bürgerliche und liberale Kräfte sich dagegen verwehren werden, sich einer Feindkonzeption »des Moslems« unterzuordnen, sondern sich dem freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat verpflichtet sehen, spielt für die Gruppe insofern keine Rolle, als dass sie davon ausgehen, diese seien Unterdrückte. Sie würden nur aus Angst vor »den Moslems« ein Bekenntnis zur freiheitlichen Grundordnung des Staates ablegen.

Genauso wie der Rechtsextremismus antisemitischer Einfärbung von einem Krieg der Rassen ausgeht, erwartet der islamophobe Rechtsextremismus fundamentalistischer Couleur einen Krieg gegen »den Islam«. Während der antisemitische Rechtsextremismus davon ausgeht, dass »die Juden« diesen Krieg auf geheimnisvolle Art und Weise lenken würden, nutzt der islamophobe Rechtsextremismus ein anderes Verschwörungskonstrukt. So unterstellt User Maria Magdalena in ihrem Kommentar zum Artikel »Mahnwache für Roland Weisselberg«, es gäbe eine konspirative Gruppe, zusammengeslossen um eine weltweite, anti-christliche Einheitsreligion zu installieren. Um diese »Weltherrschaft« zu erreichen, hätte die geheime Loge der »Gegner Gottes« dafür gesorgt, dass die Religion des Islam als Ursache für den Unfrieden in der Welt vorgeführt wird, da der Islam die letzte noch wirksame Religion sei. Die geheime Loge der »Gegner Gottes« sei nicht dazu in der Lage die Selbstverführung (und damit implizierte Selbstvernichtung) des Islams zu kontrollieren, da der Islam selbst »Logencharakter« habe. Die anti-christliche Einheitsreligion wird dieser Lesart zufolge im Christentum durch die Ökumene vorangetrieben. Dabei dient die Verschwörungstheorie typischerweise als Erklärungskonstrukt für das Weltgeschehen: »Mir erscheint der Hintergrund (der Weg zur Einheitsreligion) wichtig, denn für uns, die wir nach rationalen Erklärungen suchen, ist es unbegreiflich, warum die Islamisierung Europas gerade durch die Institutionen (Politik und ›Kirche‹ usw.) uns von Oben aufs Auge gedrückt wird.« schreibt User Maria Magdalena.

Ähnlich eingefärbt lesen sich antisemitische Verschwörungskonstrukte. So spricht Max Hammer in seinen auf der Website blood&honour.com veröffentlichten Schriften »The Way Forward« und »Field Manual« von der Verschwörung der ZOG (Zionist Organised Governments). Diese Verschwörungstheorie geht davon aus, dass die Verwirklichung der liberalen Nationenkonzeption einer Verschwörung von »Zionisten« zugrunde liegt. ZOG sei eine geheimbündlerische Gruppe, irgendwo an der Wallstreet verortet, die alle demokratischen Regierungen lenkt und vor der alle Politiker »kuschen« würden. Die Kreation von ZOG ist dabei nichts weiter als eine moderne Fassung der »Protokolle der Weisen von Zion«.

Das eigene Moralisch-Sein als Selbstverständigungsfunktion funktioniert bei der christlich-fundamentalen islamophoben Strömung über die Eigenschaftsprädikation der Religionen. Das Christentum sei eine Liebesbotschaft, die den Kindern überbracht würde, während hingegen der Islam ein »hasserfüllter Irrglaube« sei, der islamischen Kindern die Verachtung von Christen und Juden, das Führen von Kriegen und das Ermorden von Ungläubigen nahe bringen würde. Hier findet sich auch eine für die Bewertung dieser Strömung entscheidende Ausrichtung: Dem Islam wird vorgeworfen im Kern nationalsozialistisch zu sein. So findet sich eine Argumentationskette, die sich vom Argumentationsentwurf des antisemitischen Rechtsextremismus grundlegend unterscheidet. Während dieser letztere sich immer vor dem Problem sieht den Holocaust entweder zu verleugnen, oder eine Unterscheidung von sich und dem Nationalsozialismus vornehmen muss, der in dieser Argumentation dann »zu weit« ging, kann die rechtsextreme Gruppe islamophober Natur sich positiv auf den Holocaust beziehen. So werden »die Moslems« zum potentiellen Täter eines am Himmel aufziehenden Holocaust II, der sich in ihrer Sichtweise auf die gesamte westliche Zivilisation erstrecken wird – wenn man nicht dazu bereit ist, zu illiberalen Maßnahmen zu greifen. User Philipp schreibt dazu: »Rassismus und unwertes Leben, da kennt Mohammed sich aus.« Dem Islam wird etwa seitens eines Gastbeitrages des »Arbeitskreises Religion und Menschenrechte« unterstellt, Untermenschen zu kreieren. So ist auch zu verstehen, warum sich auf dem Banner von *Political Incorrect* der Hinweis »für Demokratie und Menschenrechte« findet. Dieser soll nichts anderes belegen, als dass man sich gegen den Islam wehren würde, weil er eben aus diesem Blickwinkel heraus als menschenrechtsfeindlich und nationalsozialistisch codiert wurde. Durch den Austausch des Feindes, von »Jude« zu »Moslem« findet sich eine völlig neue Ausrichtung des Rechtsextremismus. Dennoch ist hier kritisch zu fragen, inwieweit dieser als »neu« verstanden werden kann, ist die Verhaltenslogik doch fortwährender Bestandteil.

Bastian Engelke nennt das Einstellungsmuster der Bewegung anti-islamischen Rassismus. »Dieser anti-islamische Rassismus ist im Unterschied zum klassischen, etwa zum deutschnationalen Rechtsextremismus, entschieden gesellschaftsfähiger und vermag es sogar, sich als zukunftsweisend, als fortschrittlich darzustellen (wenngleich es nicht überraschen kann, dass seine Versuche, sich gar zum originären Gegner des Rechtsextremismus zu stilisieren, doch arg bemüht wirken. Dies gelingt ihm, indem er Stereotype der radikalen Rechten – Überfremdung, kriminelle Ausländer, das Scheitern von »Multikulti« – mit den Glaubensbekenntnissen eines angeblich US-amerikanisch geprägten Liberalismus kombiniert. Er erhält dadurch den Anschein von Modernität und vor allem ein Alibi – wer pro-islamisch ist, kann ja kein Rassist sein; wer als Deutscher pro-amerikanisch ist, kann ja kein Nationalist sein; wer sich zu bürgerlichen Freiheiten und zur Tradition der Aufklärung bekennt, ist totalitärer oder faschistischer Umtriebe von vornherein unverdächtig.«⁸

Wenngleich einiges für das Verständnis eines anti-islamischen Rassismus spricht, ist diesem kritisch zu begegnen, dass eben nicht die Kategorie des Blutes oder der Rassen dem islamophoben

8 <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24739/1.html>.

Rechtsextremismus zugrunde liegt. Zumindest für den christlich-fundamentalen Zweig kann dies nicht so fokussiert werden. Dieser bezieht sich rein auf den »Irrglauben Islam«, der mächtig und böse in das Individuum hineinwirken würde und der eine grundsätzliche Feindschaft durch seinen inneren Kern bedingen würde. Rasse und Blut spielen bei dieser am islamophoben Diskurs teilnehmenden Strömung keine Rolle. Dies gilt für eine weitere Strömung innerhalb der PI Community nicht.

Bei einigen Teilnehmern ist feststellbar, dass sie sich ganz eindeutig dem traditionellen rechtsradikalen Spektrum zuordnen.⁹ Der User gunther82 schreibt über die moslemischen Mitbürger: »Mir als »eingefleischtes Nazischwein« fällt es immer schwerer meine Abneigung zu diesen Parasiten zu verbergen.«

In diesem Zusammenhang sind auch völkische Einstellungsmuster zu erwähnen, die besonders im Artikel »Mahnwache für Roland Weisselberg« und den dazugehörigen Kommentaren ersichtlich sind. Teilweise erscheint die genutzte Sprache und Argumentation als kadergeschult. So schreibt User sagenbuch: »Das Wort »Rassismus« ist eine Formel. Dahinter steckt ein ganzer Raum erörterbarer Lebensphilosophie, die sich in Wahl und Lebensweise des denkenden Individuums ausdrückt.« Neben dieser eindeutig positiven Bezugnahme zum Begriff des »Rassismus als Lebensphilosophie« vergleicht der User die Natur des Waldes mit einem Staat, ganz so wie es der völkische Nationalismus vormacht: »Familien zu erhalten heißt »Stämme« zu pflegen, die wie wachsende Bäume sind. Ob nun ein Staat/Wald aus Volksdeutschen/Ulmen bestehe oder aus Einwanderern/Neophyten, das macht einen großen Unterschied!«

Hier ist der biologistische Kern der rechtsradikalen Ideologie benutzt worden. Der völkische Nationalismus geht davon aus, dass die Kategorien Blut und Boden zusammengehören und untrennbar vereint sind. Es wird angenommen, dass das Bäumersicheln im Herbst, der Morgentau auf einer Wiese oder das Mondlicht eine Ansprache Gottes zu den Menschen ist. Der Boden bekommt seinen besonderen Status auch durch Hegels Ursprungsidee des »Nationalcharakters« (später »Volksgeist«), der eine individuelle Seele besäße, welche durch die physischen Gegebenheiten des Bodens, der Geschichte die auf ihm stattfand usw., geprägt sei.¹⁰

»Es lag nahe, die Völker gewissermaßen als lebendige Taten ihrer Rassen aufzufassen und aus der besonderen Rasseheimat zu verstehen, aus der sie hervorgegangen waren.«¹¹ Das Volk wird von Vertretern der sogenannten »neuen« Rechten als »organische Sozialität« aufgefasst.¹² Anstatt des »ubi bene ibi patria« (dort wo es mir gut geht, da ist mein Vaterland) gilt für die Rechtsextremisten »ubi surrectum ibi patria« (dort wo ich geboren bin, dort ist Vaterland). Das Konzept der »Organischen Sozialität« beinhaltet als Besonderheit, dass Ein- und Abwanderung von Menschen das »Organ Volk« verändern würden. Dementsprechend sind Einwanderung und Auswanderung negativ konnotiert. Dies würde gesellschaftszerstörend wirken. Auch Einwanderer der zweiten oder dritten Generation werden so nie zu »Deutschen«. Dadurch kann das Konstrukt der sogenannten »Überfremdung« aufgebaut werden. Vor Überfremdung wird im Kontext zu muslimischer Einwanderung im PI-Forum ge-

9 Die Unterteilung von fundamental-christlichen Rechtsextremisten und traditionellen Rechtsextremisten ist insofern problematisch, als dass auch im traditionellen Zweig Versuche unternommen wurden eine Verbindung zu Religion aufzunehmen. Diese zeichnen sich aber eher als esoterische Zirkel. So zählt die Hamburger Innenbehörde die »Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas« (ANSE), »Artgemeinschaft e.V. – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung« (Artgemeinschaft) und die »Universale Kirche« (UK) zu einer esoterischen Form des Rechtsextremismus. Rainer Fromm u. a.: Brennpunkt Esoterik, Behörde für Inneres- Landesjugendbehörde (Hamburg), Hamburg 2006.

10 Vgl. Astrid Bötticher: Warum Neonazis? Radikale alte und neue Rechte – ein ideologievergleich, Marburg 2008.

11 Moeller van den Bruck: Die Deutschen unsere Menschengeschichte, zweite Ausgabe erster Band: Verirrte Deutsche, Minden in Westfalen 1905, S. VI.

12 Vgl. Alain de Benoist: Aufstand der Kulturen, (2. Aufl.), Berlin 2003, S. 113.

warnt.¹³ Die Deutschen werden zur Minderheit im eigenen Land stilisiert. User Mistkerl fragt im Kontext zur Veröffentlichung »Neulich in Deutschland«, die im Kern aus einem Bild besteht, welches ein Haus mit lauter türkischen und einer deutschen Fahne zeigt: »Was zur Hölle wollen die Deutschen überhaupt noch in Deutschland?«

Neben der Kreation des Eigenen als unterdrückte Minderheit im eigenen Land findet hier auch eine Form des nationalistisch geprägten Antinationalismus statt. Dem Feind wird vorgeworfen nationalistisch zu sein, der eigene Nationalismus wird als Abwehrreaktion dargestellt. User No-go-Area-fuer-Deutsche antwortet auf User Mistkerls Frage: »und alle unsere anatolischen mitbürger rufen jetzt ein lautes ›sieg heil, sieg heil ... ups, ähem ... turkiyem, turkiyem ...«. Die Argumentationsweise, der Islam selbst sei im Kern Nationalsozialistisch – und so eben auch die Türken – wird auch von dieser Strömung erhoben. User Wachsame Auge sagt dies auch deutlich: »Es scheint mir in der Tat so, dass in Deutschland der türkische National-Faschismus anstelle des alten deutschen National-Sozialismus getreten ist. Ideologisch sind die beiden Gesinnungen nicht weit voneinander entfernt.« Neben der Argumentation die, die Moslems, und hier speziell die türkische Minderheit in Deutschland in die Nähe von Nationalsozialisten stellt, wird eine Abwertung des Feindes vorgenommen und so ein Überlegenheitsgefühl kreiert. Der User schreibt weiter: »Auf was sind eigentlich die Türken stolz, ihre Fahnen so zur Schau zu tragen? Ich wüsste keinen triftigen Grund. Weil man kaum lesen und schreiben kann? Weil man außer Mandeln und Haselnüssen kaum etwas in die Welt exportieren kann? Weil man wissenschaftlich auf dem Stand vor einigen Hundert Jahren stecken geblieben ist? Weil immer mehr Frauen wie Vogelscheuchen in der Gegend herumwatscheln? Weil man für hochwertige Arbeit in einer modernen Gesellschaft mangels Schulbildung nicht brauchbar ist? Alles wahrliche Errungenschaften, auf die man stolz sein kann. Verkehrte, dämliche Welt.«

Die Ehre des Feindes kann etwa – laut Carl Schmitt – durch universale Begrifflichkeiten, wie zum Beispiel Gerechtigkeit, Fortschritt, Zivilisation, die man für sich selbst in Besitz nimmt, zerstört werden. Da die eigene Seite X ist, und die andere zwangsweise Y, spricht man dem Gegner ab, all dies zu sein. Schmitt meint in diesem Zusammenhang, dass der Begriff »Menschheit« ideologisch besonders gut nutzbar ist.¹⁴ Mit der Abwertung des »Feindes« als ungebildet, hässlich oder faul, der Definition des »Feindes« als Tier, geht eine »innere Feindsetzung« vonstatten. Bastian Engelke etwa beklagt sich in einem Folgeartikel (»Argumentation, Schlammschlacht, Gewalt«¹⁵) über die Reaktionen auf seinen ersten Artikel seitens PI: »Bei ›Politically Incorrect‹ (PI) ist eine Replik auf meinen Artikel erschienen (Aufklärer Voltaire wäre heute ein ›Rechtsradikaler‹), von der es im Telepolis-Forum unter anderem hieß, dieser werde darin ›unbeeindruckt abgebügelt‹. Ein anderer kommentierte, mein Artikel sei ja auch ›besonders schwach‹. Mag sein, dass er schwach ist. Ich bezweifle aber, dass ein stärkerer weniger umstandslos abgebügelt würde, und das ist entscheidend. Denn wenn meine Argumentation so schwach ist, wäre es ja um so leichter gewesen, sie zu

13 Bastian Engelke erwähnt in seinem Artikel »Von der aufgeklärten Intoleranz zum pauschalen Hass«, dass, ganz so wie im Konzept des Antisemitismus im Gegensatz zum Antijudaismus, das Konvertieren als Möglichkeit in Frage gestellt wird: »In Bezug auf den US-Präsidentenbarrack Obama heißt es: ›diesen Obama, ich weiss nicht. Ist wie erwähnt ein Konvertit – war mal Moslem – ist er wirklich konvertiert? Oder ist dies nur Tauschung, um dann nach dem Wahlsieg zu sagen: April April ...«.« <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24739/1.html>. Vgl. auch den Beitrag vom Mark Solomon in diesem Heft. Während der Antisemitismus ein »Überlaufen« durch das Konzept des Rassismus unmöglich macht, geht der Islamophobie Teil des rechtsextremistischen Spektrums mit Verschwörungstheorien vor. Scheinbar wird die Möglichkeit des Wechsels von Kultur ausgeschlossen.

14 Vgl. Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen, Berlin 1932, S. 29 f.

15 <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24792/1.html>.

entkräften. Das geschieht aber nicht. Die eigentliche Argumentation wird ignoriert und die Replik konzentriert sich stattdessen auf Spekulationen und Unterstellungen bezüglich meiner Motive und auf das Klagen über die angebliche Hegemonie der Linken in den Medien. Die Verfasser haben natürlich das Recht, meinen Artikel abzubügeln, so wie ich das Recht hatte, ihn zu schreiben. Um der Sache willen wäre es aber geboten gewesen, sich auch um die Argumente zu kümmern.«

Dies ist bewegungsspezifisch: Der Zweifel an der Rechtmäßigkeit der geäußerten Position gilt als Verrat, Interesse an der Argumentation des Gegners ist Heimtücke und der Versuch einer Diskussion wird zum Einvernehmen mit dem »Feind«.

Die Abgrenzung zur »Linken« ist eine Gemeinsamkeit beider Strömungen im PI-Forum (wobei von den islamophoben Ideologiekonsumenten angenommen wird, auch alle Medien, sowie CDU und FDP seien »irgendwie Links«, oder unterstellt wird, diese hätten Angst vor dem »islamischen Mob«). Es wird seitens der Ideologiekonsumenten behauptet es gäbe eine »linke Hegemonie«. Über Tatsachen, etwa dass die CDU die Bundeskanzlerin stellt, die konservative Verlagsgruppe Axel Springer ökonomisch sehr erfolgreich und Auflagenstark ist, wird hinweg geblickt. Es scheint der Fall zu sein, dass es seitens der Ideologiekonsumenten keine Unterscheidung mehr zwischen »Links« und »Liberal« gibt. Dieses Vorgehen erklärt sich durch den Vorgang der »inneren Feindsetzung«.

Was kann nun im Vergleich festgestellt werden?

Es gibt im PI-Forum die religiöse Islamophobie, welche die Moslems bezichtigt, an einen »falschen Gott« zu glauben. Diese Vorgehensweise der Diffamierung findet sich in verstärktem Maße bei der christlich-fundamentalen Strömung.

Die kulturelle Islamophobie behauptet, Moslems seien in verstärktem Maße kriminell. Dazu werden fast minutiös Vergehen von ausländischen Jugendlichen und Erwachsenen aufgelistet und kommentiert. Außerdem seien diese »rückwärts gerichtet«. Beide Strömungen vertreten diese Ansicht.

Die Islamophobie politisch-sozialer Prägung meint, dass Moslems grundsätzlich eine »Absahnermentalität« haben würden, dass »die Deutschen« von den Moslems sozial ausgenutzt würden, weil diese in einem angeblich verstärkten Maße sozialstaatliche Hilfen empfangen würden, die »von Deutschen« geleistet werden müssten. Gleichzeitig wird für härtere Strafen plädiert (etwa die Installation extraterritorialer Gefängnisse einschließlich Zwangsarbeit) und für eine Überprüfung des Asyls als staatlicher Möglichkeit des Schutzes von ausländischen Individuen. Auch diese Ansicht lässt sich bei beiden Strömungen feststellen.

Eine *dezidiert* rassistische Islamophobie, die Moslems als Rasse kreiert, kann nicht ausgemacht werden. Die Verquickung von völkischen Elementen mit der Islamophobie deuten jedoch auf einen hintergründigen Rassismus hin. Dieser spielt eine Rolle im »organischen Volkskonstrukt«, jener traditionellen rechtsextremistischen Strömung, die im PI-Forum vertreten ist.

Die Übertragung des neuen Antisemitismus zur neuen Islamophobie kann nicht in einer simplen Übertragung erfolgen. Es kann fest-

gestellt werden, dass es einen Bezug zum Holocaust auch bei den »Islamophoben« gibt. Dieser dreht aber das Argument um: Im Gegensatz zum Antisemitismus, der sich in besonderer Weise mit der Verantwortung des Holocausts auseinandersetzen muss, geht die Islamophobie davon aus, dass von den Moslems ein Holocaust II verübt werden wird. Somit wurde ein Wechsel von Täter-Rolle zur Opfer-Rolle vorgenommen.

Antisemitismus und Islamophobie zeichnen sich durch die extreme Haltung aus. Wenngleich sie unterschiedliche Feindkonzeptionen zugrunde liegen haben, funktionieren sie nach ähnlichem Muster und stellen eine Gefährdung der liberalen Grundordnung des Staates dar. Sie stehen gleichermaßen dem *ubi bene ibi patria* entgegen und wollen keine offene Gesellschaft. »Der Moslem« steht als »absoluter Feind« im Raum, so wie »der Jude« als »absoluter Feind« im Antisemitismus gilt.

Der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Sebastian Edathy (SPD), äußerte sich in einem Gespräch mit dem Medium Spiegel Online bezüglich PI und kündigte an, den Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, auf diese Gruppe aufmerksam zu machen. Angesichts von Morddrohungen, die gegen den Journalisten und bekennenden Liberalen Ramon Schack (der durch Forumsmitglieder von PI als »Linker« bezeichnet wird!) geäußert wurden¹⁶, ist diese Maßnahme gerechtfertigt. Der freie Meinungs-austausch wird von Mitgliedern des Forums immerhin durch die Androhung schwerster Gewalt zu unterbinden versucht. Dies ist für eine offene Gesellschaft nicht hinnehmbar. In dieser Situation braucht es eine Zusammenarbeit aller im Bundestag vertretenen Parteien. Da der Server von PI in die USA umgezogen ist, scheint ein Verbotsverfahren dennoch schwierig. Es bleibt zu hoffen dass sich diejenigen Bürger, die sich der offenen Gesellschaft verpflichtet fühlen, kritisch in den Diskussionsprozess bei PI einschalten. Flankieren die Anhänger der offenen Gesellschaft staatliche Maßnahmen, so macht dies auch deutlich, dass staatliches Vorgehen gegen islamophobe Zirkel vollkommen gerechtfertigt ist, dass es dem Wunsch der Mehrheit entspricht, aus Muslimen nicht »Teufel« zu machen, so wie der Antisemitismus aus »dem Juden« »den Teufel« machte. Durch die Konzeption des »inneren Feindes« ist eine durch öffentliche Diskussion geförderte Änderung der Sichtweise der Islamophoben jedoch nicht zu erwarten. Jemand der zwischen »Moslems« und »Islamisten« einen Unterschied macht, gehört ja automatisch zum Feind, ist in dieser Wahrnehmung einen »Pakt« mit dem »Feind« eingegangen.

16 Ein telefonisches Interview mit Ramon Schack erfolgte am 10. 6. 2008.

HORST BETHGE

Grüne Schrift – schwarzer Text

Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 24. Februar 2008 verlor die bis dahin allein regierende CDU 50 103 Stimmen, was 4,6 Prozent beziehungsweise sieben Sitzen entspricht. Der SPD gelang es nicht, mit einem mageren Stimmenzuwachs von 14 075 Stimmen beziehungsweise 3,6 Prozent und vier zusätzlichen Sitzen diese abzulösen. Da auch die Hamburger Grünen (GAL) 13 580 Stimmen beziehungsweise zwei Prozent einbüßten, konnte auch an die bis 2000 regierende rot-grüne Koalition nicht angeknüpft werden. Der LINKEN gelang es, mit 50 132 Wählern beziehungsweise 6,4 Prozent und acht Abgeordneten erstmals in das Landesparlament einzuziehen, darunter drei direkt gewählte Abgeordnete. Die FDP blieb mit 4,8 Prozent erneut unter der fünf Prozenthürde.

So bestand zwar arithmetisch die Möglichkeit, den reinen CDU-Senat durch eine rot-rot-grüne Koalition oder eine rot-grüne Koalition, die von der LINKEN toleriert werden würde, abzulösen, politisch aber gab es diese Möglichkeit nicht. Deshalb wurde zwei Monate lang, begleitet von bundesweiter Aufmerksamkeit über die erste grün-schwarze Koalition auf Landesebene, eine Koalition der Wahlverlierer, die zusammen immerhin 6,6 Prozent an Stimmen verloren hatten, verhandelt.

Am 28. April hat dann die CDU-Delegiertenversammlung mit nur einer Enthaltung nach nur drei Nachfragen, einen Tag vorher die GAL-Mitgliederversammlung mit deutlicher Mehrheit von 80 Prozent dem 65-seitigen Koalitionsvertrag zugestimmt und damit die erste schwarz-grüne Koalition besiegelt. Das ist das sichtbarste Zeichen einer Umgruppierung innerhalb des herkömmlichen Parteienspektrums in der BRD und eine Reaktion auf das bundesweite Erstarken der LINKEN. Damit wird deutlich, dass die herrschenden Machteliten lieber ihre Differenzen über politische Strategien eineben als bereit sind, mit der LINKEN irgendwelche Koalitionen oder Tolerierungsmodelle einzugehen. Das sollte auch ein Zeichen sein, gegebenenfalls nach der Bundestagswahl 2009 diese Option nutzen zu wollen, um einer substantiellen Änderung der herrschenden Politik zu entgehen. Die in Hessen am Horizont aufgetauchte Variante einer rot-rot-grünen Koalition oder Tolerierung, die auf das heftigste bekämpft und dann aus den Reihen der SPD torpediert wurde, scheint damit erst einmal verbannt. Der gesellschaftlich-außerparlamentarische Druck ist für rot-rot-grün in Hamburg nicht groß genug. Für Hamburg – wo rot-rot-grün spätestens seit Herbst 2007 nach ersten geheimen Sondierungen zwischen SPD und GAL

Horst Bethge – Jg. 1935; Grund-, Haupt-, und Real-schullehrer a. D. aus Hamburg, ist Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE, des Sprecherrats der Bundesarbeitsgemeinschaft Bildungspolitik der LINKEN, ehemaliger Mitherausgeber von Demokratische Erziehung, er wirkt im Educational Forum beim Europäischen Sozialforum und bei den PädagogInnen für den Frieden mit.

Diese Hamburger Wahlen – denn parallel zu den Bürgerschaftswahlen fanden die Bezirksversammlungswahlen in den sieben Stadtbezirken statt (was hier außer Betracht bleiben muss) – sind die dritten in Folge, in der es der SPD nicht gelang, in ihrer alten Hochburg Hamburg den Bürgermeister zu stellen. August Bebel hatte hier

keine politisch realistische Option war – wird damit die grundsätzliche Fortsetzung einer auf Standortwettbewerb, Förderung der »oberen Zehntausend« und neoliberalen Umbau Hamburgs gerichteten »modernen« CDU-Politik ermöglicht. Vor Jahren wurde sie mit einer Koalition mit dem Rechtspopulisten Schill begonnen. Um eigener Regierungsbeteiligung willen hat die einstmals linke Hamburger GAL dem Freiherrn von Beust erlaubt, sich als Meister der Mimikry und Champion des großen Spagats zu inszenieren: Es ist eine erstaunliche Flexibilität der Hamburger CDU, das Meisterstück ihrer »Modernisierung«. Noch hat niemand in der BRD hinbekommen, nacheinander mit einem rechten Law-and-Order-Mann und einer ökologischen Crew zu regieren und dabei den Kern der eigenen Politik beizubehalten. Eine Politikwende in Hamburg gibt es also nicht. Zwar mag sie rechnerisch möglich gewesen sein, politisch aber war sie es nicht. Denn die GAL ist keine ökosozialistische Partei mehr, und die SPD in Hamburg keine linksreformerische (was allerdings mit der 2006 vom rechten Flügel inszenierten Notbremse, durch Stimmzettelklau einen eventuell nach links orientierenden Vorsitzenden abzusagen, im Ansatz unterbunden wurde). Mit Sympathien der Springer-Presse und der Handelskammer bei vollständigem Verstummen der SPD – hielt sie sich bis jetzt doch als Not Helfer für eine große Koalition bereit – hat die GAL zahlreiche Wahlversprechen gebrochen und zum weiteren Vertrauensverlust der Parteien beim Wahlvolk beigetragen. Nun finden sich in Hamburg SPD und LINKE gemeinsam in der parlamentarischen Opposition.

Sieht man sich den Koalitionsvertrag genauer an, fällt auf, dass mit viel modernistischem Vokabular, mit Begriffen und Lyrik aus grünem Sprachgebrauch, vage Ziele der Koalition beschrieben sind. 88 mal wurden Begriffe, »soll geprüft«, »soll evaluiert«, »müssen noch definiert« werden, benutzt. Das überdeckt Kontroversen oder unklare Maßnahmen. So muss vermutet werden, dass bei den Verhandlungen weniger um Positionen als um verschleierte Formulierungen gerungen wurde. Offensichtlich, um der grünen Basis die Zustimmung zu erleichtern und die Öffentlichkeit mit vagen Andeutungen abzuspeisen. Das kommt dabei heraus, wenn das Gesamtergebnis von Anfang an feststand, dass man zusammen dem »Reiz der Machtausübung« (*Welt am Sonntag*) folgen will, und beide Seiten nur darum besorgt waren, wie sie es ihren Wählern sagen könnten. Erst nach der Wahl im Zuge der Koalitionsverhandlungen hat auch Bürgermeister von Beust bekannt, seit langem auf diese Lösung hingearbeitet zu haben. Auch er hat damit die Wähler getäuscht. So wird vor allem die kommende Regierungspraxis zeigen müssen, ob sich selbst in einzelnen Punkten politisch mehr geändert hat, als eine modernere Kommunikation. Hier liegen Ansätze für notwendige parlamentarische und außerparlamentarische Opposition.

Die entscheidende politische Grundrichtung des kommenden Senats wird jedenfalls gleich zu Anfang des Koalitionsvertrages, in der Präambel, von der CDU vorgegeben: Anstatt von sozialer Gerechtigkeit (die im ganzen Koalitionsvertrag mit keinem Wort vorkommt!), ist von »Generationengerechtigkeit« die Rede. Nachhaltig wird

jahrelang seinen Wahlkreis und seit 1919 (nur unterbrochen im Faschismus und von 1957 bis 1961) war die SPD stets die stärkste Partei. Die SPD stellte seit 1946 den 1. Bürgermeister (nur unterbrochen von 1957 bis 1961) und regierte entweder alleine oder in Koalitionen mit der FDP, der STATTpartei und seit 1998 mit der GAL. Entsprechend ausgeprägt ist der sozialdemokratische Filz. In »global cities« (Saskia Sassen) wie Hamburg – ähnlich wie in Berlin und Frankfurt – treten gesellschaftliche Probleme konzentrierter auf, Konflikte verlaufen heftiger (auf der Linken wie auf der Rechten), Trends werden frühzeitiger sichtbar. So befindet sich das traditionelle Parteienspektrum in Hamburg schon seit einiger Zeit im Umbruch: Anfang der 1980er Jahre gelang es der GAL, einem Zusammenschluss von Grünen und Alternativen, erhebliche Stimmen zu gewinnen (zwischen 13 und 18 Prozent). Schon 1993 führten Filz-, Diätenskandale und undemokratische Machenschaften bei der CDU zur Wiederholung einer Wahl – und zur Gründung der STATTpartei als Abspaltung von der CDU. Später erreichte die rechtspopulistische SCHILL-Partei in einigen Stadtteilen bis zu 34 Prozent der Stimmen und zog mit 25 Abgeordneten in das Landesparlament ein.

In Hamburg gelang es dem hier vorherrschenden Handels-, Medien- und Industriekapital nie, einen »Bürgerblock« dauerhaft zu etablieren. Zwar errang 1957 ein »Bürgerblock« aus CDU, FDP, BHE und DP für vier Jahre die Mehrheit, zerfiel aber schon vor Ablauf der Wahlperiode. Und das

auf Welthandel, auch mit dem damaligen »Ostblock« orientierte Handelskapital hatte mit der FDP eine sozialliberal und entspannungspolitisch positionierte politische Vertretung. Sie konnte jahrelang mit der im Bundesmaßstab weit rechts orientierten SPD Koalitionen bilden. Das ist seit der Ära Genscher vorbei, als der sozialliberale Flügel aus der FDP austrat.

Jahrzehntelang hatte die Hamburger CDU versucht, die Dominanz der SPD zu brechen. Alle Anläufe scheiterten, so dass bekanntere Christdemokraten abwanderten und anderswo Karriere machten (Hartmut Perschau, Walter Leisler Kiep, Volker Rühle). Nach der Abspaltung STATT-Partei wurde der stramm rechts-konservative Kurs von der CDU aufgegeben. Seitdem gehören moderne Sozialpolitik im Stile des »compassionated conservatism« (mitfühlender Konservatismus in den USA) und des »Förderns und Förderns«, moderne Drogenpolitik, Investitionsprogramme zur Förderung von Kitas und Schulen in Problemgebieten und Einsatz städtischen Kapitals zur Rettung Hamburger Firmen (Beispiel Beiersdorf) ins Arsenal der Hamburger CDU-Politik. Der smarte Freiherr von Beust ist als ohne jeglichen Skandal geouteter Schwuler und bekannter Sylt-Fahrer der ideale Politiker-Typ dafür.

Einst scheute sich v. Beust nicht, mit dem Rechtspopulisten Schill zu koalieren (33 CDU-, 25 SCHILL- und 6 FDP-Abgeordnete), diesem Hamburger Verschnitt von Haider, Berlusconi und Sarkozy, einen durch knallharte Gerichtsurteile be-

lediglich auf die Haushaltssituation bezogen. Dem CDU-Leitbild von der »wachsenden Stadt« – Metapher für knallharte Standortkonkurrenz – soll weiterhin politisch gefolgt werden. Alles Verabredete steht unter der Prämisse, dass Einnahmen und Ausgaben des gesamten Haushalts ausgeglichen sein sollen, was eine haushaltspolitische Verschärfung darstellt. Bisher war nur der ausgeglichene Betriebshaushalt das Ziel der CDU. Nun müssen ganz offiziell alle zusätzlichen Investitionen durch Kürzungen bei sozialen und kulturellen Ausgaben gegenfinanziert werden. Kein Wort davon, eventuell die Einnahmeseite des Hamburger Haushalts zu verbessern, zum Beispiel durch Bundesratsinitiativen zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder der Erhöhung der Erbschaftssteuer. Auch eine Erhöhung der Landessteuern (zum Beispiel Grunderwerbssteuer, Grund- und Gewerbesteuer) findet sich nicht. Darum enthält der ganze Koalitionsvertrag kaum eine konkrete Zahl. Da nach Aussagen von Christa Goetsch (GAL) und Michael Freytag (CDU-Finanzsenator) alles detailliert durchgerechnet worden sei und bei den Koalitionsverhandlungen vorgelegen hätte, muss man davon ausgehen, dass es zahlreiche Geheimprotokolle, vor allem zu den Finanzen gibt. Denn, nimmt man die lyrisch beschriebenen Verbesserungen und die Verabredung, einen ausgeglichenen Haushalt haben zu wollen, ernst, muss irgendwo anders gekürzt werden. Dazu aber wird nichts gesagt.

Auf der nachfolgenden Pressekonferenz wurde nur konkret gesagt, dass für Bildung, Kinder und Schulrenovierungen ein »dreistelliger Millionenbetrag« vorgesehen sei. Das allerdings wäre ein Tropfen auf den heißen Stein: Denn allein die nachgelagerten Studiengebühren kosten zunächst einmal etwa 50 Millionen € jährlich, die Schulreform etliche Lehrerstellen und für die Schulgebäudesanierung wurde ein Stau von alleine 3 bis 5,3 Milliarden € errechnet. Also: Wo wird dafür gekürzt?

Meine politische Erfahrung sagt – immerhin habe ich seit 1955 in Hamburg manche Koalitionsverträge lesen müssen – dass bei solchen Verträgen immer auch beachtet werden muss, wozu gar nichts gesagt oder öffentlich verabredet worden ist. Nichts gesagt wurde hier zur Beendigung der Privatisierungspolitik (Firmen-, Wohnungs- und Immobilienverkäufe), denn die berühmte »Jesteburger Liste« der vorgesehenen Privatisierungen ist noch nicht abgearbeitet. Nichts wurde zur Ausweitung der Mitbestimmung der Bezirksversammlungen und im öffentlichen Dienst gesagt (Personalvertretungsgesetz), nichts zu einem Landesprogramm Arbeit, nichts zur Zurückdrängung von HARTZ IV, nichts zu zusätzlichen Ausbildungsplätzen, zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns oder der Bindung von öffentlichen Aufträgen an Mindestlöhne oder an ökologische Standards (Vergabe-, Entsendegesetz). Es steht nichts über die Wiedereinrichtung der Stelle eines Ausländerbeauftragten drin, und natürlich nichts zur Rüstungskonversion oder über die Erschwerung des Rüstungsexports. Und es findet sich keine Kritik am Tamm-Museum. Das ist vielleicht auch zuviel verlangt. Wie sagt doch der Bauer: »Man kann vom Ochsen nicht mehr verlangen als ein Stück Rindfleisch!« Noch im Wahlkampf hatte Bürgermeister von Beust gesagt, der Verkauf der Hamburger Elektrizitätswerke

HEW an Vattenfall sei ein Fehler gewesen – aber der Koalitionsvertrag sagt nichts zur Rekommunalisierung. Keine Seite hat erwähnt, dass sie dies oder jenes auch nur einzubringen versucht hätte. Stattdessen wurde immer und immer wieder das »gute Gesprächsklima« beschworen und vermittelt.

Dennoch gibt es, quasi als grün gefärbte Seitenausfallschritte in der ansonsten schwarzen Choreografie, einige vorbehaltlos zu begrüßende Verbesserungen und einige gute Neuerungen. Zu begrüßen ist der geplante Preisnachlass für Arbeitslose beim HVV-Ticket um 18 € (auch wenn das natürlich noch kein Sozialticket ist), der Bau von fünf- bis sechstausend Wohnungen jährlich (auch wenn hier der Hinweis »preiswert« fehlt), die Einführung einer Stadtbahn mit einer Anbindung von Steilshoop, 600 zusätzliche Wohnungen für Obdachlose, kein Verkauf des Universitätskrankenhauses (oder Teilen davon), kein Zukauf für Asklepios (auch wenn schon das Kartellamt davor wäre), die Schließung des geschlossenen Jugendheims Feuerbergstraße, die unbefristete Aussetzung der Abschiebung von afghanischen Familien, die Einrichtung einer Zentralstelle für Transparenz und Bürgerrechte mit vier Personalstellen, der Ausbau der Schulbibliotheken und das Ende der Schließungen von Öffentlichen Büchereien in den Stadtteilen, die leichte Erhöhung der Mittel für die Stadteilkultur und der Schuldnerberatung. Auch die Zustiftung von einer Million € zugunsten der Gesichtswerkstätten ist hier zu nennen. Auch in der Kinder- und Schulpolitik gibt es einige wenige Verbesserungen.

Das alles sollte nicht verachtet werden. Dagegen folgen verabredete Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik astreiner CDU-Linie: Die Ausweitung der Clusterbildung erfolgt im Rahmen des Konzepts der »wachsenden Stadt« mit einem neuen Cluster »Maritime Industrien« und mit einer Ausweitung des Clusters »Luftfahrt« zu »Neues Fliegen«, womit die besondere Förderung von EADS/Airbus in Finkenwerder festgeschrieben wird.

Einige von den oppositionellen Kräften dieser Stadt immer wieder geforderte Maßnahmen werden wenigstens angesprochen und »geprüft«. Auch hier sind Ansatzpunkte für den öffentlichen Druck vorgezeichnet. So zum Beispiel in der Evaluation des Hamburger Hochschulgesetzes (allerdings erst für die Mitte der Legislaturperiode vorgesehen), das Norddeutsche Hafenkonzert, die versprochene Umstellung auf Ökostrom bei Auslaufen der Verträge, ein eventuelles Modell »Stadtwerke« und vage »Arbeitsmarkt-Initiativen«.

In der Innen- und Rechtspolitik ist zwar der parteilose Innensenator Nagel, ein SCHILL-Erbe, dem CDU-Filz geopfert und durch den anderen Law-and-Order-Hardliner Ahlhaus (CDU) ersetzt worden, in der Sache wird die Modernisierung des Repressionsapparats sogar verstärkt fortgesetzt: Mehr automatisierte Kennzeichenlesegeräte für die Polizei und der Ausbau der Rasterfahndung. An der exzessiven Hamburger Videoüberwachung und den verdachtsunabhängigen Kontrollen wird ebenso festgehalten wie am Datenabgleich zwischen zentraler Schülerdatei und Melderegister zur Aufspürung Illegalisierter und an den wandernden Polizeikesseln bei Demos und der vorbeugenden Ingewahrsamsnahme. Da die GAL dem zugestimmt hat, kann bei ihr von einer modernen Bürgerrechts-

kannt gewordenen und von der Springer-Presse hochgeschriebenen Law-and-Order-Mann, finanziert von Hamburger Mittelständlern. Als von Beust fest im Sattel saß, trennte er sich wieder von Schill. Daraufhin spaltete sich dessen Partei, blieb aber im Senat.

In Hamburg gab es den größten Aderlass bei den Grünen durch den Jugoslawien-Krieg. Im Jahr 2000 traten fünf von 21 Bürger-schaftsabgeordneten und zahlreiche weitere Funktionsträger aus, nahmen ihre Mandate mit und gründeten die Wählervereinigung »Regenbogen – für eine neue Linke«. Mit enger Bindung an Ökologie-, Friedens-, Menschenrechts- und Stadteilkultur und -initiativen machten sie eine aktive, phantasievolle Oppositionspolitik und kandidierten zur folgenden Wahl zusammen mit linken Gewerkschaftern und PDSlern mit offenen Listen. Aber es gelang nicht, über die bekannten »Szenequartiere« hinaus nennenswerte Stimmen zu gewinnen, vor allem nicht aus dem Arbeitermilieu und den Problemstadtteilen. Ein aktiver Teil von Regenbogen beteiligte sich an der Gründung der LINKEN. 2008 löste sich Regenbogen auf.

Das Konzept der »wachsenden Stadt«, entworfen von McKinsey und der Handelskammer, 2002 vom CDU-Senat übernommen, ist das offizielle Leitbild des Senats. Es setzt auf Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum durch junge Fachkräfte und »high potentials« sowie ihre Familien, die Entwicklung von wirtschaftlichen Stärken in so genannten »Clustern« anstelle der Förderung in

der Fläche mit der Streusandbüchse, auf Haushaltskonsolidierung und Privatisierungen im großen Stil sowie eine bessere »Vermarktung« Hamburgs in der internationalen Metropolenkonkurrenz.

Die »Jesteburger Liste« wurde nach dem Tagungsvorort benannt und vom damals neu ins Amt gekommenen CDU-geführten Senat 2002 aufgestellt. Darin wird festgelegt, welche der vielen Hamburger Firmen und Beteiligungen, Immobilien und Grundstücke oder Flächen im Besitz der Stadt verkauft werden sollten. Seitdem wurde städtisches Eigentum im Wert von vier Milliarden € verkauft, seit 1988 in Höhe von 7,5 Milliarden €. Die Liste ist inzwischen fast ganz abgearbeitet, das heißt fast alles »Tafelsilber« ist verkauft.

Das am 28. Juni 2008 in der Hafencity eröffnete private »Internationale Maritime Museum« beherbergt die riesige Privatsammlung von Modellschiffen, Seeuniformen und maritimen Gegenständen sowie Schiffsbauzeichnungen des langjährigen ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Axel Springer AG, Peter Tamm. Er hatte sie in seiner Villa an der Elbchaussee bis unter das Dach gehortet, im Vorgarten Seeminen, ein NVA-Schnellboot und See-kanonen. Seit 2005 gab es öffentliche Proteste, als bekannt wurde, dass seiner Stiftung der jetzt leer stehende Kaispeicher B in Erbpacht für 99 Jahre überlassen werden sollte und die Stadt 30 Millionen € zur Errichtung des Museums dazugibt. Sie hatte keinen Einfluss auf das Museumskonzept, obwohl die An-

partei, als die sie sich selbst gerne geriert, nicht mehr gesprochen werden. Dennoch ist begrüßenswert, dass im Strafvollzug wieder zwischen Jugendlichen und Erwachsenen unterschieden wird und der Gedanke der Resozialisierung in Zukunft wieder stärker berücksichtigt werden soll. Vage sind auch die Verabredungen für die Volksentscheide- und Pressemeldungen, dass hinfort in Hamburg Volksentscheide verbindlich seien, voreilig oder zweckoptimistisch zur Vertuschung des Bruchs von GAL-Wahlversprechen: Den Fraktionen und den Verbänden soll Gelegenheit gegeben werden, Gespräche zu führen, wobei prophylaktisch ausgeschlossen wurde, dass die GAL mit SPD und der LINKEN eventuell die CDU überstimmen könnte. Durchgesetzt hat sich die CDU auch dabei, die städtischen Altenheime von »Pflegen und Wohnen« privatisiert zu lassen und die Sportvereine auch weiterhin finanziell bei der Sporthallennutzung zu beteiligen. Gemeinsam halten CDU und GAL an der gigantisch teuren Elbphilharmonie fest. Nicht einmal die Deckelung der Kosten für die Stadt dafür wurde verabredet oder die Betriebskosten geklärt.

Im Kinder- und Bildungsbereich gibt es neben viel Schatten einige Sonnenflecken. Zu den Verbesserungen im Kita-Bereich zählen: der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Zweijährige und die Gebührenfreiheit für das letzte Jahr vor der Schule (Vorschule oder Kita). Allerdings hat hier die GAL nicht einmal versucht, kostenloses Mittagessen durchzusetzen. Angeblich, so Senatorin Goetsch in einer Diskussion bei der GEW, gäbe es keinen Bedarf dafür, denn nur ganze 63 Kinder seien in Kitas wegen der Kosten fürs Mittagessen abgemeldet worden. Auch die Erhöhung des qualifizierten Erzieherteils in den Kitas gehört hierher.

In der Schulpolitik wurde wieder einmal die Chance für eine große, längst überfällige Reform verpasst, nämlich eine Schule für alle von Klasse eins bis zehn einzuführen. Das wäre in der BRD ein einmalig historischer Schritt gewesen, wofür der Zeitpunkt äußerst günstig ist: Ein Volksgesetzgebungsverfahren hat die erste Stufe durchlaufen und geht vom 19. September bis 9. Oktober 2008 in die zweite Runde (und endet 2009 mit einem Volksentscheid parallel zu den Europa- oder Bürgerschaftswahlen!). Die CDU Hamburg hat in der Schulpolitik eine 180-Grad-Wendung gemacht (sie selbst hat ihr jahrzehntelang vertretenes Konzept, »Stärkung der Hauptschule«, aufgegeben und die Abschaffung des Sitzenbleibens und den Ersatz von Ziffernzeugnissen durch Kompetenzraster in Aussicht gestellt) und in der Öffentlichkeit finden Schulstrukturreformfragen eine breitere Resonanz, zumal in den Nachbarländern sich allerlei in dieselbe Richtung tut: In Schleswig-Holstein werden die Gemeinschaftsschulen von den Eltern immer mehr angewählt, in Mecklenburg-Vorpommern gibt es in Klasse fünf und sechs keine Gymnasien mehr, in Berlin sind erste elf Gemeinschaftsschulen auf dem Weg und Niedersachsen erlebt eine neue Welle von Gesamtschulgründungen. Auch in der Wirtschaft beginnen Differenzierungen: Handwerk und Mittelstand fordern zum Teil selbst ein längeres gemeinsames Lernen – siehe auch die Positionen von Hogeforster und Krämer im Dialog mit Gregor Gysi vor der Wahl. Und nicht zuletzt: Die groß angekündigte Kampagne der CDU in Hamburg, »Ich

kämpfe für meine Schule – für Bildungsvielfalt in Hamburg« war mangels Massenbeteiligung der eklatanteste Flop im ganzen Wahlkampf. Zudem hat die von Eltern aus den gut situierten Elbgemeinden gegründete Volksinitiative »Wir wollen lernen« seit Mai erst jetzt die erforderlichen Unterschriften für die erste Stufe des Volksbegehrens erreicht. Damit soll die bestehende Schulstruktur bleiben. Kurz: Erneut wurde aus Feigheit vor der Oberklasse eine historische Chance verpasst, die Schulstruktur so zu ändern, dass die soziale Auslese durch das Schulsystem reduziert und nicht verstärkt wird. Herausgekommen ist ein komplizierter Mischmasch: Die politische Praxis wird erst noch zeigen müssen, ob am Ende etwas mehr sozialer Ausgleich im Schulbereich oder sogar eine Vorverlegung der sozialen Auslese dabei herauskommt. Es ist wie beim Schwangerschaftstest: Erst die weitere Entwicklung muss zeigen, ob es sich um eine Scheinschwangerschaft oder eine echte handelt. Denn ein bisschen Schwangerschaft gibt es bekanntlich ebenso wenig wie eine halbe soziale Auslese in der Schule.

Dennoch ist die Schließung der Hauptschulen vorbehaltlos zu begrüßen, ebenso, dass Klasse fünf und sechs den Grundschulen und nicht mehr zu 50 Prozent den Gymnasien zugeschlagen werden. Das längere gemeinsame Lernen in der Primarschule bis Klasse sieben ist ein Fortschritt, wenn es denn nach den integrativen pädagogischen Prinzipien der reformierten Grundschulen erfolgt und nicht durch Fachleistungsdifferenzierung und permanente Testerei konterkariert wird. Das Hauptproblem, dass das gegliederte Schulsystem die soziale Spaltung verschärft, ist allerdings nicht gelöst, nur nach hinten verschoben. Vertagt wurde auch die Einbeziehung der Förder- und Sprachheilschulen ins allgemeinbildende Schulwesen. Obwohl die neuen Primarschulen rechtlich selbständige Schulen werden sollen, ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass die soziale Auslese in einigen dieser Primarschulen sogar in die Vorschule vorverlegt wird, wenn Primarschulen an Gymnasien ange dockt werden, jegliche bauliche Veränderung ausgeschlossen bleibt und man sich weiterhin nicht mehr an der nächsten wohnortnahen Grundschule anmelden muss. Es entstünden dann wieder die seit dem Weimarer Schulkompromiss untersagten gymnasialen Vorschulen, die sogar im Grundgesetz mit dem Satz 6 in Art. 7 Erwähnung finden (»Vorschulen bleiben aufgehoben«, aus der Weimarer Reichsverfassung übernommen und heute sonst ganz unverständlich). Das muss als Sicherung des Bildungsprivilegs verstanden werden. Es kommt also sehr auf die Schulentwicklungsplanung in den 22 Regionen an, in denen sich die Schulstandortfrage mit der Frage der sozialen Spaltung verbindet. Auch hier ein Ansatzpunkt lokaler und kommunaler Oppositionsarbeit, gegenzusteuern. Halbherzig ist das Verbot von Abschlüssen ab Klasse sieben. Die soziale Auslese mildern würde die Beendigung der unseligen deutschen Sitzenbleiberpraxis. Dazu äußert sich der Koalitionsvertrag gar nicht. Ebenso unzureichend ist, dass es nur zu begleitenden und vorbereitenden verstärkten Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer in den Klassen ein bis sechs kommen soll. Zwar ist die Senkung der Klassenfrequenzen in diesen Klassen auf maximal 25 Schüler (20 in Problemgebieten) zu begrüßen, aber erstens hat die CDU dies schon vor der

sammlung von Nazi-Emblemen und Militaria und die Verherrlichung von Dönitz befürchten lässt, dass das Museum zu einem Wallfahrtsort für Militaristen und Neofaschisten werden könnte.

HVV – Hamburger Verkehrsverbund, Verkehrsunternehmen für den Großraum Hamburg, reicht ca. 80 km weit ins Umland.

Steilshoop ist eine Großraum-Siedlung und eigener Stadtteil im Norden Hamburgs mit 24 000 Einwohnern, gebaut ab 1969, seitdem ohne Schnellbahnbindung, obwohl dies immer wieder versprochen wurde.

ASKLEPIOS hatte alle Hamburger kommunalen Krankenhäuser unter bis heute nicht ganz geklärten Umständen für 318 Millionen € gekauft, aber nur 20 Millionen € bezahlt. Ein erfolgreicher Volksentscheid (76,8 Prozent der Wahlberechtigten) untersagte dies eigentlich, aber der CDU-geführte Senat hielt sich nicht daran. Sein rot-grüner Vorgängersenkta wollte nur 49 Prozent verkaufen. Jetzt ist ASKLEPIOS am Zukauf des Universitätskrankenhauses Eppendorf interessiert.

Das Heim Feuerbergstrasse mit »geschlossener Unterbringung« krimineller Jugendlicher wurde auf Drängen von Schill erst vom CDU-geführten Senat eingerichtet – fiel allerdings durch zahlreiche rechtswidrige Skandale auf.

Die so genannte »Elbphilharmonie« ist ein viel diskutiertes »Leuchtturmprojekt« der wachsenden Stadt, ein hochgejubeltes Prestige-

objekt mitten im Hafen, das als städtebaulich ansehnliche Konkurrenz zum Opernhaus in Sydney gesehen wird. Der nutzlos gewordene Kaispeicher A (der Hafenumschlag erfolgt heute zu meist mit Containern) wird auf der Kaizungen zu einem Konzerthaus für die Philharmonie umgebaut, mit integriertem 5-Sterne-Hotel, Parkhaus und Hafen-Lofts zum Wohnen. Zuerst sollte es 187,7 Millionen € kosten, wovon die Stadt nur 77 Millionen € tragen sollte, den Rest Sponsoren. Wer die Betriebskostendefizite trägt, ist offen. Später stiegen die Kosten auf 241,7 Millionen €, jetzt heißt es, sie betrügen 340 Millionen €. Die Mehrkosten müsste die Stadt tragen.

Im Bürgerschaftswahlkampf kam es zu einer überfüllten Diskussionsveranstaltung der LINKEN über die Bildungspolitik, mit Gregor Gysi, dem bekannten Hamburger Reeder und Millionär Peter Krämer und dem ehemaligen Geschäftsführer der Handwerkskammer, Hogeфорster, jetzt Fernsehmoderator des Lokalsenders »Hamburg 1«. In ihr sprachen sich alle drei vehement für längeres gemeinsames Lernen aus. Immerhin hatte Hogeфорster der FDP geholfen, das Bürgerschaftswahlprogramm zu schreiben!

In Hamburg wird seit 1. August 2005 von allen Eltern Geld für Schulbücher erhoben, gestaffelt von 50 bis 100 € pro Schüler und Jahr, je nach Alter. Ermäßigung gibt es bei Geschwistern und für sozial Schwache.

Das Hamburger Institut für Berufsbildung ist sozusagen der »Kompromiss«, als Stifting öffentlichen Rechts

Wahl eingeleitet, so dass es nicht mehr so viele Klassen betrifft, und zweitens sind die Klassenfrequenzen in den Klassen sieben bis zehn besonders hoch. Damit sind noch nicht einmal die unter der der Ägide der vorigen Schulsenatorin Dinges-Dierig (CDU) vorgenommenen massiven Klassenfrequenzerhöhungen (und Einsparungen von 450 Lehrerstellen) rückgängig gemacht. Positiv ist auch die Einrichtung weiterer 50 gebundener Ganztagschulen und die Einrichtung von Integrationsklassen in Vorschule und Gymnasien. Aber die Kürzungen an den Ganztagschulen wurden nicht zurückgenommen und die flächendeckende Einführung integrativer Regelklassen nicht erwähnt, also nicht verabredet. Und nicht zuletzt ist positiv, weitere 500 Plätze an Produktionsschulen einrichten zu wollen. Diese aber als staatliche Schulen wie in Bremen zu installieren hat sich die Koalition nicht getraut. Bei der Ausweitung vollzeitschulischer Ausbildungsgänge mit Kammerprüfung fehlen nähere Festlegungen.

Absolut negativ zu beurteilen ist dagegen die Verstetigung des Büchergeldes (trotz vorgesehener Entlastung von Geringverdienern) – auch ein Bruch eines grünen Wahlversprechens. Auch das Hamburger Institut für Berufsbildung (HIBB) soll erhalten bleiben, was nicht akzeptabel ist, zumal die Besetzung des Kuratoriums ohne Gewerkschafter auch nur geprüft werden soll. Negativ ist auch die Einführung zweijähriger Ausbildungsberufe. Gemeint sind wohl die seit Jahren von der Handelskammer Hamburg geforderten »Berufe« wie Parkplatzwächter, Frittenbündner und MacDonalds-Köche. Die umstrittene »Selbstverantwortete Schule« soll gestärkt und das Bildungssparen geprüft werden – also wird die Ökonomisierung der Bildung vorangetrieben, nicht abgebaut oder eingedämmt. Nichts wird zur Einstellung weiterer Lehrerinnen und Lehrern gesagt, wobei jeder weiß, dass bei Fortsetzung der Lehrerplanstellenkürzungen der letzten Jahre um 2 000 Stellen, überhaupt keine Schulreform zu machen sein wird. Da genügt es nicht, wenn im Zuge der Evaluation des Hamburger Lehrerarbeitszeitmodells durch die eingesetzte Behl-Kommission nur bei einigen Lehrern eine Wochenobergrenze für Unterrichtsstunden geprüft werden soll.

Neuland betritt die Koalition mit dem Modell der nachgelagerten Studiengebühren, ein einmaliges Modell für die BRD, importiert aus Australien. Zunächst klingt es positiv und plausibel: Senkung der Gebühren von 500 € auf 375 € pro Semester und erst zu bezahlen, wenn man verdient. In Australien gibt es das schon seit 1989 als *Higher Education Contribution Scheme* (HECS). Hirnlos abgeschrieben oder absichtsvoll installiert? Denn nicht ausgeschlossen wird die nachträgliche Erhöhung der Gebühren und die Senkung der Verdienstgrenze, ab der zurückgezahlt werden muss. In Australien wurde beides mehrfach verschlechtert, so dass man das HECS wieder los werden will. Vor allem, weil in Australien eine Kosten-Nutzen-Rechnung damit verbunden ist: Die Höhe der Gebühren richtet sich nach dem möglichen späteren Einkommen je nach Studienfach. Medizin- und Jurastudium kostet mehr als doppelt so viel wie das der Erziehungswissenschaften. Damit wird das Studium zu einer individuellen Investition in das eigene Humankapital und beschleunigt den marktradikalen Umbau der Hochschulen. Werden also in Zu-

kunft in Hamburg wie in Australien männliche Studenten im Durchschnitt 17 Jahre lang, Studentinnen 51 Jahre lang ihre »Investitionskredite« zurückzahlen müssen? Da dies alles nicht explizit ausgeschlossen wurde, muss unterstellt werden, dass es gewollt oder billigend in Kauf genommen wurde. Denn sie wissen, was sie tun, und australische Erfahrungen liegen vor. Jedenfalls hat die GAL damit als erster grüner Landesverband einen weiteren gravierenden Paradigmenwechsel mit Langzeitfolgen vorgenommen: Beschleuniger der Verbetriebswirtschaftlichung von Bildung zu sein!

Dieses magere Ergebnis im Kinder- und Bildungsbereich lässt sich mit euphorischen Worten und überschwänglichen und zudem noch falschen Behauptungen der Schulsenatorin Goetsch nicht schön reden: Hamburg sei in Deutschland das erste Bundesland, in dem alle Kinder bis Klasse sechs gemeinsam lernen. Die sechsjährige Grundschule gab und gibt es in Bremen, Brandenburg, Berlin und bis 1957 auch in Hamburg – allerdings sind die Erfahrungen damit schlechter als mit einer Schule für alle bis Klasse zehn. Die GAL brüstet sich damit, was sie in diesem Bereich erreicht hätte. Aber da keinerlei Festlegungen über die zusätzlichen Mittel und Planstellen getroffen wurden, die in den Schwerpunkt »Kinder und Bildung« fließen sollen, ist zu befürchten, dass – wie in der Vergangenheit – auch in Zukunft der Finanzsenator der heimliche Bildungssenator werden wird.

Mancher denkt, dass die Grünen die Privatisierungspolitik gestoppt hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Die PPP-Projekte (Public-Private-Partnership) werden erheblich ausgeweitet: Schulgebäude-Management, Schulsanierung und Hausmeisterdienste sollen nun nach dem Muster des Pilotprojektes im Bezirk Harburg an allen Schulen privatisiert werden, Pop-Konzerthalle, JEKI (»Jedem Kind ein Instrument«, ein Bertelsmann PPP-Projekt), Cluster Kreativwirtschaft, Wissenschaftsstiftung, Hamburg Media School, Hafenausbau und Elbe-Stiftung, Schifffahrtsstandort Hamburg, Energieagentur, Hafenquerspange, Wassertaxi, Hafencity Überseequartier, Wohnungsverluste, Pflegestützpunkte – alles als PPP. Die GAL-Vorsitzende Anja Hajduk nennt das »intelligente Privatisierung«. Eben: Grüne Schrift, schwarzer Text!

Inzwischen sind gut 100 Tage vergangen. Die Koalitionäre waren die ganze Zeit krampfhaft bemüht, ihre strategisch angelegte Koalition als harmonisch und konfliktfrei zu verkaufen – an ihrer jeweiligen Basis und in der Öffentlichkeit. Soll doch modellhaft das Weiterregieren der CDU durch die grünbürgerlichen Partner als langfristige Option für die BRD etabliert werden, denn beiden ist klar, dass das neoliberal-bürgerliche Lager sonst keine Mehrheit hätte. In Hamburg nicht und im Bund auch nicht. Die Hamburger Presse unterstützt das – allen voran die Springer-Presse. Zwei Drittel der befragten Unternehmer in Hamburg fanden plötzlich schwarzgrün positiv. Das Echo aus der Bundespolitik war bei CDU und Grünen freundlich, die SPD schwieg sich aus. Vereinzelt kam es zu nahezu gleichlautenden Anträgen von SPD und LINKEN in der Bürgerschaft (zum Beispiel bei Studiengebühren), die in die Ausschüsse verwiesen wurden. Einstimmig wurde die Hauptschule abgeschafft, 116 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Überraschend wurden

konstituiert, nachdem 120 000 Hamburger einer Volksinitiative »Bildung ist keine Ware«, die sich gegen die Privatisierung aller beruflichen Schulen wandte, zum Erfolg verholfen hatten. Ihm unterstehen alle Berufsschulen, geleitet von einem Vorstand ohne Stimmrecht der Gewerkschaftsvertreter, allerdings mit Stimmrecht für die Vertreter der Arbeitgeber.

Das Hamburger Lehrerarbeitszeitmodell – noch unter dem SPD/GAL-Senat begann die Schulbehörde, die Lehrerarbeitszeit neu zu ordnen, unter anderem mit dem Ziel, Planstellen einzusparen und sie »gerechter« auf die Lehrer zu verteilen. Die Anteile an Unterrichts- und -nachbereitungszeit beziehungsweise, Elterngesprächszeit wurden taxiert und addiert. Die Unterrichtszeit wurde nach Fächern und Schularten gestaffelt hierarchisiert und mit einem bestimmten Faktor versehen: Die Sportstunde wurde anders gewichtet als die Englischstunde. Für Leitungs- und Sammlungsverwaltungsarbeit und besondere Aufgaben gab es bestimmte Anrechnungen. Das alles aufsummiert, ergibt die individuell unterschiedliche Arbeitszeit, die bis 32 Lehrerwochenstunden anwuchs. Durchschnittlich hat seitdem jeder Lehrer in Hamburg zwei Stunden zusätzlichen Unterricht zu leisten. Die CDU setzte eine Evaluationskommission unter Leitung der ehemaligen NRW-Kultusministerin Behler (SPD) ein, die in diesen Tagen ihren Bericht abliefern. Dieses Modell ist in der BRD einmalig.

Modell Hamburg Süd: Grundinstandsetzung, Neubau, Bauunterhaltung und Bewirtschaftung von 32 Schulen im Bezirk Harburg werden in fünf Jahren von der städtischen Gesellschaft GWG Gewerbe ausgeführt und 25 Jahre als öffentlich-öffentliche Partnerschaft (ÖÖP) bewirtschaftet. Kosten: 27 Millionen €, die monatlich von der Stadt abgegolten werden. Angeblich soll der finanzielle Vorteil für die Stadt zehn Prozent betragen. Der Senat hat jüngst die Entscheidung verschoben, ob alle Hamburger Schulen nach diesem Modell saniert und bewirtschaftet werden (Volumen: circa drei Milliarden €) oder an einen privaten Investor verkauft werden.

Die HHLA (Hamburger Hafen und Logistik AG) ist der größte Hafenumschlagsbetrieb in Hamburg, dem auch der Lübecker Hafenumschlag gehört. Er befindet sich in städtischem Eigentum und wurde gerade zu 49,9 Prozent privatisiert, was ca. eine Milliarde € »frisches Geld« in die Kassen gespült hat. Die Port Authority, ehemals die Behörde für Strom- und Hafenaufbau, kann als privatrechtlich geführtes Unternehmen (Landesbetrieb) auf dem freien Kapitalmarkt Kredite aufnehmen, die beim Hamburger Haushalt nicht mitgezählt werden.

spektakuläre Vorschläge präsentiert, die den Eindruck großer Reformfreude erzeugten: Da soll die Universität neu gebaut werden, bezahlt durch Verkauf des alten Campusgeländes in bester Lage. Da sollen zusätzlich 55,4 Millionen € für Kinderschutz und Kita-Betreuung ausgegeben werden. Der Hafenausbau soll von Hafenfirmer, der HHLA und Port Authority gemeinsam als PPP-Projekt finanziert werden – am öffentlichen Haushalt vorbei mit privat aufgenommenen Krediten. Vor allem Christa Goetsch (GAL, 2. Bürgermeisterin und Bildungsministerin) tingelt durch die Versammlungen und kommuniziert neuartig und charmant die Positionen der Koalition. Hinter den Kulissen wird gewerkelt, den Spagat hinzubekommen: Was wollen die Bürger, was wurde vor der Wahl versprochen? Und welche neoliberale Lösung will der Senat? Schon beginnt es an der Basis von CDU und GAL zu rumoren. Erste Stimmen bei der GAL erwägen eine Beendigung der Koalition. Aber darauf sollte man nicht setzen: Sie sind zum Erfolg verdammt, weil es um ein langfristiges Modell geht!

Doch das in der Öffentlichkeit skizzierte harmonische Miteinander bekommt bereits Kratzer: Denn inzwischen sind Aktenvermerke aufgetaucht, dass es Geheimabsprachen gibt. Ein Staatsrat (Staatssekretär) wurde bereits als Bauer geopfert. In der CDU rumort es wegen der Schulpolitik, in der GAL wegen des Großkraftwerks Moorburg von Vattenfall, das munter weitergebaut wird, obwohl die baurechtliche Prüfung durch die GAL-geleitete Behörde noch nicht abgeschlossen ist. Inzwischen hat die Schulsenatorin begonnen, das Schulkonzept umzusetzen: 22 regionale Schulentwicklungskonferenzen sollen die Schulstandortplanung vorbereiten. Gleichzeitig laufen die zwei Volksbegehren: »Eine Schule für Alle« und »Wir wollen lernen«. Eine heiße Schuldebatte ist also entstanden. Jetzt wird auch bekannt, dass das teure Vorzeigeprojekt »Elbphilharmonie« immer teurer wird. Im Wahlkampf hatte Ole von Beust versprochen, dass die staatliche Beteiligung als »absolute Deadline« 77 Millionen € – bei 187 Millionen € Gesamtbaukosten – betrüge. Später wurde mit der Hochtief AG ein Festpreis von 241 Millionen € vereinbart. Inzwischen geht man von Kosten in Höhe von 340 Millionen € aus. Der GAL-Fraktionschef Kerstan beschwerte sich, dass Hochtief die Stadt erpresse, weil der Fertigstellungstermin immer weiter herausgeschoben würde, die vereinbarten Säumniszuschläge aber bei vier Millionen € gedeckelt sind (vgl. Hamburger Abendblatt vom 6./7. September 2008). Also käme die Stadt auf höhere Kosten, dabei sind noch nicht einmal alle Sponsorengelder beisammen und es ist unklar, wer die Betriebskosten trägt.

Der gerade vorgelegte erste Entwurf für einen Doppelhaushalt 2009/2010 verursacht rundum Ärger. Es fehlen bei einem Gesamtetat von rund zehn Milliarden € akut drei bis vier Milliarden € in den nächsten Jahren. Einsparungen im Betriebshaushalt, der schon seit 2007 Überschüsse erbringt, eine Grunderwerbssteuererhöhung und Vermögensverkäufe (Immobilien) sollen den Etat ausgleichen. Der fünfte öffentliche Streitpunkt ist die Handhabung des Demonstrationsrechts. Die Demonstrationen des gerade beendeten »Klima- und Antirassistischen Camps« von rund 1 500 Aktivisten wurden von der Polizei ebenso drangsaliiert wie die Antifa-Demonstration

am 1. Mai. Der Hardliner, Senator Ahlhaus (CDU), setzt die repressive Linie seiner Vorgänger Schill und Nagel fort, entgegen allen Koalitionsabsprachen, und liefert sich mit der LINKEN parlamentarische Scharmützel. Und nicht zuletzt entpuppt sich der seit zehn Jahren aufgelaufene Renovierungsstau der 394 Hamburger Schulen in Höhe von etwa drei Milliarden € als großes Problem (vgl. Hamburger Morgenpost vom 3. September 2008). Umstritten ist die Privatisierung an die städtische SAGA/GWG oder an einen Großinvestor, die dann Kredite außerhalb des öffentlichen Haushalts aufnehmen könnten. Gerade hat der Senat die Entscheidung darüber verjagt.

So zeigt sich schneller als es den Koalitionären lieb ist, welche versteckten Probleme ungelöst blieben. Sollten doch der GAL- wie der CDU-Basis und der Öffentlichkeit das Bild einer harmonischen Ehe vorgegaukelt werden. Nun zeigt sich, dass das reiche Hamburg, das in den letzten Jahren jährlich 400 bis 800 Millionen € mehr an Steuern eingenommen hat, als vorausgeschätzt, Finanzierungsprobleme hat. Andere politische Widersprüche in der Umweltpolitik, bei der Schulstruktur, in der Handhabung des Demonstrationsrechts hat die Koalition auch nicht gelöst.

Erbärmlich ist die Rolle der Hamburger SPD, deren Kritik sich in Begriffen wie »Konzeptionslosigkeit«, »Chaos« und »Widersprüche« erschöpft und die in der Innenpolitik die CDU rechts überholt. Da kommt allerdings keine klammheimliche Freude hoch, denn dadurch wird klar, dass eine Wende in der Stadtpolitik in ganz weite Ferne gerückt ist. Nach Lage der Dinge bewegt sich parlamentarisch gar nichts in diese Richtung. Nicht einmal das Auslaufen des Hamburger Vergabegesetzes am 31. Dezember 2008 ist für die SPD ein Thema. Da ist es gut, wenn die Antifa, die Flüchtlingsorganisationen und das Klima- und Antira-Camp über außerparlamentarische Proteste Druck machen und dass eine Volksinitiative »Eine Schule für Alle« die Frage der künftigen Schulstruktur auf die Straßen und Plätze und in die Betriebe trägt.

»Wat lernt uns dat?«, pflegt man in Hamburg am Ende längerer Erörterungen zu fragen. Ohne außerparlamentarischen Druck, ohne sichtbare Bewegung relevanter Gruppen der viel beschworenen »Zivilgesellschaft«, der angesichts der Repräsentanzkrise der herrschenden Parteien auf deren Druckempfindlichkeit zielt, ist keine Änderung dieser Politik erreichbar. Dabei gilt die alte Erfahrung nicht mehr, dass die SPD und die Grünen, weil opportunistisch, druckempfindlicher als die CDU sind. Die GAL zählt zu den neoliberalen, marktradikalen Vorreitern im Parteienkartell von CDU, SPD und Grünen. Und der in Hamburg dominierende rechte SPD-Flügel geriert sich als »Law and Order«-Verein. Die »moderne« Großstadt-CDU à la von Beust, Christian Wulff oder Jürgen Rüttgers ist insofern »sozialdemokratisiert«, als sie auf Protest flexibel zu reagieren versucht. Bleibt die wichtige Erkenntnis, dass das Standbein linker Politik, der außerparlamentarische Druck, entwickelt und trainiert werden muss.

Das Hamburger Vergabegesetz schreibt bei Vergabe öffentlicher Aufträge die Bindung an Tarifverträge, ökologische und soziale Standards vor.

Die – entgegen des Beschlusses der bürgerschaftlichen Härtefallkommission – von der Ausländerbehörde vorgenommene Abschiebung von armenischen Schülerinnen musste nach ganz heftigen Protesten in der Öffentlichkeit von Kirchen, Flüchtlingsinitiativen und der LINKEN wieder zurückgenommen werden.

MARIO KESSLER

»Dann fangen wir von vorne an«

Drei neue Bücher und ein Film von und über Theodor Bergmann

»Wie man Kommunist wird und mit 90 noch sein kann« – trägt ein Beitrag heute eine solche Überschrift, mag sich der anständige Bürger irritiert fühlen. Noch stärker wird die Irritation, lernt man den Menschen kennen, von dem der Satz stammt. Denn wer einem Neunzigjährigen – inzwischen Zweiundneunzigjährigen – gegenübertritt, denkt normalerweise an einen sehr alten Menschen. Theodor Bergmann aber ist quicklebendig, stets voller Neugier, den Gesprächspartner sofort nach dessen politischen Ansichten ausfragend. Vom Rentnerdasein, gar vom hohen Alter ist nichts zu spüren.

Von und über Theodor Bergmann sind jüngst einige interessante Arbeiten erschienen. Hierzu gehören ein Buch, das aus Anlass seines 90. Geburtstages am 7. März 2006 entstand,¹ eine Geschichte der Stuttgarter Metallarbeiter² sowie der Band über eine Rosa-Luxemburg-Tagung in China, an dem Theodor Bergmann beteiligt war.³ Zudem entstand ein Film über den kritischen Kommunisten, Agrarwissenschaftler, Hochschullehrer und Chronisten der Arbeiterbewegung.⁴

Da, anders als in der Festschrift zum 80. Geburtstag,⁵ biographische Angaben zu Theodor Bergmann in den vorzustellenden Büchern fehlen, seien sie in gebotener Kürze nachgetragen:

Theodor Bergmann wurde 1916 in Berlin als Sohn eines Reformrabbins geboren. Seit 1930 in der Jugendorganisation der KPD-Opposition um Heinrich Brandler und August Thalheimer aktiv, musste er im März 1933 Deutschland verlassen. Es folgten Emigrationsjahre in Palästina, der Tschechoslowakei und Schweden. Zweimal konnte Bergmann den Nazischergen buchstäblich in letzter Minute entkommen. In Palästina arbeitete er auf einem Kibbutz, in der CSR studierte er Agrarwissenschaft, in Schweden war er Landarbeiter. 1946 kehrte er nach Westdeutschland zurück – in der Sowjetischen Besatzungszone lag bereits ein Haftbefehl der Sowjetischen Militäradministration für den Gegner Stalins bereit.

Es folgten harte Jahre als ungelerner Metallarbeiter, doch auch die Redaktion der Zeitschrift *Arbeiterpolitik* in Stuttgart – ohne Bezahlung. Dank seiner Frau und Genossin Gretel konnte Theo Bergmann auch diese Zeit meistern, schrieb fast nebenher seine Dissertation zur schwedischen Landwirtschaft, mit der er 1955 in Bonn promoviert wurde. Gelegentlich war er als Dolmetscher – aus vier Sprachen! – bei Gewerkschaftskongressen aktiv. Verschiedenen Tätigkeiten, so bei der Landwirtschaftskammer in Hannover und in der Entwicklungshilfe in der Türkei, folgte 1965 ein Lehrauftrag an der Landwirtschaftshochschule Stuttgart-Hohenheim und dort 1968 die Habilita-

Mario Kessler – Jg. 1955; Prof. Dr., arbeitet am Zentrum für Zeithistorische Forschung und lehrt am Historischen Institut der Universität Potsdam. Gastprofessuren an der University of Massachusetts (Amherst) und der Yeshiva University (New York). Neueste Buchveröffentlichungen: *On Anti-Semitism and Socialism* (2005); *Vom bürgerlichen Zeitalter zur Globalisierung* (2005); *Ossip K. Flechtheim* (2007). Gegenwärtig u. a. Arbeit an einem Buch über remigrierte Kommunismusforscher in der frühen Bundesrepublik. Zuletzt in *Utopie kreativ: Zwischen Paria-Existenz und jüdischem Commonwealth*. Hannah Arendt über Antisemitismus und Zionismus, Heft 213/214 (Juli/August 2008).

tion. Von 1973 bis 1981 war Theo Bergmann Professor für International vergleichende Agrarpolitik an der nunmehrigen Universität Hohenheim. Neben zahlreichen Büchern zu seinem Fachgebiet schreibt er seit circa 1978 vor allem über Fragen der Arbeiterbewegung und des Sozialismus.⁶ Sein wichtigstes Werk ist die großangelegte Geschichte der KPDO, die zuerst 1987, dann 2001 in erweiterter Auflage erschien.⁷ Doch auch sein Lehrbuch über Agrarpolitik und Agrarwirtschaft sozialistischer Länder fand eine internationale Verbreitung.⁸

Das von Theodor Bergmann herausgegebene und gemeinsam mit fünf weiteren Autorinnen und Autoren verfasste Werk *Klassenkampf und Solidarität* behandelt die Geschichte der Stuttgarter Metallarbeiter und -arbeiterinnen. Die sozialgeschichtliche Darstellung reicht von den Anfängen im 19. Jahrhundert über den ersten Weltkrieg, die Weimarer Republik, den Faschismus als »kapitalistische Krisenlösung« (so die Kapitelüberschrift) bis hin zu den Klassenauseinandersetzungen in der Bundesrepublik. Spezielle Kapitel behandeln die IG Metall in Württemberg und Fragen der weiblichen Erwerbsarbeit. Ein Ausblick auf Gegenwartsprobleme spricht das Verhältnis der Metallgewerkschaft zu Arbeiterparteien und Regierungen an.

Gerade dieser Ausblick, der über den Stuttgarter Raum weit hinausreicht, verdient einige kritische Nachfragen. Theo Bergmann & Co. zeigen mit Recht die sehr widersprüchliche Zwischenbilanz gewerkschaftlicher Arbeit nach mehr als einem Jahrhundert auf. Der sozialdemokratische Reformismus, zu dessen Nachläufern sich die mit der SPD-Spitze verfilzte Gewerkschaftsbürokratie gemacht habe, sei nach Jahrzehnten an sein Ende gekommen: »Die Regierungsteilnahme der SPD in Berlin und von New Labour in London dient nicht einmal verbal mehr der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der werktätigen großen Mehrheit, sondern der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit der deutschen bzw. britischen Bourgeoisie und dem weitgehenden Abbau der errungenen Reformen. Wenn die freien Gewerkschaften weiterhin die Interessen ihrer Mitglieder und deren Familien vertreten wollen, dürfen sie sich nicht länger an eine eindeutig prokapitalistische SPD-Führung und deren Koalitionspolitik binden. Diese Bindung muss gekappt werden, und die Gewerkschaften müssen ihre politischen Entscheidungen unabhängig von Regierungen jedweder Zusammensetzung treffen« (S. 317).⁹

Was aber ist zu tun, wenn die existierenden Gewerkschaften die Interessen ihrer Mitglieder nicht länger vertreten? Die Verfasser kritisieren zu Recht und mit gebotener Schärfe die Folgen der »Wiedervereinigung« (die Anführungszeichen stehen im Text) insbesondere für die ostdeutschen Werk­tätigen, scheuen aber vor der Schlussfolgerung zurück, dass – von einzelnen, wichtigen Ausnahmen abgesehen – es die Gewerkschaftsbürokratie der »alten« Bundesrepublik war, die den Ostdeutschen (und besonders der DDR-Intelligenz) 1990 jede Unterstützung und jede Garantie gewerkschaftlicher Rechte verweigerte, die westdeutschen Beschäftigten zustanden. Auch beantworten die Autoren nicht die Frage, warum in Frankreich und Italien, den von ihnen gerühmten Beispielen, die dortigen Gewerkschaften die Interessen der Lohnabhängigen in ganz anderer Weise wahrnehmen, als dies in der Bundesrepublik der Fall ist. Liegt eine mögliche Antwort in der Existenz verschiedener autonomer Gewerkschaftsorganisationen, die

1 Helmut Arnold, Gert Schäfer (Hrsg.): »Dann fangen wir von vorne an«. Fragen des kritischen Kommunismus – Theodor Bergmann zum 90. Geburtstag, Hamburg 2007, 206 S. + DVD, (22,80 €).

2 Theodor Bergmann (Hrsg.): »Klassenkampf und Solidarität«. Geschichte der Stuttgarter Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen, Hamburg: VSA, 2007, 386 S. (26,80 €). Zum Autorenkollektiv gehören weiterhin Tom Adler, Ursel Beck, Martin Gansen, Wolfgang Haible und Christa Hourani.

3 Narihiko Ito, Theodor Bergmann, Stefan Hochstadt, Ottokar Luban (Hrsg.): China entdeckt Rosa Luxemburg. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Guangzhou am 21./22. November 2004, Berlin 2007, 158 S. (14,90 €).

4 »Dann fangen wir von vorne an«. DVD, produziert von Thorsten Fuchshuber, Julia Preuschel, Gabriele Reitermann und Danièle Weber. Der Film ist zum Preis von 17 € oder als Beilage zu gleichnamigen Buch erhältlich.

5 Wladislaw Hedeler, Mario Keßler, Gert Schäfer (Hrsg.): Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert. Die Politik der internationalen Arbeiterbewegung von 1900 bis 2000, Hamburg, 1996, mit einer Bibliographie von Bergmanns Büchern und Aufsätzen.

6 Vgl. Theodor Bergmann: Im Jahrhundert der Katakstrophen. Autobiographie eines kritischen Kommunisten, Hamburg 2000.

7 Theodor Bergmann: »Gegen den Strom«. Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition, Hamburg 1987, erweiterte Auflage 2001.

8 Theodor Bergmann: Agrarwirtschaft und Agrarpolitik sozialistischer Länder, Offenbach 1973, 2. Aufl., Saarbrücken 1979. Eine englische Ausgabe erschien 1975, eine japanische Ausgabe 1978.

9 Die im Text in Klammern gesetzten Seitenzahlen beziehen sich auf das jeweils besprochene Buch.

10 Vgl. hierzu Theodor Bergmann, Mario Keßler (Hrsg.): Ketzer im Kommunismus – Alternativen zum Stalinismus, Mainz 1993, 2. und 3. Auflage: Ketzer im Kommunismus. 23 biographische Essays, Hamburg 2000 bzw. 2003.

gewiss auch aus der historischen Lage des jeweiligen Landes erwächst? Die Gewerkschafter in Frankreich und Italien haben nach 1945 keine Einheitsgewerkschaft gebildet, anders als in der Bundesrepublik, und die Autoren diskutieren durchaus nuanciert und kritisch die Umstände der Herausbildung des DGB. Kann man heute die Frage stellen, ob Gewerkschaften, die wirklich die Interessen ihrer Mitglieder offensiv vertreten wollen, noch inner- oder doch auch außerhalb des DGB möglich sind? Geht die Zeit der Einheitsgewerkschaft in der Bundesrepublik perspektivisch gar zu Ende? Sollte dem so sein, dann geschieht dies freilich nicht auf Bestellung, sondern ist Resultat eines längeren Prozesses. Die neu entstandene Linkspartei kann sich gewiss nicht ihre eigene Gewerkschaft »schaffen«. Diese Frage heute zu stellen, heißt jedenfalls nicht, sie bereits zu beantworten.

Theodor Bergmann verband eine aktive politische und gewerkschaftliche Tätigkeit stets mit wissenschaftlichen Debatten über die »Ketzer« im Kommunismus.¹⁰ Hierzu gehört als frühe, herausragende Vertreterin zweifellos Rosa Luxemburg. Seit vielen Jahren arbeitet Bergmann an den periodischen Tagungen der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft mit, die im November 2004 in Guangzhou (Kanton) und damit zum zweiten Mal nach 1994 (Beijing) in China ihre Konferenz abhielt. Mitveranstalter waren das Institut für Weltsozialismus, Beijing, die Landwirtschaftliche Universität und die Pädagogische Universität, beide in Guangzhou, sowie die Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung. Es fällt auf, dass die Sun-Yatsen-Universität, die beste Hochschule in Guangzhou, weder unter den Veranstaltern, noch unter den Beiträgern auftaucht.

Der Titel des Buches, *China entdeckt Rosa Luxemburg*, bezieht sich auf das gestiegene Interesse an der marxistischen Theoretikerin und Politikerin in der Volksrepublik. Als Beleg dafür wird das Erscheinen einer zweibändigen Werkausgabe 1984 und 1990 angegeben. Leider erfährt man nichts über Auflagenhöhe, Verbreitung und Rezeption beider Bände sowie anderer Arbeiten Luxemburgs, soweit diese ins Chinesische übersetzt wurden. Auch eine (übersetzte) Bibliographie der chinesischen Sekundärliteratur zu Luxemburg oder eine Auflistung möglicher Forschungsprojekte über sie fehlen.

Die sechzehn Aufsätze des Bandes können hier nicht sämtlich referiert werden. Hingewiesen sei auf einen insgesamt schlechten und auf zwei weit bessere Beiträge. Pan Lihong und Zhao Yanzhi, Forscherinnen an der Landwirtschaftlichen Universität, unternehmen einen »Vergleich der Auffassungen Rosa Luxemburgs über Demokratie mit denen von Mao Zedong«. Das Ergebnis des Vergleichs lautet: »Im Unterschied zu Rosa Luxemburg legt Mao am Anfang und im Verlaufe der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft großen Wert auf die Erziehung der Massen durch die Partei, also von oben nach unten. Er betont die Bildungsaktivitäten der Regierung, mit der der kulturelle Standard und das demokratische Bewusstsein der Masse schnell erhöht würde. Ohne diese staatliche Maßnahme würde der Demokratisierungsprozess sehr leicht zur ›radikalen Demokratisierung‹ und zum ›extremen Individualismus‹ führen« (S. 77). Die Hinterbliebenen der als »extreme Individualisten« in der Großen Proletarischen Kulturrevolution Umgebrachten dürften solche Sätze mit Genugtuung

lesen, wissen sie doch nun, dass all diese Menschenopfer den Demokratisierungsprozess in China voranzubringen suchten. Dieser Beitrag bildet unter den Wortmeldungen aus China allerdings die krasse Ausnahme.

Der Wiener Wirtschaftshistoriker Fritz Weber fragt nach Entwicklungsperspektiven von Wirtschaft und Gesellschaft der Volksrepublik China und kommt zu dem vorsichtig optimistischen Schluss, wonach die großen Probleme von der regierenden Kommunistischen Partei erkannt worden seien. »Ob die politische Intervention von oben sich gegenüber der Dynamik des Marktes und der autonomen Obstruktion (und weitverbreiteten Korruption) der unteren Behörden durchzusetzen vermag, ist eine durchaus offene Frage. Wir wissen nicht, welche Vorschläge Rosa Luxemburg als sozialistische Realpolitikerin für das heutige China machen würde. Auf jeden Fall wären demokratische Diskussion, das Herstellen von Öffentlichkeit und das Voranschreiten auf dem Weg einer *civil society* mit politischer Gleichstellung aller Bürgerinnen und Bürger einschließlich einer wirtschaftlichen und sozialen Gleichberechtigung unverzichtbare Bestandteile einer ›luxemburgistischen‹ Politik. Ohne sie sind die Widersprüche dynamischer Modernisierung, wie sie China seit Jahrzehnten durchmacht, in einem demokratisch-sozialistischen Sinn nicht lösbar. Die Alternativen wären die Rückkehr zum von der Geschichte ad acta gelegten bankrotten bürokratischen Kommunismus oder die Flucht nach vorn in die Barbarei des ›freien‹ Marktes« (S. 142; Hervorhebung im Text).

Höchst bemerkenswert ist einmal mehr der Aufsatz von Narihiko Ito. Japans führender Luxemburg-Forscher berichtet über die Umstände seiner Entdeckung eines Luxemburg-Manuskriptes, das er 2002 erstmals im *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* veröffentlicht hat und das zu einer Sammlung von sechs Vorlesungsschriften gehört, die Rosa Luxemburg für ihre Lehrveranstaltungen an der SPD-Parteischule verfasste. Dieses Manuskript, das Ito in Moskau entdeckte, behandelt unter dem Titel »Sklaverei« Luxemburgs Überlegungen zur Sklaverei als der ältesten Form der Klassenherrschaft und der ökonomischen Ausbeutung. Im Unterschied zu Engels, aber in indirekter Anknüpfung an Marx (dessen entsprechende Manuskripte sie noch nicht kennen konnte) betonte Rosa Luxemburg laut Ito, dass die Sklaverei nicht nach der Entstehung des Privateigentums eingeführt wurde, »sondern umgekehrt schon davor, als durch den Krieg zwischen den Marken ein Ausbeutungs- und Knechtungsverhältnis entstanden war. Und daraus entstand und entwickelte sich die Klassenherrschaft innerhalb der Mark(-Genossenschaft), die den Kommunismus der Mark von innen her zerstörte« (S. 98).

Theodor Bergmann ist im Band mit zwei Beiträgen vertreten, einmal mit Ausführungen zur KPD-Opposition als legitimer Erbin Luxemburgs, zum anderen mit einem Kommentar zum laufenden Generationswechsel in der chinesischen politischen Führung. Ungleich der Sowjetunion, die an beiden Aufgaben scheiterte, verstand es die chinesische KP-Spitze um Deng Xiaoping, sowohl den wirtschaftlichen Aufschwung zu gewährleisten als auch die politische Kontrolle zu behalten, letzteres durch zum Teil, drakonische Härte. Bergmann ist optimistisch, dass auch die jetzt das Ruder übernehmenden Spitzenfunktionäre beide Aufgaben meistern und überdies das Riesenland

zu einer sozialistischen Demokratie hin entwickeln werden. Dies setzt freilich »Begrenzung und Abbau der sozialen und regionalen Ungleichheit« als politisch-ökonomischerer Entwicklungsstrategie voraus, die sich auf »alle Einkommensschichten, alle Regionen, alle Sektoren« zu beziehen sucht; eine gewaltige Aufgabe, für die es keine Vorbilder gibt und deren Realisierung völlig offen ist (S. 152).

Das von Helmut Arnold, einem Bergmann-Schüler, und Gert Schäfer edierte Buch *Dann fangen wir von vorne an* enthält die Beiträge einer Veranstaltung aus Anlass von Theo Bergmanns 90. Geburtstag sowie die DVD eines gleichnamigen Films über den Jubilar. Die achtzehn Aufsätze (mit einem Vor- und einem Nachwort des Jubilars) gruppieren sich um die Themenkreise »Theorie, Politik, Praxis«, unter anderem mit Überlegungen zu China (Helmut Peters) und den Perspektiven der Arbeiterbewegung (Narihiko Ito), »Politische Biographien«, darunter zu Bucharin und seiner Familie (Wladislaw Hedeler), zu Theo Bergmanns KPDO-Genossen Hans Beck (Alexander Watlin) und zu Sergej Tschachotin (Anette Vogt) sowie »Energiewirtschaft und Agrarfragen«, mit Beiträgen zur Kernenergie (Manfred Groll) oder zur Landwirtschaft in Israel (Anne Valle Zarate).

Annette Vogts Aufsatz über Sergej Tschachotin ist besonders hervorzuheben, nimmt sie doch ein zu Unrecht vergessenes Gelehrten-schicksal in den Blick, das – auf ganz andere Weise als die Vita Theodor Bergmanns und doch mit Gemeinsamkeiten – exemplarisch im 20. Jahrhundert steht. Tschachotin (1883-1973) war Mikrobiologe, Wissenschaftssoziologe sowie ein früher Forscher zu Formen der Massenpropaganda und Massenpsychologie. 1918 emigrierte er als Gegner der Bolschewiki aus Russland, näherte sich der Sowjetunion jedoch später an. Nach einer Professur in Zagreb arbeitete er am Heidelberger Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung und war gleichzeitig wichtigster Denker der sozialdemokratischen »Eisernen Front«, deren Symbol, die drei Pfeile, er zusammen mit seinem Freund Carlo Mierendorff entwarf. Tschachotins Hauptwerk *Dreipfeil gegen Hakenkreuz*, das 1933 erschien, war eine wichtige Analyse der Hitler- Propaganda. Sein Verfasser wurde ins Exil getrieben und gelangte über Dänemark, Frankreich und Italien im Jahre 1958 zurück in seine russische Heimat. Dort wurde er als Biophysiker geehrt, seine soziologischen Studien konnte er jedoch nicht weiterführen, und sein zweites wichtiges Werk *The Rape of the Masses. The Psychology of Totalitarian Propaganda* (London 1939) erschien zwar 1971 als Nachdruck in den USA, blieb aber in der Sowjetunion – schon wegen des Titels – Anathema.

Alexander Watlin nimmt mit Hans Beck den tragischen Lebensweg eines KPDO-Aktivisten in den Blick. Beck (1894-1937) arbeitete als Feinmechaniker in Erfurt und Jena und war in der KPD, unter anderem als Thüringer Landtagsabgeordneter, ab 1929 in der Reichsleitung der KPDO, politisch aktiv. Als »Spezialist« kurz vor Hitlers Machtantritt in die Sowjetunion gelangt, beantragte er nach dem 7. Weltkongress der Komintern 1935 die Wiederaufnahme in die KPD. Die alten Streitfragen seien passé, glaubte er, wie ein Brief an Georgi Dimitrov deutlich macht, den Watlin hier erstmals dokumentiert. Aber die Versöhnung mit innerparteilichen Kritikern Stalins war genau das, was jener nicht wollte: Bereits im März 1936 begann, laut

Vatlin, »die Kaderabteilung der Komintern eine regelrechte Hetzjagd« auf Beck (S. 67). Am 9. August 1936 wurde er verhaftet. Im Verhör bekannte er sich zu seinen politischen Ansichten und wies die Anschuldigung zurück, wonach die KPDO eine konterrevolutionäre Gruppierung sei. Am 25. August 1937 wurde Hans Beck als angeblicher Konterrevolutionär verurteilt und am gleichen Tag hingerichtet. Seine Frau Tatjana kam ins Arbeitslager, ihre Kinder sah sie erst nach vielen Jahren wieder. 1958 wurde dann die Familie, darunter der ermordete Hans Beck, rehabilitiert. Die Überlebenden durften in die DDR ausreisen.

Wie kann man nach alldem mit neunzig Jahren noch Kommunist sein?, fragt Theodor Bergmann im abschließenden Beitrag. Der Kapitalismus habe vor der Lösung der wichtigsten Menschheitsaufgaben im 20. Jahrhundert versagt, so Bergmann. Doch auch die Arbeiterbewegung in ihren beiden Hauptströmungen habe ihre Aufgaben gelöst. »Nur wenn der Marxismus weiterentwickelt wird, können wir Antworten auf viele neuen Fragen finden. Marxismus ist für mich kein Steinbruch, in dem ich mir die passenden Antworten und Zitate bei den Klassikern suchen kann, sondern eine Anleitung zum kritischen kollektiven Nachdenken, zur undogmatischen Analyse, zur Kritik an unseren Irrtümern, zum Verständnis der neuen Entwicklungen und der großen Aufgaben« (S. 201). Reformfähigkeit gehöre zu den Grundeigenschaften von Kommunisten an der Macht.

Die innerkommunistischen Reformbestrebungen, von Lenins Neuer Ökonomischer Politik bis zum »Prager Frühling« 1968, aber wurden sämtlich abgewürgt. Ob ihnen eine Möglichkeit innewohnte, die existierende Gesellschaft auf sozialistisch-kommunistischer Grundlage zu demokratisieren oder ob dieses Scheitern systemimmanent war, darüber wird sicher noch lange gestritten werden.

Insofern aber ist der Titel von Buch und Film – *Dann fangen wir von vorne an*, der sich auf einen Ausspruch von Theodor Bergmann stützt – nicht ganz zutreffend. Denn die Erfahrungen des Scheiterns sind natürlich eine Hypothek für künftige Generationen. Ebenso wichtig bleibt die bittere Frage, warum die Lehre von Marx zur Rechtfertigungslehre des Terrors verkommen konnte, was also in den Grundlagen ganz neu durchdacht werden muss. Niemand wird künftig auf der Suche nach einer freiheitlichen und sozial gerechten Gesellschaft ganz von vorn anfangen können, denn die Begriffe Kommunismus und sogar Sozialismus werden auch für die später Lebenden nicht von den in ihrem Namen begangenen Verbrechen zu trennen sein – ebenso, wie die unter dem Banner von Freiheit und Demokratie begangenen Kriegs- und Kolonialverbrechen vergessen werden. Beim notwendigen – und vielleicht möglichen? – Versuch, Freiheit und Gerechtigkeit zusammen zu bringen, wird aber ganz gewiss jener gedacht werden, die dies unter widrigen Umständen ein Leben lang versuchten. Zu ihnen gehört Theodor Bergmann, der hoffentlich auch an seinem 100. Geburtstag am 7. März 2016 als lebendiges Beispiel für diese Anstrengung stehen wird. Allein sein Erbe und das seiner Mitstreiterinnen und Mitstreiter ist ein politisches und moralisches Gut haben, mit dem ausgerüstet man nicht ganz von vorne, nicht vom Nullpunkt anfangen muss beim Versuch einer Humanisierung der Welt.

CORNELIA HILDEBRANDT

Kindeswohl und Kinderrechte

Nach dem Bekanntwerden tragischer Fälle von Kindesvernachlässigung und -misshandlungen – einige sogar mit Todesfolge – ist einiges in Bewegung geraten. Das beginnt bei der Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der Bevölkerung, der veränderten Arbeitsweise und zunehmender Vernetzung der Arbeit der Jugendämter mit anderen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Ärzten, Gesundheitsdiensten etc. und der weiteren Entwicklung von Diagnoseinstrumenten wie z. B. dem Stuttgarter Kinderschutzbogen zur Früherkennung von Gefährdungssituationen. Dazu gehört auch die vorgezogene Veränderung des Paragraphen 1666 BGB – dem Gesetz zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls und die anstehende große Familienrechtsreform im Jahr 2009.

Dieser Problematik war die Veranstaltung zu Neuerungen im Kindschafts- und Familienrecht am 23. April in Berlin gewidmet. Anliegen war es, Raum für sachliche Diskussionen zu geben und vor allem über das was geschieht, was geplant und politisch diskutiert wird, im besten Sinne des Wortes aufzuklären und dies am Tag vor der Verabschiedung der vorgezogenen Gesetzesänderung. Was wird anders, und entspricht das, was sich da ändert, tatsächlich dem Anspruch das Kindeswohl zu stärken?

Was ist Kindeswohl?

Im ersten Teil der Veranstaltung ging es um Fragen wie: Was versteht man unter Kindeswohl? Was sind die Voraussetzungen zur Durchsetzung von Kindeswohl und Kinderrechten und wie wird es bestimmt? Wer entscheidet, was Kindeswohl im Einzelnen beinhaltet und wo beginnt die Kindeswohlgefährdung und die Verletzung von Kinderrechten? Und: Gibt es eine zunehmende Tendenz von Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung?

Harry Dettenborn vom Institut Gericht und Familie machte es den Zuhörern nicht leicht. Denn er begann damit, dass die Definition von Kindeswohl als interdisziplinärer gebrauchter Begriff so einfach nicht ist. Er ist u. a. gekennzeichnet durch kognitionspsychologische, rechtliche, moralische und wissenschaftstheoretische Aspekte. Er beschreibt Kindeswohl unter familienrechtspsychologischen Aspekt als die günstige Relation zwischen der Bedürfnislage von Kindern oder Jugendlichen und ihren Lebensbedingungen.

Kindeswohl ist ein unbestimmter Rechtsbegriff, eine auslegungsbedürftige Generalklausel, auf die in der Rechtsprechung immer

Cornelia Hildebrandt – Jg. 1962, Diplom Philosophin. Magisterstudium an der Fernuniversität Hagen Soziologie und Politikwissenschaft. Referentin für Parteien und soziale Bewegungen im Bereich Politikanalyse der Rosa Luxemburg Stiftung. Letzte Veröffentlichung: Weil die Schlacht länger sein wird, in: Rainer Rilling (Hrsg.): Eine Frage der Gewalt. Antworten von Links, Dietz-Verlag Berlin 2008.

dann zurückgegriffen wird, wenn sich widerstreitende Interessen nicht auf eine Formel zusammenbringen lassen. Aber allgemein gilt, dass sich der Begriff des Kindeswohls an den Grundbedürfnissen des Kindes orientiert. Das beginnt mit der Befriedigung physiologischer Bedürfnisse wie Essen, körperlicher Befriedigung, ausreichender Hygiene etc., also Bedürfnisse, die das körperliche Wohl betreffen, den Schutz nach Sicherheit, dem Bedürfnis nach Verständnis, nach Bindung, dem Bedürfnis nach seelischer und körperlicher Wertschätzung, körperlicher Unversehrtheit, dem Bedürfnis nach Anregung, Spiel und Leistung, einschließlich der schulischen Förderung, Hausaufgaben, der Vermittlung von Kulturtechniken, dem Bedürfnis nach Selbstverwirklichung und dem Bedürfnis nach Orientierung gegebenenfalls durch Regeln und Verbote.

Nur lässt sich nicht isoliert über Kindeswohl sprechen, ohne dass nicht zugleich andere Fragen damit berührt werden, wie z. B. die Frage nach der Familie, die Frage nach ihrer Autonomie und dem Schutzbedarf des Kindes in der Familie. Das Kindeswohl steht im Spannungsfeld zwischen Elternrecht und staatlichem Wächteramt. Ab wann aber ist staatliches Handeln gefragt und erlaubt? Da es im rechtlichen Regelwerk keine Bestimmung des Kindeswohls gibt und es auch im Grundgesetz nicht benannt wird, bleiben die Grenzen zumindest juristisch unklar. Manche meinen deshalb, es handle sich bei diesem Begriff – trotz seines Gehaltes als Orientierungs- und Entscheidungsmaßstab für familiengerichtliches bzw. kindschaftsrechtliches Handeln – um eine Leerformel oder Mogelpackung, die in unterschiedlichen Gebrauchskontexten vorkommt. Klar ist, wird das Kindeswohl gefährdet, steht Intervention und Schutz des Kindes vor Autonomie der Familie.

Welchen Platz hat dabei der Kindeswille?

In der familienrechtlichen Praxis (z. B. in Fällen des Sorge- und des Umgangsrechts) gilt der Kindeswille als ein Kriterium für die Entscheidungsfindung. Dem Entwicklungsstand des Kindes angemessen soll der Kindeswille berücksichtigt werden. Im Freiwilligengerichtsbareitsgesetz (FGG) ist die Anhörung des Kindes als verfahrensrechtliche Pflicht enthalten (§ 50 b FGG). Und schließlich hat der nach § 50 FGG vom Gericht bestellte Verfahrenspfleger die Aufgabe in Ergänzung oder an Stelle des Personensorgeberechtigten die Kindesinteressen in das Verfahren einzubringen. Dieser Ansatz berücksichtigt zum einen den Anspruch auf Selbstbestimmung als Voraussetzung für Persönlichkeitsentwicklung und zum anderen den Entwicklungsstand des Kindes und seine Fähigkeit zur Selbstbestimmung. Wie aber lässt sich nun Kindeswille definieren?

Harry Dettenborn schlug folgende Definition vor: »Als Kindeswille wird die altersgemäß stabile und autonome Ausrichtung des Kindes auf erstrebte, persönlich bedeutsame Zielzustände verstanden.«

Dieser Ansatz findet auch seinen Niederschlag in seiner eigenen Tätigkeit als Gutachter. Die vom Institut Gericht und Familie herausgearbeiteten Kriterien zur Erarbeitung von familienrechtlichen Gutachten enthalten zur Fragestellung des Herausarbeitens des Kindeswohls folgende Aspekte, die zu beachten sind:

1. Bei welcher Person bzw. bei welchen Personen haben die Kinder voraussichtlich die besseren Entwicklungsbedingungen?

2. Bei wem ist das Kindesinteresse unter besonderer Berücksichtigung der Bindungen und einer kontinuierlichen Entwicklung am besten gewährleistet?

3. Zu wem haben die Kinder tragfähige Beziehungen und wie stellt sich die Qualität der Bindungen dar?

4. Wie stellt sich die Einvernehmlichkeit, Kooperationsbereitschaft, Kooperationsfähigkeit und Bindungstoleranz der betreffenden Personen dar?

5. Welches Arrangement der betreffenden Personen bzw. welche Regelung berücksichtigt die Beziehungen der Geschwister untereinander am besten?

6. Welchen Willen können die Kinder verbal bzw. durch Gestik, Mimik oder sonstiges Verhalten äußern und welches Arrangement bzw. welche Regelung entspricht am besten den Wünschen und Neigungen der Kinder?

Dabei sollte der verbal oder sonst geäußerte Wille des Kindes nach Möglichkeit eine Zielorientiertheit, Intensität, Stabilität (zeitliche Dauer) und Autonomie aufweisen. Daneben sollte nach Möglichkeit auch geklärt werden, ob sich der Kindeswille als selbst gefährdend oder induziert darstellt.

Im Vergleich des oben Beschriebenen mit den gesetzlichen Veränderungen ergibt sich ein differenziertes Bild. Zweifellos ist das Beschleunigungsgebot für das familiengerichtliche Verfahren und insbesondere die Veränderung des § 1666 BGB zur schnelleren Herausnahme des Kindes in Gefährdungssituationen, ohne die Frage der Verursachung klären zu müssen, sinnvoll. Dennoch warnt er vor einer Beschleunigung, die auf Kosten der Qualität der Entscheidungsfindung geht. Und nicht jedes Verfahren ist zur Beschleunigung geeignet. Manche Fälle brauchen Zeit, auch um Entscheidungen im Interesse des Kindes zu finden; manche Prozesse müssen über einen längeren Zeitraum betrachtet werden, ehe z. B. endgültige Entscheidungen getroffen werden können. Unkontrollierte Beschleunigung kann also auch Risiken bergen. Ebenso ist das in der großen Familienrechtsreform gewollte Hinwirken auf einvernehmliche Lösungen ein grundsätzlich richtiger Ansatz, einschließlich des Zusammenwirkens der unterschiedlichen Beteiligten. Aber nicht jede einvernehmliche Lösung muss dem Kindeswohl entsprechen. Eine andere Frage ist, ob in hochstrittigen Verfahren Einvernehmen überhaupt möglich ist und ob die im beschleunigten Verfahren erreichte Einigung langfristig auch tragfähig ist.

Netzwerk Kinderschutz

Jeder Begriff ist selbstverständlich auch außerhalb des Rechts Norm setzend und beschreibt die Erwartungen der Gesellschaft, ihre Selbstbindung und Zielsetzung. Aber wie sieht es konkret aus? Dieser Frage stellte sich Lotte Knoller vom Kinderschutzzentrum Neukölln. Wir befragten sie danach:

- Wie sieht es mit der Durchsetzung des Kindeswohls aus ihrer Sicht aus? Reichen für heutige Herausforderungen die gesetzlichen Grundlagen oder sind andere Maßnahmen zur Durchsetzung des

Kindeswohls erforderlich? Und ist der Fokus der anstehenden Familienrechtsreform richtig gesetzt?

- Was lässt sich schon heute ändern und durch wen? Welche Forderungen müssen an die Politik oder auch an andere gesellschaftliche Akteure in Bezug auf die anstehende Reform des Kindschafts- und Familienrechts gerichtet werden?

Zunächst wies Lotte Knoller darauf hin, dass eigentlich die bisherigen Gesetze, vor allem nach In-Kraft-Treten des § 8a SGB VIII – der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung – ausreichend sind. Danach hat das Jugendamt die Aufgabe, nach Bekanntwerden einer Kindeswohlgefährdung das Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte abzuschätzen und gegebenenfalls Hilfen anzubieten. Dazu ist es erforderlich, dass Fachkräfte von freien Trägern, Einrichtungen und Diensten den Schutzauftrag nach Absatz 1 in entsprechender Weise wahrnehmen und gegebenenfalls auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken, wenn sie diese für erforderlich halten. Sollten diese nicht ausreichend sein, ist dies dem Jugendamt mitzuteilen. Hält das Jugendamt das Tätigwerden des Familiengerichts für erforderlich, so hat es das Gericht anzurufen. Besteht jedoch die Notwendigkeit schnellstmöglichen Handelns, so ist das Jugendamt verpflichtet, das Kind oder den Jugendlichen in Obhut zu nehmen, gegebenenfalls mit Unterstützung anderer Leistungsträger, Einrichtungen der Gesundheitshilfe oder der Polizei.

Wichtig aber ist vor allem aus Ihrer Sicht, dass frühzeitig auf die Eltern zugegangen wird, und nicht erst wenn das Kind schon längst in den Brunnen gefallen ist. Deshalb ist die im § 8 a SGB VIII enthaltene frühzeitig anzubietende Hilfe so wichtig. Gefährdung resultiert eben nicht daraus, dass Eltern unwillig sind, sondern oft aus unterschiedlich gelagerten Überforderungssituationen, bei denen Hilfeangebote der Jugendämter Abhilfe schaffen können, ohne die Kinder aus der Familie herausnehmen zu müssen.

Ein Problem sieht Knoller bei der Frage der Risikoeinschätzung. Wer kann diese übernehmen und damit zugleich die Frage nach den erforderlichen Hilfen beantworten. Hilfestellungen können von unterschiedlichen Einrichtungen, Diensten und Trägern angeboten werden. Nur zu oft gibt es zwischen diesen keine Kooperation. Notwendig ist deshalb die Kooperation aller Beteiligten zusammen mit dem Jugendamt und untereinander. Viele Familien ziehen z. B. um, wenn ihnen das Jugendamt zu nahe kommt, um in die Zuständigkeit eines anderen Jugendamtes zu kommen.

Oft verschärfen sich bestehende Probleme aufgrund mangelnder Verständigung aller Beteiligten. Neben den Jugendämtern und freien Trägern kümmern sich auch Gesundheits- und Sozialämter, Kindergärten, Schulen, Ärzte, Krankenhäuser, Krankenkassen und Therapeuten um das Wohl des Kindes. Oftmals aber – zum Teil auch bedingt durch datenschutzrechtliche Regelungen – nur jeder für sich. Es ist zu einem Großteil deshalb eher ein Kooperations- und Qualifikationsproblem, erst dann ein Finanzproblem.

Aus diesem Grund hat sich in Berlin in letzten zwei Jahren ein Netzwerk Kinderschutz entwickelt, in dem Ärzte, Gesundheitsdienste, Jugendämter u. a. zusammenarbeiten, um frühzeitig bei möglichen Gefährdungen Hilfe anbieten zu können. Entwickelt

wurde ein Neugeborenen-Screening, d. h. alle Neugeborenen bekommen eine Nummer, die überall nachgesucht werden kann. Erfolgt z. B. kein Arztbesuch kann nachgeforscht werden. Diese Maßnahme ist gut, nur sie reicht nicht aus, so wie Kontrolle wichtig und richtig ist, aber auch nicht ausreicht, um rechtzeitig unterstützende Hilfen anbieten zu können. Das ist natürlich eine Kostenfrage, aber zugleich auch eine Frage der gesetzlichen Grundlagen. Es ist ein Problem, wenn Datenschutz vor Kinderschutz geht, bzw. dieser erst dann aufgehoben wird, wenn es zu Misshandlung oder Vernachlässigung gekommen ist. Nur Kontrolle allein reicht nicht! Hilfen müssen vorher beginnen. Es wurde deshalb in Berlin ein Netzwerk für Familienhilfen gebildet, dass diese frühzeitig anbieten soll. Dazu ist es wichtig, Risiko-Familien zu erkennen. Nach bisherigen Erfahrungen sind das vor allem Alleinerziehende, Familien, in denen es Misshandlungen gab, junge Familien, auch junge Erwachsene, Familien in denen es zur Gewalt in der Partnerschaft kam und auch Familien mit psychisch kranken Eltern.

Wichtig ist es vor allem, Ärzte einzubinden und dies nicht nur als Kontrollinstanz, sondern um mögliche Probleme schon vor der Geburt eines Kindes besprechen zu können, z. B. mit dem betreuenden Gynäkologen. Bei der Geburt selbst läuft vieles fließbandartig ab, da haben die Hebammen keine Zeit für Gespräche. Zu klären ist, welche Hilfen werden wann gebraucht. Wenn die Hebamme noch für zwei bis drei Monate Mutter und Kind betreut, steht oft die Frage, wie es danach weitergeht. Schafft es die Mutter bzw. schaffen es die Eltern allein oder wird weitere Hilfe gebraucht vom Jugendamt, vom Gesundheitsamt etc.

Inzwischen wurden in der BRD von der Familienministerin Ursula van der Leyen Modellprojekte gestartet – nationale Zentren für Kinderschutz. Dies ist ein Anfang, aber Modelle sind oft beschränkt und nur für einen kurzen Zeitraum angelegt. Oft sind aber die Kinder gerade dann gefährdet, wenn die Hilfen abgesetzt werden, wenn die Familien allein dastehen und wenn diese auch noch isolierte Familien sind, ohne soziales Netz und ohne finanzielle Ressourcen.

Es reichen aber nicht Maßnahmen, die nur punktuell greifen, also kurze Maßnahmen und sonst nur Auflagen und Kontrollen. Darauf hat jetzt der Gesetzgeber reagiert. Das wird vor allem in der Begründung zur veränderten Gesetzgebung deutlich. Bisher wurde der Familienrichter erst hinzugezogen, wenn nichts mehr ging, wenn z. B. die Kommunikation zwischen Jugendamt, Einrichtungen, sonstigen Diensten und Familie nicht klappte.

Die Familienrechtsreform kann nun dazu beitragen, dass Familienrichte früher angerufen werden können und mit dem Druck richterlicher Instanz ein größerer Druck auf Eltern ausgeübt wird, Hilfen anzunehmen. Aufgabe der Familienrichter ist es, zunächst ein Gespräch zu führen um dabei nach Möglichkeiten der Familienhilfe abzuklären. Frau Knoller fürchtet jedoch, dass das Projekt nach scheitern könnte, das Richter in der Regel keine Psychologen sind. Hier bestünde aus ihrer Sicht zunächst Weiterbildungsbedarf.

Doch eigentlich muss dies kein unüberwindbares Problem bleiben: Zum einen gibt es bereits Richterakademien zur Weiterbildung

der Richterschaft. Darüber hinaus wäre zu überlegen, ob nicht bereits während des Studiums die spezifische Ausbildung zum Familienrichter angelegt werden könnte.

*

In der Diskussion wurde zunächst noch einmal der Wille des Kindes – auch als möglicher, sich selbst gefährdender Wille diskutiert. Hat ein Kind die Freiheit, sich selbst zu zerstören? Auf dem Podium war man sich einig. Kinder, die die Folgen ihres Willens oder ihres Handelns nicht überblicken können, besitzen keine Freiheit zum Handeln. Deshalb ist es richtig, dass ein Kind, das am Fensterrahmen eines Hauses klettert, festgehalten wird. Auch das Problem der Autonomie des Kindeswillens wurde noch einmal auf seine Kriterien und deren Überprüfbarkeit hin diskutiert. So wird beim betreuten Umgang eine Einschätzung dieses Umgangs nach Kriterien beurteilt, die für eine teilnehmende Verhaltensbeobachtung angemessen sind. Dazu gehören die Interaktionsbeobachtungen zwischen Kind und Elternteil, ihr Verhalten, ihre Emotionalität, die Untersuchung der Beziehungen zwischen den Personen, etwa Körperkontakt zwischen Kind und Elternteil, Lob, Tadel, Lenkung, Stimulierung, Aktivität und Spontaneität des Kindes sowie Bekräftigungsverhalten des Elternteils, Umgangsformen oder die Art der Kommunikation und das Eingehen auf das Kind.

Reform des Familienrechts

Das Wichtigste an der Familienrechtsreform ist, dass etliche Gesetze und Vorschriften des Familienrechts endlich in eine eigenständige Verfahrensordnung zusammengeführt werden. Also keine Zersplitterung mehr der gesetzlichen Grundlagen in Zivilprozessordnung (ZPO) und Freiwilligengerichtsbarkeitsgesetz (FGG). Mit dem »Großen Familiengericht« wird eine einheitliche und maßgeschneiderte Verfahrensordnung geschaffen, ohne Rechtswegzersplitterung.

Die inzwischen vorab durchgesetzten Gesetzesänderungen, wie die Neuregelung des Versorgungsausgleichs, die Zugewinnreform, das Unterhaltsänderungsgesetz und die Änderung der Zwangsmaßnahmen – Ordnungsgeld statt Zwangsgelder –, Fristsetzung der Arbeit der Sachverständigen etc. weisen die Richtung der kommenden großen Reform auf.

Was ist nun Gegenstand der vorgezogenen Veränderungen des § 1666 BGB – dem Gesetz zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls?

Was heißt hier Erleichterung und mit welchen Konsequenzen ist dies verbunden? Was bedeutet das Vorrang- und Beschleunigungsgebot des Paragraphen 50 e FFG? Und wie stehen diese Änderungen im Zusammenhang mit der Großen Familienrechtsreform 2009? Was hindert die Politik, die Verabschiedung bereits in diesem Jahr vorzunehmen – wo gibt es offensichtlich noch Gesprächsbedarf?

Dazu sprach Jörn Wunderlich, MdB, familienpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Mitglied des Kinderkommission des Deutschen Bundestags.

Die vorgezogenen Maßnahmen zur Änderung des Familienrechts betreffen die §§ 1666 BGB und 1666 a (Maßnahmen der Heraus-

nahme). Einer der maßgeblichen Gründe für diese vorgezogenen Veränderungen sind die Diskussionen um die jüngsten tragischen Ereignisse von Kindesvernachlässigungen und Misshandlungen mit Todesfolgen.

Was aber wird sich materiell rechtlich ändern? Jörn Wunderlich meint hierzu – und da sei sich der gesamte Rechtsausschuss des Bundestages einig –, es ändert sich materiell rechtlich nichts. Die Herausnahme des Elternverschuldens wurde zwar geregelt, aber in der Praxis wurde bereits unabhängig vom Elternverschulden entschieden, zumal bei Kindeswohlgefährdung der Grund des Verschuldens zunächst nachrangig ist. Bei Kindeswohlgefährdung muss das Jugendamt und Familiengericht sofort reagieren.

Ein Vorteil liegt aus seiner Sicht in der angestrebten Beschleunigung, die er zugleich auch als Problem sieht. Wichtig ist für ihn, dass bei dem vorgesehenen ersten Gespräch, das innerhalb von vier Wochen nach Bekanntwerden einer Kindeswohlgefährdung durchgeführt werden soll, ein gemeinsamer Termin mit den Sorgeberechtigten nicht mehr zwingend ist.

Die Veränderung des Gesetzes bedeutet jedoch mehr Arbeit vor allem für die Familiengerichte und ebenso für die Jugendämter. Und gerade darin sieht er das Grundübel – die personelle Ausstattung der übrigen Ämter, die nach SGB VIII (KJHG) aktiv werden müssen. Um an dieser Stelle etwas zu ändern fehlt der politische Wille. Die Anträge von Grünen und FDP, auf Veränderungen in den Ländern hinzuwirken, damit diese aktiv werden, sind mit Verweis auf die »Ländersache« abgelehnt worden.

Was die weiteren Veränderungen des Familienrechts betrifft, so sind vor allem die Änderungen der § 50 e FGG und § 50 f FGG wichtig: § 50 e FGG enthält das Beschleunigungsgebot, d. h. innerhalb eines Monats muss ein Anhörungstermin anberaumt werden, nur in Ausnahmefällen ist davon abzusehen. § 50 f FGG regelt die persönliche Teilnahme des Jugendamtes an dieser Anhörung. Ob diese vom Grundsatz sicher richtigen Ansätze jedoch für jedes Verfahren geeignet sind, ist eher offen. Es bleibt den Gerichten wenig Spielraum für abweichende Verfahrensgestaltungen, denn nur in Ausnahmefällen darf von der zeitlichen Vorgabe abgewichen werden, z. B. bei der Regelung des Umgangs, die gegebenenfalls gerade nicht eilbedürftig entschieden werden sollten.

Das gilt in anderer Weise für das persönliche Erscheinen der Eltern und der Jugendämter zum Anhörungstermin. Wichtig ist hierbei, dass der überarbeitete Gesetzentwurf auf einen gemeinsamen Anhörungstermin orientiert, aber getrennte Anhörung der Elternteile ermöglicht. Für die Jugendämter bedeutet dies zum einen die Möglichkeit, frühzeitig mit dem Familiengericht nach den im konkreten Fall geeigneten und vor allem verbindlichen Maßnahmen zu suchen, zum anderen zusätzliche Arbeitsbelastung der Jugendämter, die bereits jetzt vielfach an der Grenze der Belastungsfähigkeit arbeiten, obwohl nun für die Jugendämter die schriftliche Berichterstattung wegfällt. Damit zielt die Reform auf die Erarbeitung von Hilfsmöglichkeiten im direkten Kontakt mit den Beteiligten. Oft haben die Jugendämter gerade bei Problem- und Risikofamilien einen längeren Vorlauf und kennen die jeweilige Problemsituation. Dies gilt

jedoch nicht in Trennungs- und Scheidungsverfahren. Wichtig ist der frühest mögliche direkte Kontakt zwischen Familienrichter und Jugendamt auch deshalb, weil oft den Richtern die Vielfalt der Hilfen der Erziehung nicht bekannt ist, ebenso die filigrane Landschaft der Einrichtungen, Dienste und Träger.

Es geht also nicht nur um Beschleunigung des Verfahrens, sondern um bessere Vernetzung der Beteiligten: Eltern, Kind, Richter, Sozialarbeiter, Sachverständige, Beratungsstellen, Rechtsanwälte. Sollte der erste Termin nicht erfolgreich sein, erfolgt die Bestellung des Verfahrenspflegers (Verfahrensbeistands).

Familiengerichte als »Damoklesschwert«?

Aus der Sicht von Harald Vogel, Aufsichtsführender Richter am Familiengericht Tempelhof/Kreuzberg (Berlin), bedeutet die Veränderung des § 1666 BGB erstens die Konkretisierung dessen, was bereits jetzt gemacht werden kann. Wenn das Kindeswohl gefährdet ist, ist die Frage des Verschuldens nachrangig, dann muss gehandelt werden, auch wenn die Verursacher-Frage noch ungeklärt ist. Zweitens stehen die Familiengerichte bereits jetzt schon in der Pflicht, die Verhältnismäßigkeit zu prüfen. Insofern sind die entsprechenden Änderungen eher eine Klarstellung.

Aus seiner Sicht ist die Veränderung der Aufgaben der Richter sicher mit einer Chance des frühzeitigen Eingreifens in problematische Entwicklungen verbunden, zum anderen wird die Autorität der Familiengerichte als »Damoklesschwert« schon frühzeitig in die Waagschale geworfen, deren letzte Möglichkeit als härteste Maßnahme die Herausnahme des Kindes bleibt. Damit aber wird die Kontrollaufgabe des Jugendamtes auf das Gericht verlagert. Entspricht dieser Ansatz dann noch dem der Gewaltenteilung? Dies wäre zu überdenken, auch vor dem Hintergrund, dass mit dem Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung nach § 8 a Abs. 3 SGB VIII das Jugendamt aufgefördert wird, wenn erforderlich, das Gericht anzurufen. Dies gilt auch, wenn Personensorgeberechtigte nicht bereit oder in der Lage sind, bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos mitzuwirken; auch dann besteht die Möglichkeit zur Anrufung des Gerichts.

Zum Cochemer Modell: Auch Harald Vogel äußerte sich – wie alle Referenten – kritisch zum dogmatischen Ansatz dieses Modells, dessen Verallgemeinerungsanspruch zumindest hinterfragt werden sollte. Das betrifft den Zwang zur einvernehmlichen Lösung und die darin enthaltene Forderung der Beschleunigung, so dass es im nun vorliegenden Gesetzentwurf dazu heißt, dass spätestens nach einem Monat des Bekanntwerdens der Kindeswohlgefährdung ein Termin im Familiengericht anzuberaumen ist. Was aber nutzt dieser, wenn nichts aufbereitet wird, schriftliche Berichte – zumindest vom Jugendamt – nicht vorliegen. Die Konsequenz ist ein zweiter Termin.

Ebenso problematisch ist auch die Verpflichtung, die gerichtlich angeordneten Maßnahmen nach circa drei Monaten einmalig zu prüfen, das greift zu kurz. Hier müssen die Spielräume erweitert werden, so dass eine Prüfung auch nach fünf Monaten möglich ist.

In jedem Fall sind die geplanten Gesetzesänderungen mit zusätzlicher Arbeit für die Familienrichter verbunden. Und diese sollte sichtbar sein. Sie wird es aus Sicht von Harald Vogel nicht, wenn es

sich um die Fortsetzung des alten Verfahrens handelt – danach ist es statistisch keine Mehrarbeit. D. h. die Prüfung der eingeleiteten Maßnahmen sollte als ein neues Verfahren betrachtet werden. Offen also ist, wie die Kontinuität des Verfahrens und die Mehrarbeit der Beteiligten gleichermaßen berücksichtigt werden kann. Um die Größenordnung einmal zu skizzieren – 15 000 Fälle hat das Amtsgericht Kreuzberg Tempelhof jährlich – um diese Größenordnung geht es. Wer soll die zusätzliche Arbeit leisten? Wer soll und kann das finanzieren angesichts des 60 Milliarden € Schuldenberges in Berlin? Die Justizsenatorin Frau von der Aue sieht zwar das Problem – eine Lösung jedoch steht aus.

Kinderrechte – Geschichte und Perspektiven

Rainer Balloff, Rechtspsychologe an der Freien Universität Berlin, beschrieb in seinem Beitrag den Stand der Diskussion um die Entwicklung, Festigung und gesetzliche Festlegung von Kinderrechten, er formulierte hierzu 13 Thesen und warf dabei einen Blick in die gar nicht all zu lang zurückliegende Geschichte. Der Geist des Bürgerlichen Gesetzbuches des 19. Jahrhunderts legte dem »männlichen elterlichen Gewaltinhaber« die Pflicht und das Recht auf, für die minderjährige Person zu sorgen, es zu vertreten und sein Vermögen zu verwalten. Auch heute noch kommen Kinder im Text der Verfassung nur als diejenigen vor, auf die sich die Rechte ihrer Eltern beziehen: das Recht zur Pflege und Erziehung des Kindes nach Art. 6 Abs. 2 GG sowie das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen. Interessanter Weise wird nur den nichtehelichen Kindern ein eigenständiges Recht eingeräumt, ihnen die gleichen Entwicklungsbedingungen wie ehelichen Kindern zu schaffen. Erst 1968 entschied das Bundesverfassungsgericht in der damaligen BRD erstmals, dass das Kind ein Wesen mit eigener Menschenwürde und eigenem Recht auf Entfaltung seiner Persönlichkeit ist, also Grundrechtsträger ist und Anspruch auf Schutz des Staates hat.

Bisher blieben alle Versuche erfolglos, dem Kind ein Verfassungsrecht auf Wahrung und Entfaltung seiner Grundrechte sowie auf Entwicklung zu einer selbstbestimmungs- und verantwortungsfähigen Persönlichkeit zuzubilligen, d. h. also den Art. 6 GG zu reformieren und in diesem Sinne zu ergänzen.

Die Eltern haben das Recht und die Pflicht, ihre Kinder zu erziehen. Kommen sie dieser Pflicht nicht nach, wacht das staatliche Wächteramt über den Schutzanspruch des Kindes gegenüber den Eltern und dem Staat auf ungefährdete Entwicklung. Allerdings haben Kinder erst seit dem 3. November 2000 – nach dreißigjähriger Diskussion – das verbrieft Recht auf eine gewaltfreie Erziehung hat (§ 1631 Abs. 2 BGB). Das Wächteramt zielt zunächst darauf, den Sorgeberechtigten Maßnahmen anzubieten, die zur Abwendung der Kindeswohlgefährdung beitragen, ohne dass das Kind aus der Familie herausgenommen werden muss. Dies wurde durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bestätigt. Danach darf der Staat zur Wahrung der elterlichen Rechte ein Kind von seinen Eltern nicht schon dann trennen, wenn die Eltern nicht hinreichend in der Lage sind, die Fähigkeiten des Kindes optimal zu fördern. Zunächst

hat die Jugendhilfe vielmehr nach § 8a SGB VIII den Auftrag, von sich aus tätig zu werden und gegebenenfalls auch Maßnahmen zu ergreifen, also auch das Familiengericht anzurufen, wenn es gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls des Kindes gibt.

Aber dazu müssen die Jugendämter und Familiengerichte über die notwendigen personellen, qualitativen und finanziellen Ressourcen verfügen. D. h. die Jugendämter und Familiengerichte müssen personell mit hinreichender und am besten interdisziplinärer Qualifikation ausgestattet werden, damit sie ihren Aufgaben, zunächst ambulante Hilfen in der Familie durchzuführen, gerecht werden können und die Umsetzung des umfangreichen Maßnahmenkatalogs in der Neufassung des § 1666 BGB überhaupt möglich ist. Ebenso müssen entsprechende Voraussetzungen für die Gespräche der Beteiligten im Familiengericht geschaffen werden, wenn diese dem Ziel dienen sollen, Kinder bei Gefährdungen besser zu schützen und zugleich die Elternrechte zu wahren. Nur dann – also bei erheblicher Aufstockung der Jugend- und Familienhilfemittel, flankierend zur Reform des Familienrechts (FamG-R), die Mitte 2009 in Kraft treten soll – lässt sich das Gebot der Beschleunigung durchsetzen, innerhalb eines Monats einen Termin festzulegen und mit Eltern, Kind und Jugendamt wahrzunehmen.

Inhaltlich bleibt das Problem bestehen, wie festgestellt werden soll, wann, wie und wo Kinder in ihrem Wohl gefährdet sind. Hier kann nur ein enges Netzwerk von Ärzten, Psychologen, Jugendhilfe, Erziehern in der Kita und Lehrern einen effektiven präventiven Schutz anbieten, um gemeinsam mit den Eltern eine Gefährdung des Kindeswohls nach Möglichkeit nicht eintreten zu lassen. Dazu gehört auch die gemeinsame Entwicklung von Diagnoseinstrumenten wie z. B. der Stuttgarter Kinderschutzbogen zur Früherkennung von Gefährdungssituationen. Hierzu gehört ebenso eine Kindergrundsicherung, die es ermöglicht, dass Kinder unabhängig von der Arbeitssituation ihrer Eltern finanziell abgesichert sind. Da der Regelsatz in der Sozialhilfe für Kinder bislang ein fester Prozentsatz des Erwachsenenregelsatzes ist, deckt dieser den Bedarf von Kindern in Bezug auf die Schule, Ernährung und Gesundheit nicht ausreichend ab.

*

In der abschließenden Diskussion wurde nochmals die Frage gestellt, wie bei einer Einigung beim ersten Gerichtstermin sichergestellt werden kann, dass der Wille des Kindes berücksichtigt wird. Schon deshalb erweist sich die Anhörung des Kindes als wichtig, zumal keine ausführlichen Berichte des Jugendamtes mehr zur Verfügung stehen werden.

Jeder Schritt zur Stärkung von Kindeswohl und Kinderrechte wird gebraucht. Wichtig ist dabei jedoch auch, die Folgehaftigkeit eines jeden Schrittes zu bedenken und zu diskutieren. Denn was nutzen gesetzliche Maßnahmen, wenn die Ressourcen zu ihrer Durchsetzung nicht gleichermaßen angeboten werden. Das spricht nicht gegen die Reform des Familienrechts, sondern dafür, flankierend zu dieser Reform, die Schaffung der entsprechenden Voraussetzungen einzufordern. Diese Forderungen müssen viel mehr mit zivilgesellschaftlichem Druck, Druck von staatlichen Institutionen, freien Trä-

gern und sozialen Diensten bis hin zu den Jugendämtern selbst erhoben und von den politischen Parteien aufgegriffen werden. Und hierzu sind natürlich auch die Überlegungen der Linken gefragt.

Literatur

- Harry Dettenborn: Kindeswohl und Kindeswille. Psychologische und rechtliche Aspekte. 2. Auflage, München 2007.
- Siegfried Willutzki (2006): Die FGG-Reform – Chance für ein stärker kindorientiertes Verfahren, in: Zeitschrift Kindschaftsrecht und Jugendhilfe Nr. 5, S. 224-229, o. O. 2006.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Ich weiß nicht, ob ich mich über die Finanzkrise wundern soll. Aber das würde ohnehin niemanden interessieren. Aber da ich mich so gerne wundere, wundere ich mich eben über die Experten, die mir nun seit Wochen in Willschen Plapperrunden, Illnerschen Scheindebatten oder Maischbergerschen Menschelpartys vorgeführt werden. Assiiert von pseudokritischem Fragegetue, dem man meist die strikte Regie eines »Leitenden Redakteurs« anmerkt, schwadronieren die Fachleute in derartigen Zusammenkünften ohne Scheu und ohne erkennbare Betroffenheit (vom Scham gar nicht erst zu reden) wie eh und je munter drauflos. Und sie haben – wie immer – recht, selbst dann, wenn sie einräumen müssen, sich geirrt zu haben. Sie reklamieren für sich unverblümt sozusagen ein Naturrecht auf Irrtum, selbst dann, wenn der Irrtum Milliarden kostet. Und so, wie sie gelassen zu ihren Irrtümern (besser wohl: Fehlern) stehen, so gelassen sind sie – man traut ja seinen Augen und Ohren nicht – auf einmal ohne rot zu werden Anhänger staatlicher Interventionspolitik: der gute Staat, auf einmal. »Sozialismus für Reiche« – das gab es bislang in noch keinem Parteilehrjahr!

Kommen wir zu Erfreulichem. In der Zeitung las sich das folgendermaßen: »Da schluckte selbst Moderator Thomas Gottschalk: Literaturkritiker Reich-Ranicki nahm bei der Verleihung des Deutschen Fernsehpreises den Ehrenpreis für sein Lebenswerk einfach nicht an. Er hat bei der Verleihung des Deutschen Fernsehpreises die Anwesenden brüskiert und für einen Eklat gesorgt. Er sagte, er könne den Preis nicht annehmen. Die Sendungen, die an diesem Abend ausgezeichnet wurden, seien »Blödsinn«. Damit habe er nichts zu tun, sagte Reich-Ranicki am Samstagabend in Köln. Er räumte ein, er hätte dies vielleicht früher ankündigen müssen, aber er habe nicht gewußt, was ihn hier erwarte.

Moderator Thomas Gottschalk, der auch die Laudatio auf den Träger des Ehrenpreises gehalten hatte, wirkte zunächst überrascht, faßte sich aber schnell und machte einen Vorschlag zur Güte: Er werde gemeinsam mit Reich-Ranicki eine TV-Sendung bestreiten, in der sie über all die Themen reden könnten, die im deutschen Fernsehen zu kurz kämen: Bildung, Literatur und ähnliches.«

Hier haben wir einen der – leider zu seltenen – Fälle, wo ein Gag quasi noch mit einem Übergag geadelt wird. Der Haupt-Gag: natürlich das »ungebührliche« Verhalten des alten Reich-Ranicki, der frei nach dem Motto Shaws (das übrigens auch sehr gern von Scholl-Latour in Anspruch genommen wird) »Hütet euch vor alten Männern, denn sie haben nicht zu verlieren« den oben geschilderten Eklat herbeiführte.

Dabei ist es ziemlich unerheblich, ob es sich dabei um eine bewußte Inszenierung handelte oder ob MRR tatsächlich nicht gewußt hat, wie es gemeinhin im deutschen Fernsehen zugeht und was er demzufolge von vornherein auf dieser Preisverleihungsgala zu erwarten gehabt hatte.

Der Über-Gag: Daß sich ausgerechnet einer der Hauptprotagonisten deutschen Verdummungsfernsehens flinkst dem Kritiker anzudienen verstand und dieser diese Andienerei huldvoll akzeptierte. Was wiederum den Schluß zulassen könnte, daß Reich-Ranicki tatsächlich ahnungslos auf seiner Insel der Seligen – *Arte* und *3sat* – sitzt und nichts weiß vom schnöden Fernsehalltag in Dudeldeutschland.

Auch anderswo machten »Alte« von sich reden – in der Ost-Abteilung der Neupartei DIE LINKE. Da gab es im Berichtszeitraum eine Art Memorandum des »Ältestenrates« (teilabgedruckt im *ND*) zur DDR-Geschichte und danach zum gleichen Thema eine – Debatte simulierende – Artikelpaarung mit den Autoren Hans Modrow und Thomas Krüger. Hier ist nicht der Platz, die drei »Dokumente« zu referieren, doch interessanter war mir, was nach diesen Veröffentlichungen (und den anschließend veröffentlichten Leserstimmen) nicht in dieser Zeitung auffindbar war: Diskussionsbeiträge respektive Leserstimmen aus dem Vorstand bzw. aus seinem näheren Umfeld, nichts, Schweigen im Walde. Dabei hätte meines Erachtens insbesondere der halbherzige Umgang mit den Verbrechen, die beispielsweise im Dokument des Ältestenrates vorwiegend mit solchen Begriffen wie »Deformation« und ähnlichen verschwiegelt werden, eines klaren Wortes aus anderen Sektoren der Partei DIE LINKE vertragen. Von den – insbesondere auf Modrow/Krüger reagierenden – Leserbriefen gar nicht zu reden ... In den meisten von ihnen offenbarte sich eine Sicht auf unsere einstigen »Defizite«, daß man sich, sozusagen, im falschen Film dünkte. Am Drehbuch hatte Hans Modrow entscheidend mitgeschrieben. Unter anderem hatte er in seinem Artikel das DDR-Schulwesen gelobt, dabei allerdings völlig unbeachtet lassend, daß ein Schulsystem ja nicht allein aus Stoffvermittlung besteht. Vielleicht ist es sehr vielen Menschen nicht wichtig (und diesbezügliche *ND*-Leserbriefe könnten zu diesem Schluß verleiten), aber *ich* halte es für einen Gewinn, daß meine Enkel in der Schule nicht mehr danach gefragt werden, welchen Fernsehseher sie daheim einschalten. Schon vergessen, Genossen?

Und warum äußern sich kaum Parteivorständler zu derartigen, den Gründungskonsens der »alten« PDS verformenden Debatten fast nie? Und warum druckt die *Sozialistische Tageszeitung* hanebüchene Leserbriefe? Der Vorstand braucht Wähler, die Zeitung Leser.

Michael Heinrich:
 Wie das Marxsche Kapital lesen?
 Hinweise zur Lektüre und
 Kommentar zum Anfang von
 »Das Kapital«, Schmetterling
 Verlag, Stuttgart 2008, 288 S.
 (12,80 €)

Seit ein paar Jahren herrscht Tauwetter: Wurde Anfang der 1990er Jahre das »Ende der Geschichte« ausgerufen, landet Marx mittlerweile bei Wahlen zu beliebten Persönlichkeiten auf vorderen Plätzen. Sekundiert wird diese Entwicklung von einer *Kapital*-Lesebewegung, die angesichts der immer noch sehr mächtigen *pensée unique* allerdings kaum institutionellen Rückhalt findet – sei es an den Hochschulen oder in der Bildungsarbeit.

Dies ist der Hintergrund für Michael Heinrichs systematischen und jüngst im Stuttgarter Schmetterling-Verlag erschienenen Kommentar der ersten zwei Kapitel des ersten Bandes von Marx' ökonomiekritischem Hauptwerk. Auf gut 200 Seiten kommentiert der Autor knapp halb soviel Text des 23. Bandes der *Marx-Engels-Werke* – des am schwersten verständlichen Teils des gesamten Buches. Dabei orientiert sich Heinrich an einer Art des Kommentierens, die darin bestehe, »sich ausschließlich auf den vorliegenden Text zu beziehen (...), diesen Text genau auseinander zu nehmen, zu untersuchen, was an dieser Stelle begründet wird und was nicht, welche impliziten (nicht direkt ausgesprochenen) Argumente darin enthalten sind etc. Der einzige weitere Text, der zur Interpretation herangezogen wird, ist der vorangegangene Text, der bereits gelesen wurde« (S. 28).

Im Verlauf von *Wie das Kapital lesen?* werden die Vorzüge dieses Vorgehens gegenüber anderen *Kapital*-Einführungen deutlich. So baut der Verfasser einer fraglos gegebenen inhaltlichen Autorität seiner Person vor: Jeder Argumentationsschritt ist transparent und erfolgt vor dem Hintergrund des für alle Leserinnen und Leser verfügbaren Materials. Wo Heinrich von seinem Interpretationsprinzip abweicht, verweist er – im Text durch die Bezeichnung »Zusatz« und graphische Hervorhebung verdeutlicht – auf »andere, *werttheoretisch relevante Texte* von Marx« (S. 30), die im Anhang zu sei-

nem Kommentar nachgereicht werden. Zudem schafft die gewählte Art des Kommentierens die Möglichkeit, auf häufig gegen Marx angeführte Argumente einzugehen und diese am Text zu prüfen, etwa die Frage nach Dienstleistungen, Angebot und Nachfrage sowie dem angeblichen Beweis der Werttheorie.

Dabei enthält sich Heinrich nicht der Positionen, die schon aus seinen früheren Büchern, *Die Wissenschaft vom Wert* (1999) und *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung* (2004) bekannt sind, etwa angesichts des Problems der Quantifizierbarkeit abstrakter Arbeit. Man muss diese Interpretationen nicht teilen, Heinrichs Kommentar plausibilisiert sie jedoch durch Textnähe und sprachlich-theoretische Allgemeinverständlichkeit der Argumentation ungemain.

Die gesamte Auseinandersetzung mit den ersten zwei Kapiteln von Marx' Buch kreist um mehrere Probleme, die sich wie ein roter Faden durch den Kommentar ziehen. So zeigt Heinrich, dass gegenüber Annahmen, die aus dem eigenen Vorverständnis resultieren, sowie gegenüber Ansichten, die vom Alltagsverständnis nähren, bei der Marx-Lektüre äußerste Vorsicht angebracht ist. Dass selbst gestandene Marxistinnen und Marxisten vor diesen Fallstricken nicht gefeit sind, macht der Verfasser am Beispiel des emeritierten Philosophie-Professors und Herausgebers des *Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus*, Wolfgang F. Haug, deutlich. Dieser gehe in seinen *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* davon aus, die Ware, mit der Marx seine Analyse beginnt, erscheine zunächst in der »Perspektive des Einkaufsbummels«. Dies ist für Heinrich insofern eine irritierende Behauptung, als dass der Untersuchungsgegenstand der nicht preisbestimmten Ware keineswegs einfach aus der Alltagsperspektive entnommen sei, sondern erst »vermittelt der Abstraktionskraft aus dem empirisch Gegebenen *konstruiert*« (S. 58) werde.

Ein anderes Problem, dass der vorliegende Kommentar ohne Unterlass fokussiert, besteht in Ungenauigkeiten im Marxschen Text selbst. So spricht Marx mitunter von der »Personifikation ökonomischer Kategorien«, wo genau genommen von der »Personifikation ökonomischer Verhältnisse« gesprochen werden müsste. Gleichzeitig arbeitet Heinrich aber auch Stärken der Marxschen Formulierungen heraus: »Dass

der Rock *in seiner Naturalform* Wert ausdrückt, ist keine immanente Eigenschaft des Rockes, er besitzt diese Eigenschaft *nur innerhalb* des Wertverhältnisses der Leinwand zum Rock. Insofern ist Marx' häufige Verwendung von ›gelden‹ sehr präzise: der Rock ›ist‹ nicht Existenzform von Wert, vielmehr ›gilt‹ der Rock als Existenzform von Wert. Es handelt sich hier um ein *Geltungsverhältnis*« (S. 119).

Weiterhin nimmt *Wie das Marxsche Kapital lesen?* wiederholt nicht nur den Inhalt, sondern auch die Darstellung des zu kommentierenden Buches in den Blick. Dabei wird u. a. deutlich, dass diese nicht vom Stoff zu trennen ist. So macht Heinrich etwa angesichts von Marx' Aristoteles-Exkurs in der Wertformanalyse deutlich, »dass die Abfolge der Marxschen Darstellung bis zu diesem Punkt einer sachlichen Notwendigkeit folgt« (S. 134). Dieses Problem berührt auch das Bemühen des Kommentar-Autors, stets die verschiedenen Ebenen der Marxschen Analyse auseinanderzuhalten und sich bei jedem Schritt der Argumentation zu versichern, auf welcher dieser Ebenen er erfolgt.

Schließlich können zwei weitere Zusammenhänge als Kontinuitätslinien der Heinrichschen Argumentation ausgemacht werden. Einerseits verweist der Verfasser an mehreren Stellen seines Buches darauf, dass es bei Marx in den ersten zwei Kapiteln des »Kapital« zunächst nicht um historische Analyse geht. Vielmehr sollen die strukturellen Momente des Kapitalismus herausgearbeitet werden, vor deren Hintergrund seine Geschichte überhaupt erst verständlich werde. Andererseits betont der vorliegende Kommentar durchweg die analytische und theoretische Aktualität von Marx. So wird der Annahme widersprochen, seine Ökonomiekritik sei durch die neoklassische Wende der politischen Ökonomie überholt. Die Analyse des Marxschen Kritikmodus zeige vielmehr, dass dieser durchaus auch die Neoklassik einbegreife. Auch anlässlich des Geldes demonstriert Heinrich wie in seinen vorhergehenden Büchern, dass mit Marx' Annahme eines (heute obsoleten) Warengeldes keineswegs seine Theorie selbst überholt ist – grosso modo auch nicht die des Geldes.

Letztlich gilt diese Aktualitätshypothese auch für das Fetischismustheorem, dem Heinrich angesichts einer an diesem Punkt äußerst verquasten marxistischen Rezeption ein erfrischend nüchternes Kapitel widmet. Immer wieder

macht der Kommentator darin deutlich, dass Fetischismus keine Sache des falschen Bewusstseins, sondern der gesellschaftlichen Praxis im Kapitalismus sei. Auch der enge, in traditionellen Interpretationen oftmals vernachlässigte Zusammenhang des Fetischismus mit der Wertformanalyse wird unmissverständlich herausgearbeitet, ohne dadurch dessen Bedeutung zu schmälern: »erst auf der Grundlage der Wertformanalyse lässt sich der Fetischismus der Warenwelt entschlüsseln und die Kategorien der bürgerlichen Ökonomie als Ausdruck von in diesem Fetischismus befangenen ›objektiven Gedankenformen‹ begreifen, d. h. erst auf dieser Grundlage ist die von Marx angestrebte ›Kritik der politischen Ökonomie‹ überhaupt möglich« (S. 213).

In dem bereits erwähnten Anhang findet sich neben zur Kommentierung mit herangezogenen Texten ein chronologisch-theoretischer Überblick über die Schriften von Marx, wobei die ökonomiekritischen Analysen im Vordergrund stehen. En passant setzt sich Heinrich dabei mit der spätestens seit den Arbeiten des französischen Marxisten Louis Althusser virulenten Diskussion über die Kontinuität bzw. den Bruch innerhalb von Marx' theoretischem Schaffen auseinander. Auch die in der traditionellen bzw. kritischen Marx-Lektüre diskutierten Fragen nach »Vervollkommnung« bzw. »Popularisierung«, die die Marxsche Ökonomiekritik in ihrer Entwicklung erfahren haben soll, werden dabei erörtert und mit Verweis auf deren Komplexität als uneindeutig entschieden.

Bei diesen Ausblicken fehlt lediglich, was man vielleicht von einer Einführung gar nicht erwarten kann: Die nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aus nicht-marxistischem Lager geäußerten Kritik wichtigen Auseinandersetzungen des späten Marx mit den sozialen Verhältnissen der europäischen Peripherie und sein sich darüber abzeichnender Bruch mit eurozentrischen Denkgfiguren aus den Arbeiten der 1850er Jahre. In das gleiche Register gehören zweifellos auch die von Heinrich angesichts der Frage nach dem Beweis der Werttheorie umschifften Fragen nach Wahrheits-, bzw. Realitätsanspruchs der Marxschen Argumentation. Richtete sich der *Kapital*-Kommentar nicht an »Einzelne oder Gruppen, die keine besonderen Vorkenntnisse haben« (S. 13), wäre hier die Fortentwicklung der auch schon in *Die Wissenschaft vom Wert*

vorgebrachten wissenschaftstheoretischen Position wünschenswert gewesen. In diesem Buch umgeht Heinrich nämlich die Frage nach der empirischen Adäquatheit der Marxschen Theorie mit einer radikal-konstruktivistischen, von Thomas Kuhn her kommenden Paradigmentheorie, der zufolge Marx' Aussagen Gültigkeit nur innerhalb des von ihm eröffneten theoretischen Feldes haben sollen.

Natürlich kann ein Buch die nötige institutionelle Absicherung kritischer Gesellschaftstheorie nicht ersetzen. Zu hoffen ist aber, dass Heinrichs Kommentar Bewegungen, die solche Absicherung zu erkämpfen in der Lage sind, theoretisches Rüstzeug liefert – und damit dazu beiträgt, Marx aus dem Eisschrank zu befreien.

KOLJA LINDNER

**Michael Baade (Hrsg):
Von Moskau nach Worpswede.
Jan Vogeler. Sohn des Malers
Heinrich Vogeler. Mit Bildern und
Briefen von Heinrich Vogeler.
Ingo Koch Verlag Rostock 2007,
324 S. (32,80 €)**

Der Rostocker Schriftsteller Michael Baade, nicht erst seit der Wende eng verbunden mit dem Werdorf Worpswede und seiner Kunsttradition, dokumentiert in einem hervorragend gestalteten Buch das Leben und Wirken von Jan Vogeler, dem Sohn des legendären Worpsweder Malers und Weltverbesserers Heinrich Vogeler.

So wie der Lebensweg des Vaters vom gefeierten Meister des Jugendstils über den Pionier der Sowjetkunst bis zum Hungertod in der kasachischen Steppe wohl nur als tragische Parabel zu begreifen ist, spiegeln sich auch in der Biografie des Sohnes die Katastrophen der Epoche und alle Höhen und Tiefen in den deutsch-russischen Beziehungen. Anders als sein Vater lebte und wirkte sein Sohn nicht im Brennpunkt öffentlichen Interesses, sondern durchweg im Verborgenen. Es ist darum ein besonderes Verdienst Michael Baades, aus dem Nachlass des im Januar 2005 gestorbenen Philosophen, aber auch aus schwer zugänglichen, bis vor kurzem noch geheimen Archivbeständen Dokumente ausfindig gemacht zu haben, die als exemplarisch für

Jan Vogelers Wirken gelten können. Der 1923 in Moskau geborene Vogeler-Sohn – seine Mutter war Sonja Marchlewska, die Tochter des polnischen Revolutionärs und Leningefährten Julian Marchlewski – wurde zu einer Schlüsselfigur im deutsch-russischen Beziehungsgeflecht. Er suchte zusammen mit Wolfgang Leonhard, Stefan Doernberg und Markus Wolf die Hochschule der Komintern, war an der Schlacht um Berlin im Frühjahr 1945 beteiligt und wurde später Philosophieprofessor an der Lomonossow-Universität. An der Parteihochschule unterrichtete er die Kader aus den nichtsozialistischen Ländern. Er war zuständig für die Schulung der DKP-Funktionäre aus Westdeutschland, aber auch für die Kontakte zu den bundesdeutschen Grünen und zur Friedensbewegung. Er galt im Kreml als Deutschlandexperte und wurde schließlich in das Beraterteam von Michael Gorbatschow berufen, das Vorschläge zur Umgestaltung der Beziehungen zu beiden deutschen Staaten erarbeiten sollte. Nach dem Sturz Gorbatschows war Jan Vogeler tief enttäuscht. Er entschloss sich, eine Einladung der väterlichen Großfamilie nach Worpswede anzunehmen. Er ging den umgekehrten Weg seines Vaters, von Moskau zurück zu seinen Wurzeln nach Worpswede, und verbrachte dort seine letzten Lebensjahre als Sozialhilfeempfänger.

Es ist Michael Baade nachdrücklich gelungen, den Sohn aus dem Schatten seines Vaters herauszuholen und ihm ein eigenständiges Profil als Mittler zwischen den Völkern und Systemen zu geben. Dennoch ist sein Buch auch für alle am Werk Heinrich Vogelers Interessierten eine lohnende Lektüre.

Am wichtigsten sind ohne Frage neun zum größten Teil noch unveröffentlichte Briefe, die Heinrich Vogeler von seinen verschiedenen Reisestationen an seinen in Moskau gebliebenen Sohn gesandt hat. Michael Baade dokumentiert sie zusammen mit den farbigen Handzeichnungen, die den Brieffext ergänzen. Besonders ergreifend ist der letzte, von Todesahnungen geprägte Brief aus Kasachstan vom Frühjahr 1942. Dazu kommen zahlreiche Fotos – eines zeigt Jan Vogeler zusammen mit Ulrike Meinhof 1962 in Moskau – und Wiedergaben aller Gemälde und Zeichnungen des Vaters, auf denen der Sohn dargestellt wird.

Dem Herausgeber ist es gelungen, die Worpsweder Vogeler-Familie sowie prominente Le-

bensgefährten zur Mitarbeit zu gewinnen, aus dem Worpssweder Umfeld den Publizisten David Erlay, den Kunstsammler Wolfgang Kaufmann und der Schriftsteller Peter Schütt, aus der ehemaligen DDR die Kunstkritikerin Christine Hoffmeister, den Theologen Heinrich Fink, den Historiker Stefan Doernberg und last not least Markus Wolf, dessen Beitrag, »Erinnerungen an Jan«, der letzte Text ist, den der legendäre Geheimdienstmann noch kurz vor seinem Tod abschließen konnte. Am informativsten ist ohne Frage der persönliche Bericht von Stefan Doernberg. Der bekannte Historiker beschränkt sich nicht auf die eine oder andere Begegnung mit Jan Vogeler, sondern verfolgt seinen Lebensweg von der gemeinsamen Schulzeit bis zur Enttäuschung nach dem Zusammenbruch der DDR und der Sowjetunion und zeichnet so das Charakterbild eines stillen und bescheidenen Menschen, dem die Sache stets wichtiger war als das eigene Wohlbefinden.

PETER SCHAUBERT

Günter Benser (Hrsg.):
Älter ist nicht alt genug.
Henryk Skrzypczak.
 Festschrift zum 80. Geburtstag,
 edition bodoni Berlin 2007, 119 S.
 (19,90 €)

Die vorliegende Festschrift ist einem Menschen gewidmet, der eine vielleicht einmalige Mischung von vier Eigenschaften ist, die heute im öffentlichen Leben Mangelware sind: geistige Unabhängigkeit, Nicht-Anpassung an den »Zeitgeist«, Präzision in der Forschung und in der Sprache, Humor. Das wurde gewürdigt anlässlich seines 80. Geburtstages und des 15. Geburtstages des von ihm initiierten und geförderten Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

In seiner Laudatio auf den Jubilar würdigt Günter Benser – er folgte Henryk Skrzypczak als Vorsitzender des Förderkreises – die besondere Leistung des Geehrten. 1991 drohte von mehreren Seiten die Zerstörung des Zentralen Parteiarchivs (ZPA), das sich im Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, das aus dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der

SED hervorgegangen war, befand. Die Archivalien des ZPA stellen ein einmaliges, ungeheurer wichtiges Kulturgut dar. Antikommunistische »Aufarbeiter der Verbrechen des SED-Regimes« wollten es übernehmen, andere wollten es zerschlagen, wieder andere sich den Lebensabend mit dem Besitz sichern. Skrzypczak war sofort bereit, solidarisch helfend einzuspringen. Er ist Sozialdemokrat und war vor 1989 in den Publikationen der DDR oft – meist unsachlich – angegriffen worden. In seinen intensiven Bemühungen bewies er dennoch Solidarität, Ausdauer und ein besseres Wissenschaftsverständnis. Benser stellt fest, dass er damit ankämpfte gegen das »Auslöschen des Erbes und der Botschaft der Arbeiterbewegung einschließlich dem Verdrängen ihrer Geschichte« (S. 20). So manchem eifrigem »Forscher« ging es und geht es nur darum.

Die wissenschaftliche Leistung des Jubilars kennzeichnet B. mit den Worten, dieser habe ein anderes Verständnis von Geschichtsschreibung, nicht das »übliche«: »Allzu oft wird die Loslösung vom großen Strom der Geschichte sehr weit getrieben, und der Aktenfetischismus feiert fröhliche Urständ. Es wird jedoch die große Kunst der Geschichtsschreibung bleiben, aus sozioökonomischen Entwicklungen, umwälzenden, aber alltäglichen Ereignissen, aus sozialen und politischen Kämpfen und deren Widerspiegelung in Ideologie und Kultur, aus dem Handeln vieler Akteure und dem Vorwärtsdrängen herausragender Persönlichkeiten ein historisches Gemälde entstehen zu lassen« (S. 23/24).

Seine Vielseitigkeit stellte dann Skrzypczak in seiner kurzen autobiographischen Skizze unter Beweis. Seine Ausführungen waren sehr launig und zugleich faktenreich, und diese Fakten sind Gesellschaftskritik, die keines weiteren Kommentars bedarf. Skrzypczak überlebte Arbeits- und Militärdienst und kehrte 1947 aus US-Kriegsgefangenschaft nach Berlin zurück. Er holte das Abitur nach, begann an der Berliner Humboldt-Universität ein Studium der Philosophie, wechselte dann zur Geschichte, Spezialgebiet Mediävistik. Für den Werkstudenten war die Finanzierung nicht einfach; er schloss es mit besten Noten ab. Dann fand er Arbeit im Wissenschaftsbereich, wo er allerdings zunehmend durch Verwaltungsarbeiten von der Forschung abgehalten wurde. Wesentlich für seinen Übergang von der Mediävistik zur Geschichte der

Arbeiterbewegung wurde der zufällige Fund eines großen und wichtigen »Archivs« (Archivalien zur deutschen Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts).

Was Skrzypczak geleistet hat an eigenen Beiträgen, an organisatorischer Förderung und an fachlicher Anregung, wird in den folgenden Beiträgen überzeugend dargestellt. So sagt z. B. Feliks Tych aus Warschau über den Jubilar: »Er ist weiterhin genauso scharfsinnig, welttoffen, moralisch integer und gewissenhaft wie einst, er ist seinen Überzeugungen treu geblieben und empfindsam, ein Meister des gesprochenen und geschriebenen Wortes und nach wie vor bereit, für eine gute Sache einzutreten« (S. 41). Er habe über Marx und Engels gearbeitet, aber auch zu aktuellen politischen Problemen Stellung genommen. So protestierte er gegen den Einmarsch der »brüderlichen Armeen« im Sommer 1968 in Prag, kritisierte aber als Sozialdemokrat ebenso Willy Brandts »Wandel durch Annäherung«, der den Systemwandel der DDR zum kapitalistischen »Wiedervereinigungsstaat« zum Ziel hatte. Nach 1989 habe er seine Solidarität mit den Abgewickelten gezeigt – anders als westliche Abwickler und östliche Wendehäule. Während diese im realen Sozialismus nur die »Pathologien erforschen«, habe Skrzypczak auch die großen Leistungen der Arbeiterbewegung, die die bürgerlichen Historiker uns vergessen machen möchten, bewahrt. Denn es gab, wie Tych weiter hervorhob, »neben sogar verbrecherischen Episoden (...) auch immer reine Strömungen, Menschen ohne Fehl und Tadel, die Einfluß darauf hatten oder nahmen, daß die Welt sich zum Besseren veränderte. Henryk Skrzypczak (...) ist einer von ihnen« (S. 43).

Von den weiteren – auch sozialdemokratischen – Beiträgen ist derjenige von Inge Pardon, der abgewickelten Leiterin des ZPA, inhaltlich wichtig, der die aktive Solidarität des Jubilars und seinen großen Beitrag zur Rettung des gesamten Archivs dankbar beschreibt. Pardon betont, daß sein Engagement auch Optimismus bei den Besiegten produziert habe. Winfried Garscha, Vorstandsmitglied der ITH (International Conference of Labour and Social History), würdigte Skrzypczaks herausragende Verdienste um das unverwechselbare Profil der jährlichen Linzer Konferenzen von Historikerinnen und Historikern der Arbeiterbewegung. Er gehöre zu jenen Persönlichkeiten, die ihnen »jenes Flair

verliehen haben, das die Lebendigkeit dieser jährlichen Zusammenkünfte ... auszeichnet – und über alle gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Umbrüche und Neuorientierungen der beiden vergangenen Jahrzehnte hinweg erhalten hat« (S. 58). Garscha verwies auf Skrzypczaks klare Sprache, die sich immer noch der Marx'schen Begriffe wie »Klasse« und »Finanzkapital« bediene. Das sei für ihn keineswegs »altmodisch«, keine Frage der Terminologie, sondern helfe, gesellschaftliche Phänomene klar zu analysieren (S. 57).

Es folgen Grüße und Würdigungen und einige wichtige Dokumente (ein Teil der Briefe ist leider schwer zu lesen), die die intensiven Bemühungen von Skrzypczak belegen, in Zeiten der Wende gegen den Strom der Abwicklung anzuschwimmen. Am Ende der Publikation steht eine Auswahlbibliographie, die den Fleiß des Jubilars bezeugt.

Ein japanisches Sprichwort sagt: Wer zur Quelle will, muss gegen den Strom schwimmen. Henryk Skrzypczak hat geholfen, diese Quelle zu erhalten und zu sichern. Die vorgestellte kleine Schrift würdigt diese innere Kraft, den Mut, die Solidarität, die Heiterkeit und den Optimismus eines sozialistischen Forschers. Wer ihn kennt, wartet gespannt auf seine uns versprochene Autobiographie.

THEODOR BERGMANN

Richard Heigl:
Oppositionspolitik.
Wolfgang Abendroth und die
Entstehung der Neuen Linken,
Argument-Sonderband Neue Folge
303, Hamburg 2008 (372 Seiten,
24,90 €)

Rechtzeitig zum 40. Jahrestag des Jahres 1968 – dem Höhepunkt der APO, Studentendenbewegung und der Neuen Linken im 20. Jahrhundert – ist die Untersuchung von Richard Heigl über die Bedeutung und die Wirkung von Wolfgang Abendroth, des nach Rosa Luxemburg sicherlich wohl bedeutendsten und kreativsten linkssozialistischen Intellektuellen, hinsichtlich der APO und der Neuen Linken im Argument-

Verlag erschienen, nachdem die eigentliche und etwas längere Dissertationsfassung dieser Untersuchung schon seit einiger Zeit im Internet zur Verfügung steht (<http://www.opus-bayern.de/uni-augsburg/volltexte/2007/651/>).

Durch diese Untersuchung über einen der wichtigsten Protagonisten des linkssozialistischen Flügels der *Neuen Linken* wird gleichzeitig auch ansatzweise eine Lücke in der historischen Forschung geschlossen, denn diese unorthodoxe marxistische Strömung ist in der Forschung über die APO und die Neue Linke bislang noch weitgehend unberücksichtigt geblieben. Das ist umso unverständlicher, war doch gerade diese Strömung sowohl als ein unverzichtbares Konstitutionselement als auch eine sehr wichtige theoretische Strömung der APO und der Neuen Linken, auch wenn sie sowohl in den 60er Jahren als auch heute weniger medienwirksam war bzw. ist.

In dem ersten Viertel seiner Untersuchung behandelt Heigl nach einem einführenden Abriss zu Fragestellung, Methode und Aufbau seiner Arbeit (S. 9-13) sowie einer anschließenden Begriffsbestimmung der Neuen Linken (S. 14-33) im Folgenden in zwei Kapiteln vor dem Hintergrund der historischen Entwicklungen und des Lebens von Abendroth dessen politische und wissenschaftliche Entwicklungslinien bis zum Jahr 1961 (S. 34-130). Durch die von Heigl geführten Interviews (wie etwa mit Abendroths Witwe), sowie durch schriftliche Mitteilungen an ihn kommen interessante neue Details über Abendroths Leben zu Tage. So gibt es z. B. auf S. 57 in einer Fußnote erste Hinweise auf den Verbleib der bislang verschollenen ersten Dissertation von Abendroth aus dem Jahr 1933 über das Betriebsrätegesetz.

Der Autor macht in diesem Teil seiner Arbeit unter Berücksichtigung aller wichtigen Abhandlungen über den »jungen Abendroth« auch sehr deutlich, dass das sehr praxisakzentuierte Wissenschafts- und Politikverständnis Abendroths – und damit auch seine spätere Rolle in der APO und der Neuen Linken – schlüssig nur durch Abendroths in das *Jahrhundert der Katastrophen* eingebettete, sehr spezifische familiäre und politische Sozialisation erklärt werden kann.

Die wesentlichen Ereignisse in dem Leben Abendroths und deren Bedeutung für dessen persönliche politische Sozialisation bis zum

Jahr 1961 werden von Heigl in diesem ersten Teil komprimiert ausgeführt: Kindheit und Schulzeit im Deutschen Kaiserreich und im Ersten Weltkrieg, die Erfahrungen der Novemberrevolution und ihres Scheiterns; Studium und Beginn der selbständigen politischen Arbeit in Weimarer Republik; die Erfahrung der meistens selbstzerfleischenden Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung; Faschismus und Widerstand in Deutschland und Griechenland; die verheerende Wirkung und die Folgen des Stalinismus für die deutsche und internationale Arbeiterbewegung; politische Schulungsarbeit in britischer Kriegsgefangenschaft; wissenschaftliches und politisches Wirken in der SBZ; Hochschullehrer in Wilhelmshaven und Marburg; politische Arbeit in der SPD; politisches Wirken für verschiedene linke Zeitungen und Organisationen in der BRD.

Heigl zeigt hier unter Einbeziehung der damaligen unabhängigen marxistischen, kommunistischen und sozialdemokratischen Diskussionen auf, dass sich Abendroth schon zu der Zeit der Weimarer Republik eine unabhängige politische und theoretische Konzeption erarbeitet hat, die besonders stark vor allem durch seine damaligen politischen Lehrer und Vorbilder beeinflusst ist: Paul Frölich, August Thalheimer und Heinrich Brandler. Interessant ist dabei besonders, wie stark Heigl hier Abendroth in die anfänglich vor allem von Rosa Luxemburg und später dann durch Antonio Gramsci ausgearbeitete spezifische marxistische Denkweise und Traditionslinie einordnet.

Von den zahlreichen und interessanten Fragestellungen zu der politischen Konzeption und dem praktischen politischen Handeln Abendroths, die Heigl in diesen beiden Kapiteln behandelt, sind seine Ausführungen zu den Ansätzen der Entwicklung einer Parteitheorie bei Abendroth in den 1950er Jahren (S. 76-85) sowie zur Problematik des Verhältnisses der Arbeiterbewegung zur demokratischen Verfassung (S. 103-114) diejenigen Darstellungen, die heute mit am aktuellsten für die innerlinken Diskurse sein dürften.

In den Kapiteln V. bis VIII., die auf die Aussagen über das Leben Abendroths bis zum Jahr 1961 folgen und den Kern seiner Analyse darstellen, untersucht Heigl auf den Seiten 131 bis 325 sehr detailliert und dicht sowohl die un-

mittelbar praktischen politischen Aktivitäten Abendroths als auch dessen publizistische Schriften, deren Intentionen, Inhalte und deren Wirkungen im Zusammenhang mit der Entstehung und den Entwicklungen der Neuen Linken in den Jahren 1952 bis 1970.

Dabei strukturiert Heigl seine Untersuchung nicht streng chronologisch und biographisch entlang des Lebens von Abendroth, sondern sinnvoller Weise an Hand von vier großen Themenbereichen: die Entstehung der Neuen Linken in den Jahren 1952 bis 1963; der Versuch im Kontext mit dem Kampf gegen die Notstandsgesetze eine Gegenhegemonie aufzubauen; die Auseinandersetzungen zwischen der »Marburger Schule« einerseits und der »Frankfurter Schule« andererseits; die Herausforderungen an den Linkssozialismus durch die neue und »antiautoritäre Linke«.

Heigl analysiert und beschreibt hier Abendroths Wirken stets ohne dessen Bedeutung zu überschätzen in enger Einbettung in die gesamtpolitischen und gesamtlinken Entwicklungen. In diesem Teil seiner Untersuchung weist Heigl auch immer wieder darauf hin, wie sehr Abendroth und die Neue Linke stets internationale Diskussionszusammenhänge und Kontakte gesucht und gefördert haben.

Den Abschluss seiner Arbeit bilden im Kapitel IX. auf den Seiten 326 bis 351 einige zusammenfassende und anregende Schlussbetrachtungen. Hier geht Heigl außerdem auch punktuell auf das Leben und Werk Abendroths bis zu seinem Tod im Jahr 1985 ein.

Die Arbeit von Heigl überzeugt nicht nur durch ihren sehr großen Ertrag für die Forschung über die Neue Linke, über den Linkssozialismus und über das Leben und Werk von Wolfgang Abendroth, sondern sie überzeugt auch durch ihre sinnvolle und leserfreundliche Strukturierung sowie ihre wirklich gute Lesbarkeit. Es ist zu hoffen, dass diese Arbeit zahlreiche Leserinnen und Leser findet und diese das Buch intensiv durcharbeiten. Denn die Arbeit Heigls macht mehr als deutlich, wie viel die ganze Linke heute immer noch von Abendroth lernen kann, und das nicht nur hinsichtlich seiner Parteikonzeption, sondern auch hinsichtlich politischer Strategie und Taktik, politischer Psychologie, Einheitsfrontpolitik sowie Rechts-, Staats- und Verfassungstheorie und -politik.

ANDREAS DIERS

Steffi Holz:
Alltägliche Ungewissheit.
Erfahrungen von Frauen in
Abschiebehaft. Mit Fotos von
Leona Goldstein. Unrast-Verlag,
Münster 2007, 166 S. (12,80 €)

Was verbindet Orte wie Hannover-Langenhagen, Bremen-Vahr und Berlin-Köpenick mit einander? Dort sind Haftanstalten für den so genannten Abschiebegehwahrsam. Abschiebeknäste bedeuten für die Betroffenen – das sind Menschen, die sich ohne Papiere in Deutschland aufhalten, die ungeahnte und meist erstmalige Konfrontation mit Entmündigung und Freiheitsentzug. Über die Folgen dieser Situation für die betroffenen Frauen berichtet Steffi Holz.

Der Hintergrund: Im Jahr 2007 wurden 28 572 Entscheidungen über gestellte Asylanträge getroffen. Davon lediglich 1,1 Prozent positiv, d. h. diese Betroffenen wurden als asylberechtigt anerkannt. In 24,1 Prozent der Fälle wurde Abschiebeschutz gewährt, bei 2,4 Prozent ein Abschiebeverbot festgestellt.

Im Jahr 2006 wurden laut Bundespolizei 13 894 Menschen abgeschoben. Die Zahl ist seit 1994 rückläufig, die der gestellten Asylanträge ebenfalls – nicht etwa weil es global weniger Ursachen für Flucht und Migration gäbe, sondern weil die Maschen des mittlerweile europäisch koordinierten Grenzregimes zunehmend an Durchlässigkeit verlieren. Die meisten außereuropäischen Asylsuchenden stranden in Auffangslagern auf Mittelmeerinseln oder außerhalb der neuen EU-Grenzen, z. B. in der Ukraine.

Häufig verschwindet mit dem Fokus auf Abschiebungen die nicht selten mehrmonatige Haftzeit in bundesdeutschem Abschiebegehwahrsam. Das ist deswegen problematisch, weil Freiheitsentzug immer eklatante Folgen für die Betroffenen hat. Dabei wird später nur jede(r) zweite Inhaftierte tatsächlich abgeschoben. Das kratzt am postulierten Sinn von Abschiebegehwahrsam, welcher immer dann angeordnet wird, wenn bei »ausreisepflichtigen« Personen der begründete Verdacht besteht, sie könnten sich einer Ausreise entziehen. Anlass für einen solchen Verdacht bietet bereits die »illegale Einreise«, jede Einreise und damit verbundener Aufenthalt in der Bundesrepublik ohne gültige Papiere.

Für 1 400 Menschen wurde im Land Berlin im Jahr 2006 ein »Haft-Erstantrag« gestellt. Die Haft kann bis zu sechs Monate verhängt werden und ist um maximal 12 Monate verlängerbar.

Die Antirassistische Initiative Berlin (ARI) dokumentiert seit 1993 die tödlichen Folgen bundesdeutscher Flüchtlingspolitik. Im Zeitraum 1993 bis 2006 haben allein in Abschiebehäft 50 Menschen Suizid begangen. 399 Menschen haben in Abschiebehäft aus Protest gegen die drohende Abschiebung sich selbst verletzt oder Suizidversuche unternommen. Das Mittel der Abschiebehäft als Bestandteil des bundesdeutschen Flüchtlingsabwehrinstrumentariums wird von antirassistischen und Menschenrechtsgruppen sowie Flüchtlingsinitiativen schon lange kritisiert.

Mit der Studie von Holz können sich Kritikerinnen und Kritiker nun auf eine fundierte wissenschaftliche Grundlage stützen, die sachlich und engagiert Alltag und Auswirkungen der Abschiebehäft für Betroffene bearbeitet.

Steffi Holz hat Europäische Ethnologie und Gender Studies studiert. Die Methodik ihrer Untersuchung fußt auf narrativen Interviews mit betroffenen Frauen, die sie erst durchführt, als die Frauen aus der Haft entlassen sind (»Die Frauen in dieser Situation zu ihren Erfahrungen in der Haft zu befragen, mir von ihnen den Alltag beschreiben zu lassen, zu thematisieren wie es ihnen dort geht und welche Ängste sie haben, kam für mich aus moralischen Gründen nicht in Frage«). Gespräche mit Mitarbeitenden im Abschiebegewarsam sowie teilnehmende Beobachtung im Gefängnis schaffen zusätzliche Informationsquellen. Holz gibt der eigenen Perspektive als Forscherin zu den Frauen Raum und problematisiert darüber die auf Ungleichgewicht basierende Forschungssituation. Ihre Beziehungen sind freundschaftlich, aber auch von Misstrauen geprägt – mitunter wird ihre Funktion für die betroffenen Frauen nicht aufklärbar. Ihre Rolle ist zudem dadurch geprägt, dass sie als Aktivistin der Gruppe »Initiative gegen Abschiebehäft Berlin« ihre Besuche im Abschiebegefängnis Berlin-Köpenick mit Unterstützungsmaßnahmen verbindet und auch darüber Zugang zu den Betroffenen gewinnt.

Kern des Buches ist schließlich die nüchterne Beschreibung der Bedingungen in der Abschiebehäft – eine Alltäglichkeit, die vorderhand von endloser Monotonie, quälender Langeweile und

Perspektivlosigkeit geprägt ist. Vier Frauen werden von der Autorin porträtiert.

Insbesondere die ersten Tage in der neuen Situation sind für die meisten Betroffenen von einer Art Schockzustand geprägt. Sie bekommen eine Nummer zugeteilt, werden zu einem Fall der Verwaltung. Ihr Gefühlszustand schwankt zwischen Unglauben und Verzweiflung. Eine Folge ist, dass viele über psychosomatische Erscheinungen wie Kopfschmerzen, Haarausfall oder Appetit- und Schlaflosigkeit klagen.

Die Autorin untersucht nacheinander verschiedene Teilbereiche des Alltags der Inhaftierten. Es geht um die Unterbringung, den Hofgang, verschiedene Aspekte der Versorgung und Betreuung von der Verpflegung über Bekleidung hin zum Warenangebot des theoretisch gestatteten Einkaufs.

Zentrale Bedeutung im Haftablauf kommt den Angestellten des Gewahrsams zu. Das Verhältnis der Frauen zu Polizisten und Sozialarbeiterinnen basiert auf totaler Abhängigkeit und nicht selten (sprachlichen) Kommunikationsproblemen. Ein Beispiel ist das »Bitten müssen« der Betroffenen um nahezu jeden Artikel des alltäglichen Gebrauchs: Toilettenpapier, Damenbinden, Feuer, um rauchen zu können. Wie das Personal im Einzelnen reagiert ist dabei meist nicht vorhersehbar, bzw. mitunter willkürlich.

Ebenso problematisch für die Betroffenen sind der Kontakt mit den Institutionen, der Ausländerbehörde und Verhandlungen wie »Haftprüfungstermine«. Der ganze Bereich der ausländerrechtlichen Gesetze und Normen wird als ausweglos empfunden: Die Betroffenen haben keinerlei Handhabe, ihre Situation zu ändern.

So unspektakulär und dennoch berührend all diese Aspekte geschildert werden, so endet auch der Bericht. Im letzten Kapitel gibt es retrospektive Gedanken zur Erfahrung des Freiheitsentzugs. Bezeichnenderweise endet für alle vier Frauen die Abschiebehäft nicht mit der Abschiebung, die ja permanent drohte, sondern mit der Entlassung (für eine der Betroffenen tatsächlich erst nach 13 Monaten). Wenig überrascht am Ende die Einschätzung, dass doch die Entlassung kein Happy End bedeutet: »Die erträumte Zukunft hieß zunächst Freiheit (...) Aber was nützt die Freiheit ohne die Möglichkeit sich fortzubewegen, am sozialen Leben teilnehmen zu können.«

KATHRIN HEROLD

MARK SOLOMON

The »Barack Obama Phenomenon« and the US Left

Even though, at the beginning, the US Left had serious concerns about an unconditional support of Barack Obama's candidacy, this changed after it became clear that Obama had tapped into a fierce yearning for thoroughgoing change after eight years of the most destructive and reactionary administration in the US history. The Obama campaign took on the character of a mass social movement driven largely by young people. Thus Obama was increasingly perceived by left forces as a crucial element in an emerging »progressive majority« potentially capable of ending right-wing dominance and decisively shifting US politics to the center-left. But soon after becoming the Democratic nominee, Obama appeared to move to the political center. In particular he appeared to back away from an unqualified commitment to end US military involvement in Iraq. This caused disillusionment and feelings of betrayal among some supporters, especially those on the left. However, representing the »realist« wing of the ruling class, Obama's presidency would offer an opening to progressive forces to press for a far reaching transformation of US global policies. He will likely opt for substantive change if afforded the political space by a mass movement demanding it. Given the stakes in the coming presidential election, for the sake of the country and the world it is a challenge that must be met.

MARIAN KRÜGER

A Project to Remove State Control

Remarks Concerning the Federalism Reform II Debate

The Federalism Reform II is focused on state debt. The Christian Democrats (CDU/CSU) and the Social Democrats (SPD) are seeking a profound transformation of the financial system. They want to turn back the results of the major financial reform in 1969. The CDU and the Free Democrats (FDP) want more competitive federalism. In this article the Federalism Reform II is assessed as a policy to dismantle the federal social welfare state. The possible effects of the Federalism Reform II on budgetary policy are discussed from the perspective of the possible consequences of the introduction of so-called »brakes on debts« in budgets at the federal and regional levels. The author also pleads that the need to become active to limit state debts should be taken seriously. But he says that the approach chosen by the coalition is not the one that can provide and broaden the margin of maneuver for the regional authorities, particularly for the states, in their budgetary and financial policies.

CHRISTOPH JÜNKE

Six Theses on the Long Shadow Cast by Stalinism

Democratic achievements and traditions are being called into question and scaled back by those who govern and rule. Principal fundamental values of the Enlightenment have been drastically shaken and undermined. This could mean a new day for socialism, were it not for the experiences with historical Stalinism and the »long shadow« it casts. During the 20th Century, the synthesis of freedom and socialism had been unsuccessful. More recently, left voices denigrating democracy are again being heard. These show indications of philo- or neo-Stalinism. Only when people in their daily lives become aware that socialism means more democracy than capitalism, a breakthrough to socialism will become possible.

MARTIN BRAND
**The European Good Neighbor Policy –
 A Neo-Liberal Project?**

Now that the European Union has expanded eastward, the former Soviet republics of Belarus, the Ukraine and Moldavia share common borders with the European Union. The EU has reacted to this new geographical constellation with its European Good Neighbor Policy, which ranks among various projects of a neo-liberal remodeling of Europe. Market and competitive oriented reforms are being exported eastward through a mixture of stipulations, incentives, sanctions and socialization, accompanied ideologically by demands for »good governance.« This is how the EU's neoliberal hegemony is being extended beyond its borders.

ASTRID BÖTTICHER
**Islamophobia and Anti-Semitism, a Comparison
 of Basic Concepts**

Anti-Semitism and Islamophobia are both characterized by extremist positions. Even though based on varying concepts of the enemy, they function along similar patterns and represent a threat to the basic liberal national order. They oppose the ubi bene ibi patria concept and reject an open society. »The Muslim« and »the Jew« are respectively considered to be the absolute enemy. But through the concept of a »domestic enemy« it cannot be expected that the perspective of Islamophobes and anti-Semites will change.

HORST BETHGE
Green Script – Black Text

The Black – Green (Conservative – Greens) Coalition in Hamburg – the first such coalition at the federal state level in Germany – has just marked its first 100 days as a coalition government. On this occasion the author presents an analysis of the coalition contract and a preliminary assessment. It is evident that the image of the Green Party, being an ecological, socially progressive party, has long since lost its foundation in reality. The CDU and GAL (Green – Alternative List) sought particularly to form this coalition, because they share essential – conservative – positions in federal state policy. Therefore the most important lesson to be learned from this first 100 days of a conservative coalition is that extra-parliamentary left-wing pressure must be developed and reinforced.

MARIO KESSLER
**»Therefore Let's Start at the beginning«. Three New
 Books and a Film By and About Theodor Bergmann**

Theodor Bergmann (born 1916) was a member of the youth league of the anti-Stalinist Communist Party of Germany – Opposition (KPDO). The KPDO, under the leadership of August Thalheimer and Heinrich Brandler, saw itself as the ideological heir of Rosa Luxemburg. The KPDO had been much more precise in its analysis of Fascism than the official KPD (Communist Party of Germany). When the Comintern imposed a sectarian course on the KPD, Brandler, Thalheimer, and their comrades went public with their opposition, which led to their expulsion from the KPD. Bergmann, one of the youngest members of the KPDO, had spent many years of exile in Palestine, Czechoslovakia, and Sweden, before he was able to teach at the University of Stuttgart-Hohenheim. A professor for international comparative agrarian politics, he also became an expert in the field of labor history and contemporary problems of socialism. All of his activities are documented in three recently published books and a film available on DVD.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf Mar-

ginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.),
Redaktionsassistent: HARRY ADLER

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030– 44 310-157, Fax-122
Internet: www.utopiekreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Satz: ELKE SADZINSKI
Druck: MediaService GmbH
BärenDruck und Werbung
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)

Einzelverkaufspreis: 6 €
Jahresabonnement (incl. Versand):
57 € (Inland), 75 € (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 180:	je	1 €
Heft 181 bis 200	je	2,50 €